Montag, 18. Februar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 41 - 8.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Koalition: Für ein Bündnis der FDP mit der Union über das Jahr 1987 hinaus sprach sich Bundeswirtschaftsminister Bangemann aus. Wegen des ungeklärten SPD-Grünen Verhältnisses sei eine Neuauflage des SPD/FDP-Bündnisses unmöglich. (S. 4)

Rotation: Nach den Ergebnissen einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach lehnen 62 Prozent der Befragten eine Rotation von Abgeordneten ab. 16 Prozent seien dafür. Anhänger der Grünen seien zu 46 Prozent dafür und zu 34 Prozent dagegen.

Kriegsdienstverweigerer: Die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung stieg im Januar 1985 im Vergleich zum Januar 1983 um 2,8 Prozent auf rund 8250, teilte der Bundesbeauftragte für Zivildienst mit. Das Jahr 1984 war wegen der Neuordnung des Zivildienstes nicht als Vergleichszeitraum herangezogen worden.

Aufgelöst: Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat sich aufgelöst. Nach einem Mitgliederbeschluß soll der Verein „Assoziation" Rechtsnachfolger werden.

Botschafterwechsel? Der Abteilungsleiter für Europa im US-Außenministerium, Richard Burt, soll Nachfolger des jetzigen Botschafters in Bonn, Burns, werden, meldet die „New York Times". Burns will nach dem für Mai vereinbarten Besuch Reagans in Bonn in die USA zurückkehren.

Unesco: Trotz der Etatlücke als Folge des Austritts der USA konnte sich die UNO-Organisation nicht auf Programmstreichungen für 1985 verständigen. (S. 4)

Abzug: Die US-Truppen (rund 250 Mann) auf Grenada werden nach den Worten des dortigen US-Botschafters bis Mitte Juni die Insel verlassen. Der Abzug beginne am 12. April.

Unzufrieden: Nach den Ergebnissen einer Meinungsumfrage in Jugoslawien fordert die Mehrheit der KP-Mitglieder, die Funktionäre auszuwechseln. Die schwere Wirtschaftskrise sei auf „mangelndes Verantwortungsbewußtsein" der Funktionäre und nicht auf „Aktivitäten der einen oder anderen Oppositionsgruppe" zurückzuführen.

WELT-Forum: Mit 46 in Pension?

Die Frage, ob Truppenoffiziere der Bundeswehr schon im Alter von 46 Jahren mit Zuschlägen zur Pension aus dem aktiven Dienst ausscheiden können, wird in Bonn immer heftiger diskutiert. Das Konzept der Bundesregierung zur Lösung des Verwendungsstaus begründet der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lothar Rühl. Der bayerische Staatsminister Peter Schmidhuber lehnt die Pläne ab. Seite 5

WIRTSCHAFT

Dollar-Intervention: Die USA haben seit dem 3. Februar mehrfach auf den Devisenmärkten interveniert, um den Höhenflug des Dollars zu bremsen, teilte Finanzminister Baker mit. Nach Gerüchten in New York wollen Notenbanken in Europa und Japan heute umfangreiche Dollarbeträge auf den Markt werfen. (S. 7)

Dieselkraftstoff: Nach Meinung der Bundesregierung ist der Preisanstieg beim Dieselkraftstoff auf den harten Winter zurückzuführen. Es sei keine Absicht der Ölindustrie zu erkennen, eine neue Preisrund für bleifreies Benzin nach Einführung des Katalysator-Autos vorzubereiten. (S. 7)

Risikokapital: Die Vorstellungen der Bundesregierung zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung lösten bei Unternehmen und Verbänden ein positives Echo aus. Wichtiger als Einzelmaßnahmen sei jedoch eine spürbare Entlastung bei den Ertragssteuern. (S. 7)

ZITAT DES TAGES



»Diese mutigen Männer und Frauen kämpfen gegen die infame Breschnew-Doktrin, nach der eine Nation, die einmal in das Dunkel der kommunistischen Tyrannei gefallen ist, nie wieder das Licht der Freiheit sehen soll«

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan in seiner wöchentlichen Fernsehansprache über die anti-sandinistischen „Contras" (S. 5) FOTO: DPA

KULTUR

Premiere: Nach Jahren der Mißerfolge scheint Regisseur Francis Coppola mit dem Film „Cotton Club", der auf der „Berlinale" Deutschland-Premiere erlebte, an seine gefeierten Filme wieder angeknüpft zu haben. Das Werk ist eine Mischung aus Revue und Gangster-Ballade. (S. 13)

Bildhauerei: Mit der „California Sculpture Show" dokumentiert die Kunsthalle Mannheim Gegensätzlichkeiten in der Bildhauerei der USA zwischen Künstlern der Ost- und Westküste. Obwohl der Konstruktivismus vorherrscht, ist die Gestaltung in der Farbe unterschiedlich. (S. 13)

SPORT

Radsport: Klaus-Peter Thaler wurde überraschend in München Weltmeister beim Querfeldeinrennen der Profis. Bei den Amateuren hatte am Samstag mit Mike Kluge ebenfalls ein deutscher Fahrer gewonnen. (S. 10)

Biathlon: Zum Abschluß der Biathlon-Weltmeisterschaft in Ruhpolding sicherte sich das deutsche Quartett in der 4x7,5 Kilometer-Staffel die Bronzemedaille hinter der UdSSR und der „DDR". (S.10)

AUS ALLER WELT

Ärger um Bischof: Heftige Redeschlachten lieferten sich Bischöfe und Laien auf der jüngsten Generalsynode der anglikanischen Kirche. Auslöser der Attakcken war der umstrittene Bischof von Durham, Jenkins. (S. 14)

Drogen: Als Schirmherrin des „Bundesverbandes der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher" will die Frau des Bundespräsidenten, Marianne von Weizsäcker, gegen die Drogensucht in der Bundesrepublik kämpfen. Die Initiative, die vor 15 Jahren in Bonn ins Leben gerufen wurde, stützt sich mittlerweile auf mehr als 100 Kreise. (S. 14)

Wetter: Heiter. Um -3 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Minister weist auf die Rolle der Terroristen-Anwälte hin

WELT-Interview mit Heinz Eyrich / „Verteidiger propagierten Hungerstreik"

DW. Bonn

Der baden-württembergische Justizminister Heinz Eyrich hat angesichts der hohen Zahl der Besuche von Vertrauensanwälten bei inhaftierten RAF-Mitgliedern die Frage aufgeworfen, „ob es hier wirklich darum ging und geht, Rechtsbeistand zu leisten". So habe der unter Mordanklage stehende Christian Klar im vergangenen Jahr nicht weniger als 139 Anwaltsbesuche gehabt. Bei Brigitte Mohnhaupt seien es sogar 230 Besuche gewesen. Mit Minister Eyrich sprach Manfred Schell.

WELT: Warum haben inhaftierte RAF-Mitglieder in einer besonders brisanten Sicherheitslage die Vergünstigung erhalten, Radio zu hören und miteinander zu telefonieren?

Eyrich: Daß die Terroristen – wie alle anderen Gefangenen auch – Radios auf ihrer Zelle haben, ist richtig. Das Gesetz sieht das für Strafgefangene ausdrücklich vor, und bei den Untersuchungsgefangenen (zum Beispiel Klar und Mohnhaupt) hat es der Haftrichter so angeordnet. Über diese Rechtslage mag man sich ärgern oder nicht. Eines jedenfalls steht fest: Angewiesen sind die Terroristen auf die Informationen durch ihr Radiogerät nicht, weil sie – zumal in kritischen Zeiten – praktisch täglich unmittelbaren Kontakt mit ihren Verteidigern haben.

WELT: Und die Telefonate?

Eyrich: Aufgrund der brisanten Sicherheitslage drängte die Bundesanwaltschaft nachdrücklich darauf, daß den noch im Hungerstreik befindlichen Terroristen die Gelegenheit gegeben werde, sich persönlich vom Abbruch des Hungerstreiks ihrer Genossen zu vergewissern. Die Anordnung zu den Gesprächen erteilte der hierfür allein zuständige Haftrichter. Bei dieser Sachlage wäre es, davon bin ich allerdings nach wie vor überzeugt, nicht haltbar gewesen, die Gespräche zu untersagen. Übrigens liefen die Gespräche schlicht und einfach darauf hinaus, daß man keine Chance zur Durchführung der Forderungen mehr sehe, man müsse sich darüber im klaren sein, daß die Justiz und die Politiker nicht im geringsten nachgeben würden. Es wurde ausdrücklich bedauert, „daß man ja überhaupt nichts erreicht" habe.

WELT: Wurden diese Telefongespräche überwacht?

Eyrich: Natürlich!

WELT: Wie bewerten Sie die Rolle der sogenannten Vertrauensanwälte?

Eyrich: Dazu zunächst ein paar nüchterne Zahlen, die meinen Geschäftsbereich betreffen: Der Strafgefangene Günter Sonnenberg, dessen Urteil seit Jahren rechtskräftig ist, hatte im Jahr 1984 nicht weniger als 42 Anwaltsbesuche. Ist es da übertrieben mißtrauisch, wenn man sich fragt, ob es hier wirklich darum ging und geht, Rechtsbeistand zu leisten? Auch bei Christian Klar (139 Anwaltsbesuche) und Brigitte Mohnhaupt (230 Anwaltsbesuche) – beides Untersuchungsgefangene – drängt sich dieser Gedanke auf. Mir ist kein einziger „normaler" Untersuchungsgefangener bekannt, und sei sein Prozeß auch noch so kompliziert, der sich auch nur im entferntesten ein derartiges Maß an anwaltlicher Betreuung leisten würde (meistens auch leisten könnte).

WELT: Wenn nicht um Prozeßverteidigung – worum geht es denn dann nach Ihren Erkenntnissen bei den vielen Besuchen der Vertrauensanwälte?

Eyrich: Das ist ja gerade das Problem – wir wissen es nicht genau. Die Gespräche dürfen ja nach einer zwingenden gesetzlichen Regelung nicht überwacht werden. Ich meine aber, der letzte Hungerstreik hat wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf die Rolle der Vertrauensanwälte der RAF geworfen. Ganz abgesehen davon, was hier im einzelnen an Koordination gelaufen ist – fest steht jedenfalls, daß die Vertrauensanwälte den Hungerstreik – und damit den Versuch, den Staat zu erpressen – mit lautstarker Propaganda unterstützt haben. Übrigens nicht ganz ohne Erfolg. Der Anwalt von Christian Klar hatte sogar im Fernsehen der ARD („Brennpunkt" vom 30. Januar) Gelegenheit, die Hungerstreikziele der RAF zu propagieren. Deutlicher als er kann man nicht mehr formulieren, um was es eigentlich ging. Man muß geradezu wörtlich zitieren:

„Für die Gefangenen ist es (nämlich der Hungerstreik) natürlich eine Art von Kampf, in dem sie sich weiter mit der Theorie des bewaffneten

● Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Eigentor

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Es gibt einen in der SPD, der aus der Börnerei in Hessen gelernt hat. Es ist Hans Apel. Er sagt als Berliner Spitzenkandidat der SPD: „Berlin braucht eine stabile Führung, und die ist gemeinsam mit der AL nicht zu haben". Apel fügt hinzu, ihn schrecke das Beispiel Börner in Hessen. Damit meint er wohl nicht nur das Politische, sondern auch das Menschliche. Das Affentheater mit den Grünen geht dermaßen an die menschliche und charakterliche Substanz, daß man es selbst dann nicht ohne Schaden an Gesundheit und Nerven durchstehen kann, wenn man gelernter Betonarbeiter ist.

Den klaren Aussagen Apels ist nichts hinzuzufügen. Und doch fügt ihnen einer etwas hinzu. Es ist derjenige in der SPD, der aus der Börnerei nichts gelernt hat: Hans-Jochen Vogel. Just als Willy Brandt, der Erfinder einer Mehrheit „diesseits" von Kohl/Genscher, plötzlich die Grünen für „überflüssig" hielt, erblickte Vogel – wenn auch mit vielen Wenn und Aber – in ihnen eine „Chance für System-Innovationen".

Auf Berlin wendet er seine Erkenntnis in der Weise an, daß er für die SPD das Recht reklamiert, nach der Wahl am 10. März eventuell so zu verfahren, wie einst Richard von Weizsäcker – sehr zum Leidwesen des Vorgängers namens Hans-Jochen Vogel. Weizsäcker hatte für seinen Minderheitssenat die notwendige Parlamentsmehrheit mit Hilfe einer Handvoll wackerer FDP-Abgeordneter sichergestellt und sodann geräuschlos die Probleme gelöst, an denen Vogel in Berlin gescheitert war.

Die elevenhafte Verehrung für den Meister, der heute unser Bundespräsident ist, ehrt Hans-Jochen Vogel. Doch sein Vergleich stimmt hinten und vorne nicht. Die FDP-Männer, auf die sich Weizsäcker nach der Berlin-Wahl vom 10. Mai 1981 stützte, hatten und haben nichts mit irgendjemand von der Alternativen Liste gemein. Auf jene FDP-Abgeordneten konnte sich Berlin verlassen.

Zudem spekuliert Vogel offenbar, daß die FDP am 10. März den Einzug in das Abgeordnetenhaus verpaßt und Diepgen mitsamt seiner CDU die absolute Mehrheit der Mandate verfehlt. Dann möchte der Berliner Bundestagsabgeordnete Vogel gern pokern, indem er einem Minderheitssenat der CDU das Schreckgespenst einer flexibel vom „schwarzen" auf das „grüne" Bein hüpfenden SPD an die Wand malt. Das einzige, was er mit solchem Hokuspokus erreicht, ist, daß die SPD am Wahltag umso sicherer im 30-Prozent-Turm gefangen bleibt.

Vogels Beitrag zum Wahlkampf in Berlin

DW. Bonn

Nachdem der SPD-Oppositionschef Hans-Jochen Vogel sich am Wochenende für eine punktuelle Zusammenarbeit mit der Berliner Alternativen Liste (AL) ausgesprochen hatte, ist die Frage einer rot-grünen Allianz auch zum Wahlkampfthema in Berlin geworden. Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer erklärte, „das Chaos, das wir vor vier, fünf Jahren hatten, wäre bescheiden und geringfügig im Vergleich zu dem, was eintreten würde, wenn die AL Entscheidungsmöglichkeiten im Staat hätte".

Vogel hatte eine mögliche Zusammenarbeit mit der Aussage begründet, die Berliner Sozialdemokraten werden bei einem entsprechenden Wahlergebnis am 10. März, „was die Sachpolitik angeht, um parlamentarische Mehrheiten kämpfen". Dies gelte auch in Richtung CDU. Dabei betonte er, eine Koalition mit der AL sei ausgeschlossen. Vogel berief sich auf das Vorgehen Richard von Weizsäkkers nach dem 10. Mai 1981, der auf die Zustimmung von FDP-Abgeordneten angewiesen war, um seine Politik durchzusetzen. „Was Weizsäcker recht war, das ist Hans Apel und den Sozialdemokraten billig."

Die Äußerungen Vogels wurden vom Generalsekretär der Berliner CDU, Günter Straßmeir, als „Aufdeckung des Doppelspiels der Berliner SPD" bezeichnet. Die Weichen seien bereits gestellt, während Apel noch jede Zusammenarbeit mit den Alternativen dementiere.

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen hat inzwischen die Möglichkeit einer Großen Koalition rigoros abgelehnt. Ein solches Bündnis würde nur der AL nützen. Zudem brauche Berlin eine starke Opposition.

SEITE 4:
Vogels neuer Kurs

„Friedensinitiative nur ein taktischer Schritt"

Israels Botschafter lehnt PLO-Mandat für Hussein ab

BERNT CONRAD, Bonn

Der israelische Botschafter in Bonn, Yitzhak Ben-Ari, hat in einem WELT-Gespräch die Bereitschaft seines Landes bekräftigt, „ohne jede Vorbedingungen mit dem jordanischen König Hussein ins Gespräch zu kommen". Ein mögliches Verhandlungsmandat der PLO für Hussein bezeichnete er jedoch als nicht sinnvoll. „Ein solches Mandat hindert den König an wichtigen Schritten und kann nicht zu Gesprächen führen. Denn die PLO hat noch im Januar dem eigenen Volk, wie das Arafat getan hat, erklärt, der Kampf geht weiter, er führt nach Jerusalem, er führt nach Palästina."

Auf die Frage, ob Israel die von König Hussein und Arafat beschlossene gemeinsame Friedensinitiative, ebenso wie Washington, als einen „Meilenstein" betrachtet, antwortete Ben-Ari: „Ist das ein Meilenstein auf einer langen Straße, die nur in ein Palaver führt, ohne wirklich Friedensgespräche zu ermöglichen? Ich bin hier vorsichtig. Wir hören gerade aus der arabischen Welt, wie zum Beispiel vom Radio der PLO aus Bagdad, ganz andere Töne. Aus diesen Erklärungen kann man entnehmen, daß es sich hier um einen taktischen Schritt handelt."

Der Botschafter fuhr fort: „Übrigens weiß niemand genau, wie dieses Abkommen aussieht. Es ist nicht veröffentlicht. Ich würde hier Immanuel Kant zitieren, der geschrieben hat, daß ein Friede, der nicht den Frieden zum Ziel hat, sondern nur den Frieden vortäuscht, kein Frieden ist. Über Frieden zu sprechen, ohne ihn wirklich zum Ziel zu haben, ist eine Täuschung der öffentlichen Meinung."

König Hussein kenne sicher die Telefonnummer von Jerusalem, um die israelische Regierung eventuell nach Amman einzuladen, meinte Ben-Ari weiter. Israel habe seine Bereitschaft zu Gesprächen in den letzten Monaten wiederholt auf allen möglichen Wegen bekundet. Dabei werde auch die Notwendigkeit von Gesprächen mit Palästinensern nicht ausgeschlossen. Aber ein Mandat der PLO für den jordanischen König würde keineswegs weiterführen.

Der Botschafter betonte: „Die Tragödie des palästinensischen Volkes ist nicht, daß Israel im Kampf mit den Palästinensern steht. Das ist nicht der Fall. Wir sind nicht im Kampf. Wir sind vielleicht mehr interessiert, eine Lösung des palästinensischen Problems zu finden, als die sogenannten Freunde in der arabischen Welt, die nur die verschiedenen Terrorgruppen für ihre eigenen nationalen Interessen benutzen."

Die Tragödie der Palästinenser besteht nach Ansicht des Botschafters darin, „daß sie zu allen Vorschlägen, zu jeder Bereitschaft auch der Teilung von Israel immer nur ‚entweder alles oder gar nichts' gesagt und immer das Gespräch abgelehnt haben". Ben-Ari erinnerte daran, daß, wenn der Vorschlag der Autonomie für die palästinensischen Araber angenommen worden wäre, heute schon fast ein Jahr lang Gespräche über die politische Zukunft der Westbank im Gange wären. „Wäre dies nicht besser für die palästinensische Bevölkerung in Judäa und Samaria gewesen als der Status quo?"

Nur die Vereinigten Staaten könnten die an dem Konflikt Beteiligten zusammenführen. Auf die Frage, ob er die gegenwärtige „Wallfahrt" arabischer Könige und Regierungschefs nach Washington nützlich finde, erwiderte Ben-Ari: „Ich glaube, daß man, wenn man wirklich Frieden will, direkt zu seinem Konfliktpartner kommen kann. Stichwort Präsident Sadat. Ich bin nicht überzeugt, daß es

■ Fortsetzung Seite 6

Israel startet erste Phase des Rückzuges

DW. Sidon

Israel hat nach einer Meldung des Beiruter Rundfunks am Wochenende im Raum Sidon mit dem Abzug seiner 20 000 Soldaten aus Südlibanon begonnen. Der Abzug soll in drei Phasen erfolgen und erst gegen Ende dieses Jahres beendet sein. Die libanesische Regierung sei von Israel offiziell darüber informiert worden, daß der Truppenrückzug vom Fluß Awali am Samstag um 7.00 Uhr angelaufen sei, hieß es. Die Küstenstraße von Beirut nach Sidon sei für zwei Tage gesperrt worden. Sieben libanesische Heeresbataillone rückten von Norden her in die Hafenstadt ein, nachdem sie von den Israelis geräumt worden war. Korrespondenten in Sidon meldeten, der wichtigste israelische Kontrollpunkt in Sidon am Awali sei über Nacht durch drei Kampfpanzer verstärkt worden. Die meisten in Sidon stationierten israelischen Soldaten waren bereits in den vergangenen Tagen abgezogen worden. Lediglich einige Kontrollposten und Patrouillen waren zurückgeblieben.

Der Raum Sidon wird von den Israelis als erster geräumt. Mit Abschluß der ersten Rückzugsphase räumen sie ein Gebiet von 500 Quadratkilometern zwischen den Flüssen Awali und Litani. Anschließend sollen sich die israelischen Truppen aus Ostlibanon zurückziehen, wo sie syrischen Truppen gegenüberstehen. In der dritten Phase, die voraussichtlich erst im Spätsommer oder Herbst beendet sein wird, soll auch das grenznahe Gebiet an die libanesischen Streitkräfte oder israeltreue Milizen übergeben werden.

Nobelpreis für US-Schriftsteller Elie Wiesel?

ms. Bonn

Unabhängig von der kontroversen Diskussion über die Gestaltung des 8. Mai gibt es in Bonn einen erfreulichen Vorgang: Eine Vielzahl von Bundestagsabgeordneten aus den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP haben dem Nobelpreis-Komitee in Oslo den amerikanischen Schriftsteller Elie Wiesel für den Friedensnobelpreis 1985 vorgeschlagen. Unter den mehr als 70 Parlamentariern befinden sich Bundestagspräsident Jenninger, Oppositionsführer Vogel und die Minister Blüm, Geißler und Windelen, Bundestagsvizepräsident Westphal und die FDP-Abgeordnete Hamm-Brücher. Die Initiative für den Vorschlag ist von dem Christdemokraten Peter Petersen ausgegangen.

Die Abgeordneten schreiben in ihrer Begründung, sie wollten damit ihre Anerkennung für einen Menschen zum Ausdruck bringen, der das persönliche Erleben des Holocaust als Verpflichtung und als Chance für die Zukunft verstehe. Wiesel ist über Amerika hinaus als Schriftsteller und Wissenschaftler bekannt geworden. Er lehrt heute an der Yale-Universität. Seine Bücher setzen sich vor allem mit Auschwitz, mit den Konzentrationslagern insgesamt, mit der Schuld der Deutschen und auch mit der Vergebung auseinander, die den Deutschen zuteil werden könnte. Wiesel wurde 1928 als Sohn jüdischer Eltern in Rumänien geboren. Als Sechzehnjähriger begann sein Leidensweg durch die Konzentrationslager Birkenau, Auschwitz, Monowitz und Buchenwald, wo er 1945 befreit wurde.

Seite 2: Einer wie Isaak

Katalysator: Paris lehnt Timing ab

J. Sch./DW. Paris

Bei einem so grenzüberschreitenden Gerät wie dem Auspuff-Katalysator können einseitige Entscheidungen auch nach hinten losgehen. Denn wenn Frankreich und Italien kein bleifreies Benzin anbieten sollten, bliebe dem Bundesbürger nichts anderes übrig, als zu Hause zu bleiben.

Paris besitzt nur scheinbar ein starkes Druckmittel, um in Bonn einen Kompromiß durchzudrücken, der den französischen Interessen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit seiner Automobilindustrie Rechnung trägt. Die Entscheidung der Bundesregierung für das umweltfreundliche Auto scheint indes unumkehrbar zu sein. Auch der Einspruch der französischen Regierung wird nach Ansicht des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, nichts daran ändern, daß die Bundesrepublik das umweltfreundliche Auto einführt. In einem Interview der Oldenburger „Nordwest-Zeitung" erklärte Waigel, die Bundesrepublik habe mit der Einführung des abgasarmen Autos „eine Pilotfunktion" in Europa übernommen. „Wenn Frankreich sich jetzt – aus nationalen wirtschaftlichen Gründen – bei der EG querlegt, kann es uns an den umweltpolitischen Bemühungen nicht hindern". Auch Frankreich werde „einsehen müssen", daß an der Einführung des schadstoffarmen Autos auf die Dauer kein Weg vorbeiführen könne.

Da ein besonders großer Anteil der französischen Produktion auf Kleinwagen entfällt, ist der Katalysator dort beim Einstandspreis prozentual von größerer Bedeutung als bei der deutschen Konkurrenz. Hiergegen läßt sich zwar einwenden, daß französische und deutsche Wagen der gleichen Preisklasse ebenso belastet werden. Aber Wagen der mittleren und der oberen Klasse aus der Bundesrepublik, die sich durch den Katalysator kaum verteuern würden, könnten gerade in Frankreich Marktanteile hinzugewinnen, während die Franzosen in der Bundesrepublik Verluste verzeichnen müßten.

Auch die Franzosen sind natürlich imstande, Katalysatoren zu bauen, aber zunächst nur solche schlechterer Qualität. Hier liegt wohl der tiefere Grund für ihre negative Haltung: Sie müßten Investitionen zu einem Zeitpunkt durchführen, in dem ihre Ertragslage besonders schlecht ist.

Die französische Regierung stört nur der deutsche Terminplan. Was sich die reiche Bundesrepublik so schnell leisten könne, wäre dem „austeritygeplagten" Frankreich nicht so ohne weiteres zuzumuten, heißt es. Andererseits befindet sich die Bundesrepublik in ihrem Timing unter starkem innenpolitischen Druck der Umweltschützer. Damit stellt sich die Frage, wieweit Frankreich auf die politischen Nöte seines Nachbarn Rücksicht nehmen sollte.

Drohungen können Walesas Aktivitäten nicht bremsen

Landesweiter Streik wird weiter intensiv vorbereitet

DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa hat am Samstag nach einem 90minütigen Verhör durch die polnische Staatsanwaltschaft seine Aufforderung zu einem viertelstündigen landesweiten Streik gegen geplante Preiserhöhungen am 28. Februar bekräftigt. Nach dem Verhör, in dessen Verlauf ihm strafrechtliche Verfolgung angedroht wurde, falls er seine Aktivitäten nicht einstelle, beschuldigte er die polnischen Behörden, nicht den Mut zu haben, ihn zu verhaften. Gleichzeitig bestätigte Walesa, daß er der Organisator des Treffens am vergangenen Mittwoch war, bei dem sieben Gewerkschafter festgenommen wurden.

In Kreisen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" war damit gerechnet worden, daß Walesa wie bereits sieben seiner „Mitstreiter" unter die Anklage gestellt wird, zu „öffentlichen Unruhen" aufgerufen zu haben. Die polnische Gesetzgebung sieht dafür Strafen bis zu drei Jahren Gefängnis vor. Der Arbeiterführer hatte in einer Danziger Wohnung ein Treffen geleitet, auf dem der Streik vorbereitet werden sollte. Polizeibeamte waren in die Wohnung eingedrungen und hatten sieben Teilnehmer der Sitzung festgenommen. Vier der festgenommenen Gewerkschafter waren unter Anklage gestellt und wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Hingegen blieben die Bürgerrechtler Adam Michnik und Bogdan Lis – Mitbegründer des inzwischen aufgelösten Komitees zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) und Berater der „Solidarität" – sowie Gewerkschaftsführer Wladyslaw Frasyniuk in Untersuchungshaft. Wie Walesa mitteilte, habe er sich geweigert, in dem Verhör auf die Fragen des Staatsanwalts zu antworten. Dieser habe ihm strafrechtliche Verfolgung angedroht, falls er seine Tätigkeit nicht einstelle. Der Arbeiterführer übergab mehrere Dokumente, in denen er sich zu dem gemeinsam mit der Untergrundführung der „Solidarität" (TKK) erlassenen Streikaufruf und zur Einberufung des Danziger Treffens vom Mittwoch bekannte.

Seite 2: Die Ruhe vor dem Sturm?

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Untätig im Dschungel

Von Peter Gillies

Der Bundeswirtschaftsminister hat recht: der unterbliebene Subventionsabbau ist kein Ruhmesblatt der Regierung. Mit dreistelligen und steigenden Milliardensummen leistet ein Staat seiner Wirtschaft Vorschub in die Erstarrung. Kranke und todkranke (leider auch gesunde) Betriebe und Regionen werden auf Kosten der erfolgreichen Bereiche durchgefüttert. Meist sind es mittelständische Firmen, die auf diese Weise ihre erfolglosen Konkurrenten unterstützen.

Subventionsabbau dagegen ist das Bekenntnis zum Strukturwandel, dessen Bewältigung auch zu mehr Beschäftigung führt. Erfolge auf diesem Wege sind jedoch mehr als ordnungspolitische Glasperlenspiele. Sie schaffen den Spielraum für ein Projekt, das derzeit politisch an Fahrt gewinnt: die Steuerreform der neunziger Jahre. Gedanklich geht sie von zwei Vorgaben aus. *Erstens ist es gerechter, sozialer und* wirtschaftsbelebender, wenn die vielen Vergünstigungen gekappt und dafür die Steuersätze kräftig gesenkt werden; Fernziel ist ein gleitend-progressiver Steuertarif. Zweitens wird die Frage gestellt, ob ein Staat, der von den verdienten Einkommen seiner Bürger mehr als die Hälfte wegsteuert, deren Natur zutreffend einschätzt und noch moralisch handelt.

In der Bundesrepublik Deutschland werden diese Fragen spät gestellt. In den USA, Frankreich, Holland, Kanada, Großbritannien und sogar Schweden sinken die Höchststeuersätze vor allem für Unternehmen teilweise recht kräftig. Das stärkt ihre Eigenkapitalbasis und fördert Risikobereitschaft. Bliebe ein Exportland wie das unsere dagegen eine Insel der Höchstbesteuerung, zöge es sich Bleischuhe für den Wettlauf um die Märkte an. So übertreffen sich Steuerpolitiker bei uns derzeit mit Verheißungen, der Spitzensteuersatz (56 Prozent) könne auf 50, 49, 40 oder gar 36 Prozent gesenkt werden.

Der Ehrgeiz ist zu loben. Ob er zu einem Erfolg zu führen vermag, hängt jedoch entscheidend davon ab, wie kraftvoll die Politik den Steuer- und Subventionsdschungel zu durchforsten imstande ist. Bei Würdigung der bisherigen Untätigkeit ist der Spielraum für die „echte" Steuerreform der neunziger Jahre nicht zu erkennen.

Die Ruhe vor dem Sturm?

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß der Prozeß gegen die Popieluszko-Mörder in Thorn keineswegs jene nationale Versöhnung in Polen zwischen Regime und Gesellschaft gebracht hat, wie von optimistischen Beobachtern erwartet wurde, beweisen die jüngsten Vorgänge um Lech Walesa. Der Vorsitzende der suspendierten Gewerkschaft „Solidarität" wurde in Danzig vom Staatsanwalt verwarnt. *Von sieben Gewerkschaftern, die im Hause Walesas von* der Polizei festgenommen worden waren, befinden sich nach vier Tagen noch drei in Haft. Auch Walesa drohen ein Gerichtsverfahren und die Untersuchungshaft, wenn er an seiner Absicht festhalten sollte, am 28. Februar einen Proteststreik von fünfzehn Minuten gegen die Teuerung auszurufen.

Ist es die seit Stalins Tagen altbekannte „Salami-Taktik", welche Jaruzelski gegen die Opposition im Lande einsetzt? Muß der polnische Parteichef, nachdem er in Thorn den Geheimpolizisten einen Schuß vor den Bug versetzt hat, nun nach dem Muster „eins links, eins rechts" verfahren und durch ein verschärftes Vorgehen gegen die Opposition die politische Balance wiederherstellen?

Bisher war es Jaruzelskis Taktik, den weltbekannten Lech Walesa zu isolieren und „nur" gegen die weniger berühmten, im Ausland nicht publizistisch abgesicherten Oppositionellen vorzugehen. Solange Walesa Zurückhaltung übte und nicht zu organisierten Aktionen aufrief, fiel es der Warschauer Regierung nicht allzu schwer, so zu verfahren. Wenn aber Walesa jetzt aus seiner Reserve hervortritt – und wenn es ihm gelingen sollte, für einen Streik eine respektable Zahl von Anhängern auf die Beine zu bringen, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht einfach sein dürfte –, dann steht Jaruzelski vor der Frage, ob er Walesa weiterhin ignorieren und damit die ohnehin wacklige Autorität des Regimes aushöhlen lassen oder ob er gegen den Friedens-Nobelpreisträger vorgehen und damit einen Proteststurm im westlichen Ausland und womöglich auch in Polen hervorrufen soll. Die gegenwärtige „polnische Ruhe" könnte somit das Vorsignal zu einem kommenden Erdbeben sein.

Totalverweigerer unter sich

Von Detlev Ahlers

Seit einem Monat wohnt Stefan Philipp (23) in der Bundesgeschäftsstelle der Grünen in Bonn. Eigentlich sollte er seit dem 2. Januar in der Salm-Kaserne bei Bruchsal sein, aber das will er nicht. Deswegen könnte er einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung einreichen, aber das hat er nicht. So ist er fahnenflüchtig – und fand bei den Grünen das, was die Abgeordnete Christa Nickels ein „friedenspolitisches Asyl" nennt. Philipp ist Totalverweigerer, er will weder Wehr- noch Zivil*dienst leisten. Bei den grünen Totalverweigerern, die aus die*sem Staat eine karnevalistische Dauer-Session machen wollen, kann er sich zu Hause unter Gleichgesinnten fühlen und auf die Feldjäger warten. Sie taten ihm allerdings bisher nicht den Gefallen einer fotogenen Festnahme.

Von seinen Erklärungen möge die genügen, die er der „tageszeitung" gab: „Als Christ wollte ich keinem Menschen das Recht zugestehen, über andere Menschen so zu verfügen, daß er sie auch zwingen könne, andere Menschen zu töten, sondern ich hab' Gott als oberste Instanz gesehen und daß ich mich nicht nach staatlichen, sondern nach göttlichen Gesetzen richten darf." Tragikomische Spinnerei und Geltungssucht eines einzelnen werden von einer Partei propagandistisch mißbraucht.

Die Grünen halten seine Forderung „kein Wehrdienst, kein Ersatzdienst" für gerechtfertigt. Damit brüskieren sie nicht nur die Wehrdienstleistenden – die sind für sie ohnehin alle Kriegstreiber –, *sondern auch die Zivildienstleistenden, denn sie* definieren ihre Arbeit als gleichfalls friedensfeindlich, so unlogisch das auch ist. Außerdem fahren sie nun auch mit dem Artikel 3 (Gleichheit vor dem Gesetz) Schlitten, um den Staat zu provozieren.

Man sollte am Rosenmontag nur mit Kamelle-Kanonen auf Spatzen schießen. Vielleicht ist alles ein Karnevalsscherz, und die Grünen sind doch ernsthaft politikfähig? Meinen sie das *mit dem „Asyl" jedoch ernst – es ist zu befürchten –, dann* sollte die Sache irgendwann einmal beendet werden. Die Zivil- und Wehrdienstleistenden werden das mit Interesse verfolgen. Eine Partei mag noch so sehr die Rechtsordnung mißachten – exterritorial ist ihre Geschäftsstelle nicht.



Lach mal wieder! KLAUS BÖHLE

Gefährdete Universitäten

Von Hartmut Schiedermair

Wir alle, die wir unmittelbare politische Verantwortung für die Hochschulen zu tragen haben, wissen, daß ... es um die Sicherung der Forschungsqualität ... und um die Hilfe des Staates zur Selbsthilfe der Hochschulen ... geht." Diese erhabenen Sätze, mit denen der hessische Wissenschaftsminister, Frau Vera Rüdiger, die jüngste Debatte des Bundesrats zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) bereichert hat, gaben zu der schönsten Hoffnung Anlaß. Sollte den Universitäten nach langen Jahren der Entbehrung nun endlich auch einmal das Glück beschieden sein, Verständnis oder sogar Wohlwollen bei den Bildungspolitikern zu finden? Das, was die Bundesländer am 7. Februar zum HRG beizutragen hatten, zeigt leider an, wie unberechtigt diese Hoffnung ist.

Dabei hatte sich zunächst alles so gut angelassen. In dem Bemühen, den wissenschaftlichen Auftrag der Universitäten zu stärken, hatte die Bundesregierung die Initiative ergriffen und sich dann zu eigen gemacht, was den Experten schon seit Jahren klar ist. Die im HRG 1976 festgeschriebene Reformuniversität *ist das* Ergebnis eines mühsam errungenen und zudem auf allen Seiten ungeliebten politischen Kompromisses, der den Universitäten schweren Schaden zugefügt hat. Wer die Reformuniversität von innen kennt, weiß, daß sich die Universitäten gerade dort, wo es um die Wissenschaft in Forschung und Lehre geht, nur allzuoft gegen ihre eigene Organisation durchsetzen müssen.

Um diesen widersinnigen Zustand zu beenden, hat sich denn auch die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Frau Dorothee Wilms, eingesetzte Expertenkommission Vorschläge ausgearbeitet. Der Bericht der Expertenkommission war die Grundlage für einen Gesetzentwurf, der allerdings schon bei seiner ersten Beratung im Bundeskabinett, wie man hört auf Betreiben der FDP, die ersten Federn lassen mußte. Jetzt war der Bundesrat an der Reihe.

Der Länderblock Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen ließ durch seine Sprecher Krumsiek (NRW) und Vera Rüdiger verkünden, daß man um der lieben Organisationsruhe willen auf jede Veränderung geltenden Rechts des Bundes verzichten solle. Diese Haltung war zu erwarten. Sie entspricht jener neuen Form von Konservativismus, dem die Veränderer dann huldigen, wenn es um die Verteidigung vermeintlicher Errungenschaften geht.

Eine unerwartete Schützenhilfe erhielten Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Vergebens mahnten Bundesministerin Wilms und der Berliner Senator Kewenig zur Vernunft. Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein ließ sich an diesem Tag nicht bremsen. Den Blick zurück im Zorn, fest auf das Hochschulrahmengesetz von 1976 gerichtet, und unter Berufung auf das Grundgesetz zog Barschel gegen den Bund und dessen Kompetenzansprüche im Hochschulwesen zu Felde.

Ärgerlich ist dieses Plädoyer vor allem deshalb, weil es sich gegen die Universitäten wendet, die sich jahrelang mit ihrer verfehlten Organisation haben herumschlagen müssen und nunmehr auf Besserung hoffen konnten. Bei der anstehenden HRG-Novellierung geht es nicht um Eigenstaatlichkeit, ja überhaupt nicht um Staatlichkeit, sondern um die Autonomie einer in ihrer wissenschaftlichen Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit gefährdeten Universität.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel wollte die Sache denn auch vorsichtiger angefaßt wissen. Deutlicher als sein Amtskollege Barschel setzte er sich für die Novellierung des Gesetzes ein. Allerdings kam er dann zur Sache. Mit dem wenig überzeugenden Hinweis auf die Verhältnisse an der großen Universität Mainz stellte er das sogenannte Fachprinzip und damit eine besondere Errungenschaft des Novellierungsentwurfs in Frage. Weder die Amtsmitgliedschaft der Dekane in den Senaten noch das ausschlaggebende Stimmgewicht der Professoren bei der Wahl der Hochschulleitung, bei Berufungen und Habilitationen fanden in den Augen des Ministerpräsidenten Gnade. Wie fragwürdig das Ergebnis dieser Argumentation ist, zeigt allein das Beispiel der Wahl der Hochschulleitung. Nach dem jetzigen Stand des Gesetzentwurfs wird bei der Wahl der Hochschulleitung den Professoren lediglich ein destruktives Vetorecht aufgezwungen. Damit ist der Konflikt in den Universitäten programmiert.

Im weiteren Verlauf der Beratungen bleibt dem Bundestag also noch viel zu tun. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, die einfache Einsicht durchzusetzen, daß dem wissenschaftlichen Sachverstand und damit dem Fachprinzip in den wichtigen Entscheidungen der Universitäten ein angemessener Vorrang einzuräumen ist.

Mit Recht weist der Berliner Wissenschaftssenator Kewenig darauf hin, daß sich ohne das Vertrauensverhältnis zwischen Hochschulleitung und Professoren eine Universität *nicht gedeihlich* entwickeln kann. Selbstverständlich ist den Dekanen als den Vertretern der Fächer von Amts wegen Sitz und Stimme im Senat einzuräumen. Fachprinzip bedeutet auch, daß die Entscheidungen über Habilitationen und Berufungen von der Mitbestimmung freizuhalten sind. Bei der Habilitation und Berufung geht es um Prüfungs- und Qualifikationsentscheidungen, die sich ihrer Natur nach der Gruppenmitbestimmung entziehen.

Die Bundesregierung und die sie tragende Mehrheit im Bundestag befinden sich nach den Beratungen des Bundesrats jetzt in einer schwierigen Lage. Was die Universitäten brauchen, ist nicht ein politischer Kompromiß nach der Art des Hochschulrahmengesetzes von 1976. Vielmehr geht es jetzt um eine klare Entscheidung zugunsten des wissenschaftlichen Auftrags, den die Universitäten zu erfüllen haben.

GAST-KOMMENTAR



Hartmut Schiedermair, Professor für öffentliches Recht in Köln, ist Präsident des Hochschulverbandes FOTO: BORCHARD

IM GESPRÄCH Elie Wiesel

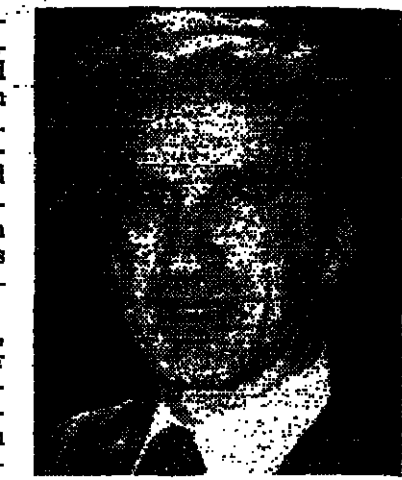
Einer wie Isaak

Von Peter Dittmar

Auf dem Arm trägt er die eintätowierte Nummer A-7713. Untilgbare Erinnerung an die Jugend des Sechzehn-, Siebzehnjährigen in Birkenau, Auschwitz, Buchenwald. Elie Wiesel, 1928 im siebenbürgischen Sigeth geboren, überlebte. Und so muß er mit dem Trauma der Überlebenden leben. Die Frage „Warum ich, warum nicht die anderen?", das Glück, das scheinbar Schuld einschließt, läßt ihn seitdem nicht los.

Es spiegelt sich in seinen Büchern, in seiner Art, wie er in „Adam oder Das Geheimnis des Anfangs" die Geschichte von Abraham und Isaak erzählt: Warum ist beim Abstieg von der Opferstätte nur noch von Abraham die Rede? Ein alter Talmud-Kommentar meint, weil der Engel zu spät kam. Ein anderer vermutet, das Opfer fand zwar nicht statt, aber Isaak war so verstört, daß er lange Zeit den Vater mied. Das greift Wiesel auf. Für ihn ist Isaak der erste Entronnene, einer, der zeitlebens von diesem Erlebnis geprägt wurde. Aber, fügt er hinzu, wir dürfen nicht vergessen, daß der Name Isaak „er wird lachen" bedeutet, denn er konnte wieder lachen; auf ihn geht jene Form des jüdischen Witzes zurück, der sich selbst, aber nie das Leid vergißt.

Elie Wiesel ging nach dem Krieg nach Paris, studierte an der Sorbonne, wanderte 1963 nach Amerika aus, arbeitete für mehrere Zeitungen, begann an verschiedenen Universitäten zu unterrichten: am City College der University of New York, in Boston, in Yale. Jüdische Studien heißt sein Fach, aber seine Interessen gehen weit darüber hinaus. Er übernahm eine Reihe bedeutender Ehrenämter in universitären Einrichtungen und Hilfsorganisationen der Juden, aber er ist auch Präsident des von Präsident Reagan ins Leben gerufenen „Holocaust Memorial Council". Die Liste der Ehrungen, die Wiesel zuteil wurden, umfaßt mehrere Seiten. Fünfundzwanzig Ehrendoktorate wurden ihm verliehen, unter den zahlreichen Preisen ragt der „Prix Medicis" heraus. Wiederholt wurde er für den Nobelpreis vorgeschlagen, wobei der Literaturnobelpreis ebenso im Gespräch war wie der Friedensnobelpreis – und es durch die parteiübergreifende Initiative der siebzig Bundestagsabgeordneten jetzt wieder ist.



Nr. A-7713: Nobelpreis-Kandidat Wiesel FOTO: AP

In den Büchern von Elie Wiesel lebt die ostjüdische Welt auf. Er erzählt von den Chassidim. Aber nicht mit der literarischen Schönheit (und Ferne) eines Martin Buber, denn dazu hat er im Hause seines Großvaters die ostjüdische Wirklichkeit zu hart erlebt. „Mein Vater, ein Aufgeklärter, glaubte an den Menschen. Mein Großvater, ein Chassid, glaubte an Gott", schreibt er, der an Gott und trotz allem auch an den Menschen glaubt.

Sein Leitspruch ist ein Wort des Rabbi von Brazlaw, das ihn einer von dessen Jüngern in Auschwitz lehrte: „Bei der Liebe des Himmels, Juden, verzweifelt nicht!" Wiesel verzweifelt nicht. Er ist überzeugt, daß den Frieden nur gewinnen kann, wer die Vergangenheit im Gedächtnis behält. Deshalb schrieb er 1966 das erste Buch über „Die Juden des Schweigens", die Juden in der Sowjetunion, und deshalb kommt er immer wieder auf den Holocaust zurück. Denn ihm genügt nicht die Frage: Wie konnte es geschehen? Die Antwort, die er sucht, heißt: Was müssen wir tun, damit es nicht wieder geschehen kann.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DER BUND

Die Baseler Zeitung kommentiert die Nahost-Diplomatie:

Die Einigung zwischen König Hussein und Jassir Arafat steht am Ende eines langen, für die PLO schmerzhaften, auch blutigen Prozesses, der zur Erkenntnis führte: Die Rückgewinnung der palästinensischen Heimat in Cisjordanien (Westjordanland) und Gaza ist nicht auf militärische, sondern nur auf politische Art möglich ... Auf der Grundlage des in Amman ausgearbeiteten „Rahmens" sollten Friedensverhandlungen eigentlich möglich sein – vorausgesetzt, Hussein und Arafat finden bei den übrigen arabischen Staaten, der Gesamt-PLO und in Washington Rückhalt und bei der israelischen Führung Gehör. Diese Annahme ist zu optimistisch, nimmt man die Vergangenheit und die Gegenwart zum Maßstab nahöstlicher Wirklichkeit.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung geht auf die wirtschaftspolitische Diskussion in den USA ein:

Die Länder in aller Welt, die von den Vereinigten Staaten ständig Maßnahmen gegen das wachsende Budget- und Handelsdefizit verlangten, müssen jetzt wünschen, daß sie den Mund gehalten hätten. Die amerikanische Regierung denkt ernsthaft über eine einfache Maßnahme nach, die – so heißt es – beide Probleme gleichzeitig lösen würde: Über einen 20prozentigen Zuschlag auf alle Importe, die in die USA kommen ... Die fatale Kombination eines solchen Zuschlags zusammen mit den weiterhin hohen Zinssätzen würde dem Rest der Welt alle Belastungen des amerikanischen Defizits ohne den kompensierenden Vorteil des billigen Zugangs zum amerikanischen Binnenmarkt zuschieben. Die wahrscheinlichste Vermutung ist weiter, daß die Drohung mit einem Zuschlag nur ein Bluff ist, um der Regierung Reagan eine Rückzugsmöglichkeit zu geben, wenn sie versucht, geschützte Märkte für amerikanische Güter und Dienstleistungen zu öffnen.

Süddeutsche Zeitung

Sie schreibt zum überraschenden Ende des Schach-Weltmeisterschaftskampfes:

Erst recht stutzig machte einen die Begründung, die Florencio Campomanes, der Präsident des internationalen Schachverbandes FIDE, für den Abbruch des Turniers gab: die körperlichen und seelischen Kräfte aller mit dem Titelkampf befaßten Personen seien schlicht erschöpft. Basta. Gewiß, es gibt keinen vernünftigen Grund, diese Feststellung in Zweifel zu ziehen. Aber gerade das verunsichert uns: wir waren, was die FIDE und ihren Präsidenten betrifft, auf alles mögliche gefaßt – nur nicht auf gesunden Menschenverstand. Schachfans und -funktionäre sind es nun einmal gewohnt, um möglichst viele Ecken zu denken – und so wird ihnen die Erklärung von Campomanes eben deswegen nicht einleuchten, weil sie viel zu einleuchtend ist. Das wäre doch gelacht, wenn da nicht eine faustdicke Intrige darauf wartet, schonungslos aufgedeckt zu werden.

Illegale Warnstreiks zur Änderung der Machtverhältnisse

Der Tarifvertrag brachte keinen Frieden – Die IG Metall verläßt sich lieber „auf die politische als auf die rechtliche Kraft" / Von Günther Bading

Am Ende eines Tarifkampfes mit Streik, Aussperrung, Schlichtung und Vertrag steht die Wiederherstellung des Arbeitsfriedens. Daß es dann und wann sogenannte „Nachschlags"-Diskussio*nen gab, wenn sich die von Arbeit*gebern und Gewerkschaften beim Tarifabschluß angenommenen Wirtschaftsdaten drastisch veränderten, widerspricht dieser Regel nicht. Im Kern wurde das Verhandlungsergebnis nicht in Frage gestellt. Verträge galten.

Was in vier Jahrzehnten seit dem Neubeginn nach dem Kriege und der Wiederzulassung von Gewerkschaften – Einzelgewerkschaften ohne ideologische Ausrichtung – den Begriff „Klassenkampf" aus dem Tarifgeschäft zu verbannen schien und an seine Stelle die Kapital und Arbeit gleichermaßen verpflichtende Formel von der Sozialpartnerschaft setzte, wird heute in Frage gestellt. Von dem Kompromiß des vergangenen Sommers – Arbeitszeitverkürzung, aber nur im Betriebsdurchschnitt und nicht generell für jeden Beschäftigten – will die IG Metall nichts mehr wissen. Was sie trotz wochenlangen Streiks nicht durchsetzen konnte, versucht sie jetzt in den Betrieben auf kaltem Wege zu erreichen. Die Betriebsvereinbarungen über die *Gestaltung der Wochenarbeitszeit*, zwischen 37 und 40 Stunden, im Betriebsdurchschnitt aber 38,5 Stunden, werden zwischen Betriebsräten und Geschäftsleitung ausgehandelt.

Dies ist kein unternehmensinternes Verhandeln, denn die IG Metall sitzt immer mit am Tisch, weil sie Betriebsräte massiv unter Druck setzt. Da droht mindestens eine IG-Metall-Verwaltungsstelle mit „Maßnahmen", falls ein Betriebsrat die Unterschrift unter einen Vertrag zur Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht rückgängig macht. Und da wird zynisch auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Flexi-Modelle mit neuen ganzen oder Teilschichten verzichtet, um die (kostentreibende) Ideologie der „Wochenarbeitszeitverkürzung für alle" durchzusetzen.

Daß durch eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit neue Stellen geschaffen werden, ist – entgegen gewerkschaftlicher Behauptung – kein Traum. Der Abschluß bei Mannesmann Demag Kunststofftechnik in Nürnberg in der vergan*genen Woche beweist es. Die Zahl* der Beschäftigten kann hier um sechs Prozent erhöht werden. Für das Unternehmen wichtig: Die auf dem Arbeitsmarkt nicht zu bekommenden hochqualifizierten Kräfte und die Ansprechpartner der Firmenkunden (die ja weiter 40 Stunden arbeiten) behalten den Rhythmus von fünf mal acht Stunden in der Woche. Durch die Einführung einer dritten Schicht, die Besetzung (oder besser: Aufteilung) von 12 Arbeitsplätzen auf 13 Mitarbeiter gelingt es, die individuelle Arbeitszeit von der Maschinenlaufzeit abzukoppeln. Das ist die wichtigste Voraussetzung für effektivere Nutzung der Anlagen. Nur so kann das Unternehmen die Kosten der verkürzten Arbeitszeit im Betriebsdurchschnitt um 1,5 Stunden pro Woche tragen und dennoch neue Leute einstellen.

Gleichwohl progagiert die IG Metall landauf landab die Durchsetzung der generellen Arbeitszeitverkürzung. Schon ist es zu illegalen Warnstreiks gekommen. Das ist kein Zufall, sondern Gewerk*schaftsstrategie*. Schon im Herbst vergangenen Jahres ließ der Betriebsratsvorsitzende von Bosch in Leinfelden die Katze aus dem Sack: „Ich fürchte, daß die Tarifauseinandersetzung im Frühjahr erneut beginnen wird. Das kann sogar so weit gehen, daß es wieder zu Arbeitskampfmaßnahmen kommt." So wurde er von den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" im November zitiert. Man müsse sich bei der Umsetzung des Tarifvertrags in den Betrieben „letztlich mehr auf die politische als auf die rechtliche Kraft verlassen".

Soll so die Zukunft des Tarifgeschehens aussehen? Dürfen Verträge nach gescheiterten oder nur teilweise erfolgreichen Arbeitskämpfen beliebig unterlaufen oder umgedeutet werden? Der Arbeitskampf 1984 und seine Umsetzung in diesem Jahr scheint zum Lehrstück zu werden, was geschieht, wenn eine der Tarifparteien die Sozialpartnerschaft aufzukündigen sucht, ihre Gesamtwohl-Verpflichtung verneint, ganze Branchen mit Streiks in kleinen Spezialbetrieben lahmlegt und das Ergebnis durch die Erzeugung von Unfrieden in den Betrieben nachzubessern sucht. Hier geht es nicht mehr um die Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse im Rahmen autonomer Gestaltung des Tarifgeschehens – Ideologen proben die politische Herausforderung.

Das Wort des IG-Metall-Vizevorsitzenden Franz Steinkühler ist nicht vergessen, daß es beim Kampf um die 35-Stunden-Woche um die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse gehe. Das allerdings ist durch die Tarifautonomie nicht gedeckt. Auch diese Entwicklung im Arbeitsrecht unterstützt die Forderung an den Gesetzgeber, er möge Pflöcke einschlagen, um die Grenzen einer von manchen offenbar als grenzenlos erachteten Tariffreiheit zweifelsfrei zu markieren.

Sie bauen hier ab, um ihr China mit aufzubauen

Eine Pleite-Firma geht auf Reisen – 20 000 Kilometer, von München über Sibirien nach Tianjin unweit Peking. Hundert Chinesen sind mit dem Abbau des Motorradwerkes Zündapp beschäftigt, immer lächelnd, immer akkurat. Und manches bleibt den Technikern hier rätselhaft.

Von KNUT TESKE

Auf dem 60 000 Quadratmeter großen Werksgelände an der Anziger Straße herrscht sechs Monate nach dem lähmenden Entsetzen, das das Firmenende bei den 2000 Angestellten heraufbeschworen hat, wieder Hochbetrieb. 30-Tonner zerwühlen den Schnee, schleppen Hunderte von versiegelten Containern aus den Hallen. Der Schlagbaum kommt kaum zur Ruhe. Doch das pulsierende Leben täuscht; die Stunde des Ausverkaufs ist nicht einmal mehr als retardierendes Moment eines Dramas anzusehen. Spätestens in acht Wochen rührt sich hier gar nichts mehr. Dann wird Zündapp buchstäblich leergefegt sein. Selbst das, was sprichwörtlich „niet- und nagelfest" ist, wird fehlen, abmontiert und versandt worden sein.

Sind es 500 000 Teile, die hier auf die große Reise gehen, oder aber eine Million oder gar zehn Millionen? Niemand weiß es. Angeblich füllen 800 Container die Hallen; 20 000 Tonnen soll das Material wiegen: banale Schlußbilanz einer Firma von Weltrang.

Wehmut beschleicht den Betrachter angesichts der schon halb geleerten Hallen. *Helle Karrees zeigen an*, wo tonnenschwere Maschinen bis vor kurzem standen. In der Gießerei steht der Maschinenpark zwar noch, sieht aber auch schon reichlich gerupft aus. Abmontiert bereits die Förderbänder. Zur Schmucklosigkeit der riesigen Halle kommt jetzt die Funktionslosigkeit. Wo der Lärm früher lebendig und machtvoll war, mal sonor, mal kreischend, klingt das Echo der letzten Schläge nun dünn und um so hohler, je leerer die Halle wird.

Zwischen den Resten, zwischen Kisten und Kästen, Brettern und Pritschen, Gabelstaplern und Maschinenteilen bewegen sich unauffällig, lautlos die Chinesen: freundliche Leute, ansprechbar, geduldig und heiter, wenn auch immer ein wenig sibyllinisch. Lächelnd gehen sie auf alle Fragen ein, scheinen selber aber nie welche zu haben. Ihre Art zu arbeiten verblüfft.

„Sie muscheln so vor sich hin, und plötzlich ist wieder ein Stück abmontiert, containerisiert – weg", beschreibt Armin Drebes (60), Diplomingenieur und leitender Angestellter der Pleitefirma, den die Chinesen in ihrer Weitsicht übrigens vom Fleck weg als Aufbauberater mitverpflichtet haben, die unaufdringliche Gegenwart *der emsigen Asiaten*. „Nie" in seinem Leben will er so kooperative Leute erlebt haben, deren Bescheidenheit – ein Montageleben zu viert in einem Wohncontainer bei 100 Mark Monatsverdienst – in krassem Gegensatz zu ihrer enormen Leistungsfähigkeit stehe. Ihnen traut Drebes zu, die Logik, die hinter diesem äußerlichen Abbruchchaos steckt, stecken muß, zu durchschauen.

Hundert Mann hat das Reich der Mitte geschickt. Kaum einer, der nicht wenigstens Techniker, wenn nicht gar Ingenieur ist. Von den fünf Frauen sind es beispielsweise drei. Die zwei Dutzend Politruks halten sich im Hintergrund. Das „Unternehmen Abbruch und Aufbau" läuft absolut nach kapitalistischen Regeln ab: Das Pekinger (Staats)-Unternehmen, das für den Umzug verantwortlich ist, hat sich in einer Art Fixgeschäft gegenüber dem Käufer – der ebenfalls staatlichen Fahrradfabrik von Tianjin (Jahresproduktion 5,2 Millionen Räder) – für den Fall des Verzugs zu Schadenersatz verpflichtet. Danach sieht es momentan nicht aus.



Eine Fabrik wird zerlegt, verpackt und verschickt: Chinesische Arbeiter beim Abbau der Zündapp-Maschinen
FOTO: KLAUS MEHNER

Gegenüber dem Plan haben die in Blau gekleideten Männer bereits *zehn Tage gutgemacht. In zwei* Gruppen unterteilt, spornt man sich zu Höchstleistungen an. Im Augenblick führt die Gruppe II mit 910 zu 881 Abbaueinheiten. Pauschales Lob hängt an der Wand: „Kampfgenossen, ihr habt gut gearbeitet zum Aufbau des Sozialismus", heißt es auf einem der vielen Plakate in dem zur Kantine umgebauten ehemaligen Planungsbüro. „Ein Aufbau, der ironischerweise mit dem Abbau einer kapitalistischen Großanlage identisch ist", sinniert einer der letzten Zündapp-Angestellten, dessen Zeit hier am 31. März endet.

Schon sind vier Fünftel der gut 2000 Maschinen auf die 20 000-Kilometer-Reise geschickt worden. Eine beschwerliche Tour. Tieflader expedieren die Fracht zunächst zum Münchner Güterbahnhof, von dort geht's durch halb Europa, bis sich die Transsibirische Eisenbahn des Versands in Moskau annimmt und mehr *als 12 000 Kilometer nach Peking* weiterleitet. Di_ letzte Etappe bis Tianjin am Chinesischen Meer ist dann nur noch ein Katzensprung. Zehn Millionen Mark sollen Frachtkosten und Aufbau betragen.

Mühselig auch das Verfahren der Registratur. Bei den Apparaturen, für die Betriebsanleitungen fehlen, wird jede Seite skizziert. (Fotografieren ist offenbar nicht „in". Den einzigen Fotoapparat hält der Oberpolitruk unter Verschluß.) Später wird jede Seite numeriert und zusätzlich mit chinesischen Schriftzeichen versehen. Manche der bis zu 60 Tonnen schweren Apparate, die, wie die Tiefziehpresse, per Schiff verfrachtet wurden, weisen bis zu 20 Codezahlen auf. Ein Mysterium für deutsche Techniker.

Doch reicht diese Kodifizierung per Hand und Kreide? Läßt sich ein solcher Umzug überhaupt noch ohne Computerprogramm bewerkstelligen? Die Deutschen zucken die Achseln. Auch das ein Geheimnis der Männer aus Fernost. Niemand zweifelt indes, daß sie ihre Aktion erfolgreicher beenden werden, als es den Sowjets je bei ihren Nachkriegs-Demontagen gelungen ist. Damals kam mehr Bruch an als Unversehrtes. Sorgen macht man sich dennoch auf deutscher Seite – freilich nur so weit, als man wie Drebes auch mit dem Aufbau noch zu tun hat – über einen ganz anderen Punkt: Wird IBM, das für Zündapp München das Software-Programm zusammengestellt hat, auch mit den Kommunisten zusammenarbeiten (dürfen)?

Wie man gegebenenfalls ohne entsprechende Hilfe produzieren will, ist den Branchenkennern an der Isar schleierhaft. Wieder Rätselraten über die Fähigkeiten der Aufkäufer, deren Ehrgeiz indes beträchtlich ist. Von 1988 an wollen sie in drei Tag- und Nachtschichten an die 300 000 Zweiräder pro Jahr herstellen und damit den Honda-Lizenzproduzenten einen Schrecken einjagen. Zum Vergleich: In der Neun-Millionen-Metropole Peking sind ganze 14 000 Motorräder gemeldet. Und nun sollen per anno gleich 300 000 produziert werden – fast dreimal soviel, wie man in München *im Glanzjahr '77 erreichte*. Chinas Markt – ein gieriger Schwamm?

„Möglich, daß wir die Chinesen auch in diesem Punkt gefährlich unterschätzen", orakelt Drebes. Schon ihr Eintritt in das Geschäft war ja eine Sensation. Eigentlich war der Konkursverwalter bereits mit den Iranern *handelseinig geworden, die wieder*um die Inder ausgestochen hatten. 15 Millionen Mark wollten die Interessenten aus dem Lande der Mullahs hinblättern, scheiterten aber an Hemmnissen in der Heimat.

Auf diesen Moment schienen die Chinesen nur gewartet zu haben. Für 16 Millionen Mark machten sie das Rennen. Dank dieser Summe erhöhte sich die Konkursquote auf 60,1 Prozent. Fachleute halten diesen Abschluß für ein „Schnäppchen" son*dergleichen*, taxieren sie doch den Gegenwert des Maschinenparks spielend auf das Zehnfache. (Konkurs)-Not achtet jedes Gebot. Schließlich sind die Chinesen unschuldig am Mißmanagement der dritten Zündapp-Generation. Hier hat sich vor allem Dieter Neumeyer, Enkel des legendären Firmengründers Fritz Neumeyer, den Zorn der Belegschaft zugezogen. Konzeptionslosigkeit und Ideenmangel waren noch die schmeichelhaftesten Vorwürfe, die sich der deutschschweizer Unternehmer von den verbliebenen 170 Mitarbeitern – Abwicklern – nachsagen lassen muß.

*Was sie ihm jedoch geradezu töd*lich verübeln, ist die Tatsache, daß er vor drei Jahren die Immobiliengesellschaft, deren Hauptgesellschafter er geblieben ist, von der Produktionsgesellschaft getrennt hat. „Der Anfang vom Ende", heißt es dazu. Ein Aderlaß, den die Bilanz letztlich nicht mehr verkraftet hat.

Selbstverständlich sind die 50 Millionen Mark, auf die der Immobilienwert geschätzt wird, in der Konkursmasse nicht enthalten. Doch das ist wiederum eine ganz andere Geschichte.

Der Liebling des Systems und der Mann aus Baku

Sie trennt nicht nur das Schachbrett, an dem sie seit fünf Monaten um die Weltmeisterschaft kämpften. Es trennen sie Welten. Und auch deshalb liegt der Verdacht in der Luft, daß der Abbruch in einer Schwächeperiode Anatoli Karpows eine politische Intrige gegen den Herausforderer Garri Kasparow war.

Von R.-M. BORNGÄSSER

It's real Shakespeare", jauchzte die junge amerikanische Reporterin, „and that in Moscow", fügte sie pathetisch hinzu. Dramatisches Finale und abrupter Abbruch der *Schach-Weltmeisterschaft in Moskau.*

Als der kleine, drahtige philippinische FIDE-Präsident Florencio Campomanes im Hotel „Sport" ans Mikrophon trat, schien noch alles offen. Doch dann mündete seine Erklärung in die abrupte Formulierung: „Ich erkläre die Meisterschaft ohne Ergebnis für beendet."

Die Sensation war da. Wie es hinter vorgehaltener Hand hieß, hatten die Karpow-Betreuer den Präsidenten einfliegen lassen, da ihr Champion zunehmend unter nervlicher Belastung im Spiel mit seinem jungen Herausforderer zu leiden schien. Aber das wollte Präsident Campomanes unter keinen Umständen bestätigen. Im Gegenteil, beteuerte der gewandte Filipino, Karpow sei „wohlauf", ja, er wolle das Spiel bis zum „bitteren Ende" durchführen. Dies wiederum schien Kasparows Begleiter zu amüsieren, die lauthals auf der Pressetribüne lachten.

Just in diesem Augenblick betrat Karpow den Saal. Bleich, korrekt im grauen Anzug, mit glattgekämmten Haaren – das Abbild eines „Schach-Beamten" –, ging er aufs Podium und verkündete gepreßt, aber entschlossen: „Ich bin bereit, weiterzuspielen." Kasparow versteinerte einen Moment, dann eilte auch er nach vorn, ergriff das Mikrophon und tobte los: „Wozu dieses ganze Spektakel, auch ich will fortfahren." Sekundenlang herrschte Schweigen, die sowjetischen Sportfunktionäre schienen zu Säulen erstarrt, dann brach ein wilder Tumult los.

Für Minuten hatte sich der Vorhang gelüftet: Das Moskauer Ereignis zeigt, daß es bei den Schach-Weltmeisterschaften eben nicht nur um das „Bewegen der Figuren auf dem Brett" geht, sondern daß mit diesem einst königlichen Spiel handfeste Politik betrieben wird.

Wenn in dem von Kristallüstern erhellten Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses, einen Steinwurf weit vom Kreml, bei den Schach-Weltmeisterschaften Zug um Zug ge*setzt wird, dann spiegelt schon der* Austragungsort die Bedeutung des Ereignisses wider. Denn in diesem Saal wurden Stalin, Breschnew, Andropow und zuletzt Ustinow aufgebahrt. Hier fanden einst Schauprozesse statt, wurden Todesurteile verkündet, wurden Menschen zu Tode getrampelt bei der Aufbahrung Stalins. Und in diesem historischen Saal saßen sich fünf Monate lang Karpow und Kasparow vis-à-vis.

Zwei Rivalen – nicht nur im Spiel. Denn Anatoli Karpow, der Russe, der Star am Brett, das aktive KP-Mitglied, aus proletarischen Verhältnissen stammend, ist das Hätschelkind *der Kreml-Funktionäre.*

Gerühmt wird immer wieder seine „typisch sowjetische Charakterstärke, nämlich Ausdauer und Selbstkontrolle". Verschwiegen werden seine Konten im Ausland; er gilt längst als Devisenmillionär. Karpow ist der Mann, der 1975 Bobby Fischer herausfordern durfte, aber keine Gelegenheit dazu bekam. Er ist aber auch der Mann, der gern und oft im sowjetischen Fernsehen auftritt, um sich für die Abrüstungsvorschläge der UdSSR zu engagieren.

Sein Bildnis, das ihn Hand in *Hand mit dem* früheren Generalsekretär Breschnew zeigt, ziert in Lebensgröße das Treppenhaus im Moskauer zentralen Schach*klub. Karpow*, ein Angepaßter, einer, der nichts riskiert, weder im Spiel noch im Leben, einer, der sich nicht von Emotionen leiten läßt. Und dieser linientreue Schachfunktionär traf ausgerechnet auf diesen ungestümen armenischen Halbjuden Kasparow.

Kasparow ist mit seinen 21 Jahren für den Denksport blutjung. Hätte er den Moskauer Wettkampf gewonnen, wäre er der jüngste Weltmeister in der Geschichte der Schach-Historie geworden. *Ursprünglich hieß dieser Drauf*gänger ja Weinstein. Nach dem frühen Tod seines Vaters nahm er den Mädchennamen seiner Mutter an. Er studiert am Fremdsprachen-Institut in Baku, liest römische Philosophen und liebt Jewtuschenko-Gedichte.

Entgegen den Funktinärswünschen *siedelte* Kasparow auch nicht ins fremde Moskau über, sondern blieb im vertrauten Baku. Er ist ein völlig unorthodoxer Typ in dem Geisterreich des Schachs, der oft und gern Dinge sagt, die nicht in das Konzept des loyalen Sowjetbürgers passen. So etwa antwortete er auf die Frage, wo er denn gern einmal hin*wolle, laut und deutlich: an erster* Stelle nach Amerika.

Ob es nach diesem Ausbruch Kasparows zu einem Knick in seiner frühen Karriere kommen wird, darüber mag man rätseln. Nur in einem sind sich alle sicher: Kasparows Ziel, in nächster Zeit einmal in Amerika zu spielen, ist in sehr weite Ferne gerückt. In Moskau kursiert derzeit der Witz, daß eine Weltmeisterschaft nicht nur den Sieger, sondern auch seine Nationalität feststelle.



Ein aufgebrachter Garri Kasparow bei der Pressekonferenz im Hotel „Sport"
FOTO: AP

Wenn der Traum vom Eigenheim unter den Hammer komm

Deutschlands „Häuslebauer" kalkulieren eng. Um etwa 40 Prozent ist 1984 die Zahl der Zwangsversteigerungen gestiegen. Grund zur Sorge, doch noch kein Grund zur Panik.

Von HANNA GIESKES

In einer kleinen Gemeinde im Bergischen Land kommt ein Einfamilienhaus unter den Hammer. Die Zwangsversteigerung war von einer Bank beantragt worden, die seit 15 Monaten keine Zinsen für die von ihr gewährte 160 000-Mark-Hypothek gesehen hat. Grund: Ende 1983 ließ der Hauseigentümer sich scheiden, und seitdem fehlt das Einkommen der einst mitverdienenden Ehefrau. Anfänglich hatte er noch gehofft, es allein zu schaffen, doch dann fielen in seinem Betrieb die Überstunden weg.

Kein Einzelfall. Die deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank berichtete in diesen Tagen, daß die Zahl der anhängigen Zwangsversteigerungs-Verfahren im vergangenen Jahr um nahezu 40 Prozent gestiegen sei. In den meisten Fällen treffe es „typische Häuslebauer", deren Einkommen sich „erheblich verschlechterte".

Diese Ziffer dürfe indes nicht überbewertet werden, heißt es dazu bei der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL-Bank). In Wahrheit sei die Zahl der Zwangsversteigerungen klein im Vergleich zu den insgesamt herausgelegten Wohnungsbaudarlehen, und nur die Tatsache, daß es derlei bis vor zwei Jahren „so gut wie gar nicht" gegeben habe, lasse den jetzt beobachteten prozentualen Anstieg so dramatisch erscheinen.

Dieser „Basiseffekt" wird beim Verband Deutscher Hypothekenbanken bestätigt. Im letzten Jahr seien von insgesamt 805 000 Darlehensfällen 6800 so notleidend geworden, daß die jeweiligen Banken Zwangsmaßnahmen beantragt hätten. Davon seien rund ein Viertel unter den Hammer gekommen, also etwa 1700.

Gleichwohl wird diese Entwicklung von der Kreditwirtschaft mit Sorge registriert, wobei gelegentlich die Einsicht durchklingt, „daß wir daran nicht ganz unschuldig sind". Darlehen seien oft „zu leichtfertig" und vielfach unter der inzwischen widerlegten Annahme gewährt worden, daß die Einkommen der Hypothekenschuldner stets und ständig steigen. Das Familieneinkommen eines „normalen Häuslebauers" liege statistisch zwischen 4100 und 4900 Mark brutto, üblich sei eine Fremdfinanzierung von 70 Prozent, „und wenn dann etwas nicht fahrplanmäßig läuft in der Familie, ist plötzlich alles zu spät".

„Nicht fahrplanmäßig" sind beispielsweise Scheidungen, die nach übereinstimmender Aussage aller Hypothekenbanken die häufigste Ursache von Zinsausfällen und damit *Zwangsmaßnahmen sind*. Natürlich spiele auch Arbeitslosigkeit eine Rolle, heißt es, und manchmal bringe schon der Abbau fest einkalkulierter Überstunden einen Schuldner in Bedrängnis. All dies sei jedoch erst in dem Moment zum Problem geworden, als am Immobilienmarkt die Preise verfielen. „Früher wurden Ob*jekte freihändig verkauft, wenn dem* Schuldner die Luft ausging", und dabei sei immer genug herausgekommen, um die Schuld zu decken. Heute sei vor allem in strukturschwachen Gebieten wie Niedersachsen, Ostwestfalen und dem Sauerland ein freihändiger Verkauf gar nicht mehr möglich, „und so kommt es eben zur *Zwangsversteigerung*".

Betroffen seien fast ausschließlich Ein- und Zweifamilienhäuser, und ein Sprecher der Centralbodenkredit AG in Köln begründet das damit, „daß bei solchen Objekten anders als *bei Häusern mit Mietwohnungen kei*ne Zwangsverwaltung möglich ist, bei der die Bank die Mieten einzieht". Bei Bauherrenmodellen „passiert nichts", heißt es in der Kölner Bank – „noch nichts", denn es sei nicht auszuschließen, „daß hier Zeitbomben gelegt worden sind, die in fünf oder sechs Jahren hochgehen könnten", wenn bei weiter steigenden Zinsen die Mietgarantien ausliefen.

Aufgrund ihrer jüngsten Erfahrungen sind die Banken bei der Wohnungsbau-Finanzierung inzwischen vorsichtiger geworden. „Wir prüfen den Kunden auf Herz und Nieren, bevor wir eine Hypothek bewilligen", heißt es bei der DSL-Bank, „und gelegentlich raten wir auch, das Haus eine Nummer kleiner zu bauen." Die vor einigen Jahren von den Banken angepriesene 100-Prozent-Fremdfinanzierung gebe es kaum noch, „und wenn, dann haben wir vorher ganz genau untersucht, ob der Mann das auch schaffen kann".

*Kritisch sind nach den Erfahrun*gen der Branche die ersten fünf Jah re, „und besonders viel geht schie wenn ein Althaus erworben wird, da modernisiert und umgebaut werde muß". Hier sei die Gefahr drastische Fehleinschätzung der damit verbur denen Kosten erheblich. Leider e fahre es die Bank vielfach „zu spä um noch zu helfen".

In Nordrhein-Westfalen hilft die ö fentliche Hand: Nach dem Eiger tumssicherungs-Gesetz springt di Wohnungsbauförderungsanstalt ei wenn ein Eigentümer unverschuld in Not geraten ist. Doch auch di Banken lassen ihn nicht immer i Regen stehen: „Wenn wir überzeu sind, daß es besser wird, können Zi sen gestundet und Tilgungsleistu gen ausgesetzt werden", heißt es b der Centralboden.

Und manchmal wird es wirklic besser: *Als einer Familie in der Eif* die Zwangsversteigerung ihres Ha ses drohte, weil der Vater arbeitsl geworden war und die Belastunge aus der 120 000-Mark-Hypothek nic mehr verkraften konnte, schlug ih seine Bank vor, die ausstehenden B träge in Raten zu zahlen. Er akze tierte, zahlte pünktlich, und inzw *schen hat er wieder Arbeit.*

EG-Erweiterung: Craxi zeigt sich skeptisch

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Von einer kurzen Rundreise, deren Stationen London, Lissabon und Madrid bildeten, ist der italienische Ministerpräsident und turnusmäßige Präsident des Europäischen Rates, Bettino Craxi, mit der Befürchtung nach Rom zurückgekehrt, daß der 1. Januar 1986 als Termin für die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft möglicherweise nicht eingehalten werden kann. Als sich Craxi am Ende der Reise in Madrid gemeinsam mit seinem spanischen Kollegen und sozialistischen Parteifreund Felipe Gonzalez der Presse stellte, war von der Hochstimmung, die bisher stets die Pressekonferenzen der beiden Regierungschefs charakterisiert hatte, nichts zu spüren. Der Grund: Die Verhandlungen über die EG-Süderweiterung haben in der Schlußphase einen kritischen Punkt erreicht, von dem offenbar noch niemand weiß, wie er überwunden werden soll.

Craxi versicherte zwar, daß Italien alles in seiner Macht stehende tun werde, damit der Termin eingehalten werden kann. Er fügte jedoch hinzu: „Jetzt sind wir mittendrin in den praktischen Problemen, die Schwierigkeiten bereiten. Und wenn diese Schwierigkeiten andauern, können sie sogar das Risiko eines negativen Ausgangs der Verhandlungen heraufbeschwören." Man müsse deshalb mit allen Mitteln versuchen, bis zur Sitzung des Europäischen Rates Ende März eine Entscheidung vorzubereiten. Gonzalez wiederum warnte. Spanien habe in den umstrittenen Fragen der Landwirtschaft, des Fischfangs und des sozialen Bereichs die Grenzen seines Verhandlungsspielraumes erreicht.

Ende der kommenden Woche wird der italienische Ministerpräsident seine Sondierungstour in Bonn und Paris fortsetzen. Er wird mit Bundeskanzler Kohl und dann mit Präsident Mitterrand zusammentreffen. In italienischen Regierungskreisen werden die Schwierigkeiten, die sich der Süderweiterung entgegenstellen, vor allem in einer angeblichen Abneigung der „nördlichen" EG-Länder Großbritannien, Irland, Dänemark, Deutschland und Frankreich gegen eine Schwerpunktverlagerung innerhalb der Gemeinschaft nach Süden gesehen. Die fünf Länder wollten sich in der Landwirtschaft und in der Fischereiindustrie vor der befürchteten Konkurrenz absichern und das EG-Budget nicht Entwicklungsprojekte noch weiter belasten.

Von den Südstaaten wiederum will Griechenland seine Zustimmung zur Erweiterung der Gemeinschaft von der Billigung der sogenannten Intergrationsprogramme für die mittelmeerischen Länder abhängig machen. Italien, das aus diesen Programmen den Löwenanteil zu erwarten hätte, liegt hier auf der griechischen Linie, droht jedoch im Gegensatz zu Athen nicht mit seinem Veto gegen die Aufnahme Spaniens und Portugals, falls die Programme nicht vorher gebilligt werden. In Rom wird darauf hingewiesen, daß spätestens bis April eine Einigung über die Süderweiterung erzielt werden müsse, wenn man den gesetzten Termin des 1. Januar 1986 einhalten wolle. Ansonsten bliebe den Parlamenten der Zwölf nicht mehr genügend Zeit für die Beratung und Verabschiedung der entsprechenden Gesetze.

Die Deutschen drängt es wieder zur Kur

Antragszahlen steigen / BfA will Bettenzahl aufstocken

PETER JENTSCH, Bonn

Krankenkassen und Rentenversicherer haben einen erheblichen Anstieg der Kuranträge festgestellt. Die Kurorte sprechen bereits vorsichtig von einem neuen Boom. Und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) will die Zahl ihrer erst in jüngster Zeit stillgelegten oder gekündigten Betten in den Kurkliniken wieder aufstocken.

Ist damit der Bann gebrochen? Zeigt das „Antragsverhalten der Versicherten", daß sie sich mit den verschärften gesetzlichen Voraussetzungen, etwa der Selbstbeteiligung in Höhe von zehn Mark pro Kurtag, abgefunden haben? Und – wichtiger noch – beweist die Entwicklung, daß die Angst vor Gefährdung des Arbeitsplatzes nicht mehr als Kur-Verhinderungsgrund zählt?

„Belebung der Wirtschaft"

Um diese Annahme zu untermauern, müßte man wissen, welche Berufs- und Personengruppen wieder vermehrt Kuren in Anspruch nehmen. Sind es Arbeiter und Angestellte aus der freien Wirtschaft oder sind es Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit ihren gesicherten Arbeitsplätzen? Entsprechend differenzierte Statistiken gibt es aber nicht. Doch Werner Doetsch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände und Vizechef des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger (VdR), schließt aus dem Antragstrend „auf die konjunkturelle Belebung der Wirtschaft".

„In der Angestellten- und Arbeiter-Rentenversicherung nahmen die Anträge im vergangenen Jahr jeweils um rund 25 Prozent zu," sagt Doetsch. „Da aber nur relativ wenig Arbeiter im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, läßt sich aus der parallelen Entwicklung schließen, daß die Antragsflut nicht nur auf den öffentlichen Dienst zurückzuführen ist, sondern daß auch die Beschäftigten in der freien Wirtschaft wieder mehr kuren, weil sie dadurch ihren Arbeitsplatz nicht mehr in dem Maße wie früher gefährdet sehen." Freilich sieht auch Doetsch, daß „diese Entwicklung in einzelnen Branchen höchst unterschiedlich verläuft, und daß insbesondere im Angestelltenbereich der Hauptzustrom zu den Kuren noch aus dem öffentlichen Dienst kommt".

Nach Darstellung des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger nahm im vergangenen Jahr die Zahl der Kuranträge gegenüber 1983 um 24,7 Prozent auf 778 000 zu. Dabei verzeichnete die Rentenversicherung der Arbeiter gegenüber 1983 mit einer Steigerung um 25,4 Prozent auf 434 000 Kuranträge die höchste Zuwachsrate. In der knappschaftlichen Rentenversicherung stieg die Zahl der Kuren um 24,9 Prozent auf knapp 16 000. Und in der Angestelltenversicherung um 23,8 Prozent auf 328 000 Anträge.

Insgesamt haben in den Jahren 1982 bis 1984, das zeigt eine Umfrage, noch fünf Millionen Deutsche im Alter zwischen 16 und 69 Jahren eine mindestens dreiwöchige Kur absolviert. Das sind immerhin 12,3 Prozent der 40,2 Millionen Personen dieser Altersgruppe. Und – in diesem Zusammenhang interessant: Weitere 6,1 Millionen Bürger, das sind 15,2 Prozent dieser Altersgruppe, verfügen über Kurerfahrung aus früherer Zeit. Viele von ihnen, auch das machte die repräsentative Umfrage der GFK Freizeit- und Tourismusforschung zum Thema Kur (November 1984) deutlich, haben aus Kostengründen oder aus Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes auf eine Kur verzichtet. Bei 2,4 Millionen Bürgern spielt nach dieser Umfrage „die Angst um den Arbeitsplatz eine Rolle". Dabei sind die unter 40jährigen in dieser Gruppe besonders stark vertreten.

Jetzt, so scheint es, ist die Kur endgültig wieder „in". Doetsch freilich warnt: „Niemand hat etwas gegen sinnvolle Rehabilitationsmaßnahmen. Aber es ist schon zu begrüßen, daß durch den Rückgang vor allem der kostenlose Zweiturlaub im Rahmen einer Feld-Wald- und Wiesenkur getroffen wurde."

Auch im Bereich des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO) sind die Aufwendungen für Kuren allein in den ersten drei Quartalen 1984 um etwa 30 bis 40 Prozent gegenüber dem gesamten Jahr 1983 gestiegen. Von Januar bis September 1984 gaben die Ortskrankenkassen 270 Millionen Mark für die Heilbehandlung in Kurbetrieben aus, gegenüber 200 Millionen Mark im Jahre 1983. Diese Zahlen entsprechen der Entwicklung in der gesamten gesetzlichen Krankenversicherung: In den ersten neun Monaten des Vorjahres wendete sie 740 Millionen Mark für die Kurbehandlung auf, das Jahresergebnis 1983 lag bei Gesamtkosten in Höhe von 512 Millionen Mark.

8800 Betten gekündigt

Das Ende des Kurfrusts bestätigt auch BfA-Präsident Klaus Hoffmann. Nach dem starken Kurrückgang hatte die BfA 8800 Betten in Kurheimen und Vertragskliniken gekündigt, so daß der Anstalt Anfang 1985 nur noch 21 000 Kurbetten zur Verfügung standen. Hoffmann: „Schrittweise bis Ende des ersten Quartals 1985 wird jetzt der erste Teil der Vergrößerung des gesamten Bettenkontingents um etwa 17 Prozent verwirklicht sein." Durchschnittlich rechnet Hoffmann bis 1986 mit jeweils 270 000 Kurbewilligungen im Jahr allein im Bereich der BfA. „Freilich," so macht er auch deutlich, „einen Boom wie wie 1981/82 mit 380 000 Anträgen und mehr wird es nicht mehr geben. Das lassen schon die seit 1982 geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht zu."

Die Sozialdemokraten und ihr Verhältnis zu den Grünen

Nach dem Nein von Apel steuert Vogel jetzt einen neuen Kurs an

hrk. Berlin

In Berlin schälen sich deutlicher als bisher die beiden Modelle heraus, die es nach dem Wahltag (10.März) am ehesten geben könnte: eine Weiterarbeit der bisherigen CDU/FDP-Koalition oder aber eine Politik wechselnder Mehrheiten der SPD mit der CDU einerseits sowie SPD mit der AL andererseits. Eine absolute Mehrheit der Union scheint bei einem Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Grenze zwar möglich zu sein, ist aber unwahrscheinlich.

Die jüngsten vom Sender Freies Berlin veröffentlichten Umfrageergebnisse lauten: CDU 46,8 Prozent (1981: 48,0), SPD 36,5 (38,4), Alternative Liste 13,3 (7,6) und FDP 3 (5,6) Prozent. Bei dieser Befragung von 1006 Berlinern ist allerdings in erster Linie die Erststimme erhoben worden. Dabei sagten rund 18 Prozent, sie könnten sich ein Stimmen-Splitting vorstellen. Nur in Berlin gibt es bei Landeswahlen die Erst- und die Zweitstimme. Und dieses System, das ein Stimmensplitting möglich macht, verspricht der FDP den Sprung über die 5-Prozent-Hürde.

Nachdem Apel monatelang die Koalition, aber auch eine Zusammenarbeit mit der AL kategorisch ausgeschlossen hatte, stellt sich die SPD jetzt erkennbar auf die neue Lage ein: Ein Abgeordnetenhaus mit der CDU als weiterhin (seit 1975!) stärkster Fraktion, dazu ein amtierender Senat, der nur mit absoluter Mehrheit von SPD und AL abgelöst werden könnte (was eine Einigung über einen Diepgen-Nachfolger und zwölf geheim zu wählende Senatoren voraussetzte), eine CDU-Politik, die sich von Fall zu Fall bei der SPD Stimmenhilfe holen müßte.

Die Äußerungen Vogels deuten auf den Versuch hin, den Trend der 95 000 Jungwähler zur AL (mindestens ein Drittel von ihnen will für sie votieren) zugunsten der SPD zu stoppen. Das Motto lautet: Wer die SPD stärkt, kann sicher sein, daß diese Partei auch AL-Elemente aufnimmt und in Politik umsetzt. Damit praktiziert die SPD jetzt auch in Berlin eine Taktik, die, wie viele Beispiele der Vergangenheit zeigen, im Wesentlichen von Widersprüchen beherrscht wird.

Dokumentation der SPD-Aussagen

DW. Bonn

Richard Löwenthal in der „Neuen Gesellschaft", Dezember 1981:

„Die Sozialdemokratie ist ein Produkt der Industriegesellschaft und ein Vorkämpfer der Demokratie in Staat und Gesellschaft. Sie kann mit denen, die die moderne Welt für einen weltgeschichtlichen Irrweg halten, keinen Kompromiß schließen: Sie muß klar sagen, daß die menschenwürdige Versorgung... ohne die Industriegesellschaften und ihre berufliche Arbeitsteilung unmöglich und daß alle Alternativen dazu reaktionäre Utopien sind."

Willy Brandt in der ARD/ZDF-Gemeinschaftssendung „Bonner Runde", am 27. September 1982:

„Es gibt an diesem Abend der hessischen Wahl die Mehrheit diesseits der Union, Herr Kollege Kohl. Dies ist eine schwierige Mehrheit, aber es gibt sie nicht auf ihrer Seite, auf der Seite dieser beiden Herren (Kohl und Genscher.- D.Red.), sondern es gibt sie diesseits einer Union, die angereichert ist durch das, was Herr Genscher für die FDP vertritt... Was jetzt als neuer Auftrieb im Gange ist, das muß fortgesetzt werden, indem sich die SPD – wo es geht – zusammenfindet mit den Sozialliberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern... und mit den vielen aus der Friedensbewegung, aus der Umweltbewegung, die eigentlich auch soziale Demokratie gestalten wollen."

Georg Leber in einem Interview mit „Bild am Sonntag", 13. März 1983:

„Die wichtigsten Forderungen der Grünen stehen im Widerspruch zu den Erwartungen der Arbeitnehmer. Ich hatte während des Wahlkampfes den Eindruck, daß das etwas verschwomen war. Die Grenze muß klar bleiben."

Willy Brandt in einem Interview des „Spiegel", vom 14. März 1983:

„So wie die Konstellation heute ist und sich für die allernächsten Jahre abzeichnet, gibt es im Bund für die SPD keinen Koalitionspartner... Meine Partei wird im Bundestag kein Kuddelmuddel entstehen lassen."

Hans Apel in einem WELT-Interview, vom 9. November 1984:

„Mich schreckt das Beispiel Börner in Hessen. Was vielleicht im Saarland gehen mag, geht auf keinen Fall in Berlin."

Hans-Jochen Vogel am 11. Dezember 1984 in Bonn:

„Ich kann verstehen, daß der Apel in Berlin zu einer Zusammenarbeit mit der Alternativen Liste (AL) Nein sagt."

dpa vom 29. Dezember 1984:

Der Berliner SPD-Spitzenkandidat Hans Apel hält die Tolerierung eines CDU-Minderheitssenats nach den Wahlen am 10. März 1985 für möglich. In der „Berliner Morgenpost" sagte Apel: „Wenn die FDP rausfliegt – und davon gehe ich aus – wären Modelle dieser Art denkbar."

Willy Brandt in einem Interview mit der „Bunten Illustrierten" (Heft 4/1985):

„Da wollen wir mal keinen Irrtum aufkomen lassen: Der Vorsitzende der SPD hält die neue Gruppierung der Grünen für überflüssig. Denn er ist der Meinung, seine Partei ist in der Lage oder muß wieder in die Lage kommen, bessere Antworten zu gebenm als diese Gruppierungen. Die SPD muß auch nach dieser Seite streiten, wir geben kein Terrain frei."

Hans-Jochen Vogel in seinem „Liebe Freunde"-Brief vom 14. Januar 1985:

„Die Grünen sind in ihrer gegenwärtigen Stärke eine Folge politischer und gesellschaftlicher Defizite der Vergangenheit und damit der Fehler, die alle älteren Parteien – auch wir – gemacht haben... Die Existenz der Grünen bietet indes auch eine Chance zu System-Innovationen und zum Abbau erkannter Defizite etwa auf dem Gebiet des Umweltschutzes oder der Parteifinanzierung oder der Einflußnahme von Großkkonzernen auf politische Entscheidungen. Diese Chance müssen wir als die große Reformpartei wahrnehmen. Mit den Grünen, wenn und wo sie sich entgegen den in letzter Zeit wieder gestiegenen Zweifeln als realitätsoffen, kompromiß-, abrede- und verantwortungsfähig zeigen, sonst gegen sie. In jedem Fall aber in ständiger konkreter Auseinandersetzung mit ihren Lösungsdefiziten und den kontraproduktiven, die konservativen Kräfte stärkenden Konsequenzen ihrer Politik."

Dieter Haak in einer SPD-Fraktionssitzung Mitte Januar 1985:

„Dieses opportunistische Anpassen an modische Strömungen und Bewegungen in den beiden letzten Jahren."

Hans-Jochen Vogel in einem Interview mit der „Berliner Morgenpost", vom 17. Februar 1985:

„Die Berliner Sozialdemokraten haben ihre Beschlüsse gefaßt: Keine Koalition mit der AL. Aber die Sozialdemokraten werden selbstverständlich, was die Sachpolitik angeht, .. um parlamentarische Mehrheiten kämpfen. Sie werden genau das tun, was Richard von Weizsäcker in der gleichen Situation nach dem 10. Mai getan hat, nämlich nach Mehrheiten für seine Sachlösungen suchen. Und was Weizsäcker recht war, das ist Hans Apel und den Sozialdemokraten bilig... Ich sehe keinen Grund, daß man die Durchsetzung einer vernünftigen Politik deswegen unterläßt, weil die Zustimmung von einer Seite kommt, mit der man sehr große Gegensätze und sehr große Meinungsverschiedenheiten hat."

Gensсher mahnt Koalition zur Einigkeit

dpa/rtr. Hamburg

Der kommenden Samstag aus dem Amt scheidende FDP-Vorsitzende Genscher hat die Bonner Regierungskoalition zur Einigkeit gemahnt. Der „Welt am Sonntag" sagte er, eine Koalitionsregierung müsse zu einmal gefundenen Kompromissen stehen, „selbst wenn es da Punkte gibt, wo man nicht in jeder Einzelheit der Meinung ist, das sei der Weisheit letzter Schluß". Dort, wo noch keine Einigkeit erzielt worden sei, „sollten wir sachlich diskutieren und uns nicht befehden". Er erwähnte dabei das Demonstrationsrecht und die Rentenversicherung.

Genscher, der auch nach 1987 Außenminister bleiben möchte, will den künftigen Parteichef Bangemann in der politischen Arbeit mit allen Kräften unterstützen. Die FDP müsse sich künftig als „Freiheits- und Fortschrittspartei" profilieren. Das sozialdemokratische Zeitalter, das darauf gerichtet war, sich gegen alles abzusichern, werde durch ein liberales Zeitalter abgelöst, in dem Persönlichkeit und individuelle Verantwortung stärker gefragt sein würden.

Für ein Bündnis der FDP mit den Unionsparteien auch nach den Bundestagswahlen von 1987 hat sich Bangemann ausgesprochen. Im Hessischen Rundfunk erklärte der Bundeswirtschaftsminister gestern, vor allem wegen des ungeklärten Verhältnisses der SPD zu den Grünen halte er eine Neuauflage der sozialliberalen Koalition nicht für möglich. Prinzipiell gelte diese Politik der Zusammenarbeit der FDP mit CDU und CSU auch für die Länder.

NDR: Zimmermanns Vorwürfe „ungerecht"

DW. Bonn

Der stellvertretende Intendant des NDR, Jobst Plog, hat die Kritik von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann an der NDR-Sendung „Brennpunkt" als „leichtfertig und ungerecht" zurückgewiesen. Zimmermann hatte in einem Brief an den NDR-Intendanten von einer „beschämenden Verharmlosung des Terrorismus" gesprochen. (WELT v. 13.2.)

Wie Plog in seiner Anwort an Zimmermann schrieb, sei es in der beanstandeten Sendung um die Möglichkeit gegangen, „den Hungerstreik zu beenden, ehe sich der Terrorismus erneut einen Pseudo-Märtyrer schaffen konnte". Die so gestellte Frage sei von allen journalistisch relevanten Seiten behandelt worden. „Dazu gehörten unter anderem die Minister Eyrich, Schlee und Sie selbst." Den Originalaussagen der Politiker sei dabei mehr Zeit eingeräumt worden als den Aussagen der Angehörigen, Demonstranten und Anwälten.

Die Redaktion hätte sich darüber hinaus um weitergehende Informationen bemüht, von Rebmann, Boge und Hellenbroich aber Absagen erhalten. Plog wollte auch den Vorwurf Zimmermanns, sich mit den Opfern der Terroristen nicht beschäftigt zu haben, nicht gelten lassen. Eine aktuelle Dokumentation könne nicht immer das gesamte Spektrum eines Themas aufarbeiten, zumal die ARD zuvor bereits eine ausführliche Dokumentation über das Schicksal der Terrorismusopfer ausgestrahlt habe.

Unesco uneinig über Kürzung ihres Haushalts

rtr/dpa. Paris

Der Exekutivausschuß der UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) hat sich bei seiner fünftägigen Sondersitzung über die Folgen des Austritts der USA nicht auf konkrete Ausgabenkürzungen im Haushalt für 1985 einigen können. Der Rat forderte seine Mitglieder jedoch gestern auf, rasch die rückständigen Beiträge zu zahlen, auf Rückerstattungsrechte wegen der Kursschwankungen des Dollars zu verzichten und freiwillige Sonderbeiträge zu leisten. Westliche Länder wie die Bundesrepublik Deutschland hatten Sonderbeiträge abgelehnt, weil sie nach dem Austritt der USA wirkliche Reformen in der Unesco durchsetzen wollen.

Über eine der Verhandlungsrunden sagte der Leiter der Delegation der Bundesrepublik, Karl Moersch, diese sei von einem „schlechten Geist" geprägt gewesen. Die Länder des Ostblocks und der Dritten Welt hätten sich nicht wirklich bemüht, die Position des Westens zu verstehen. Einmal habe er, so Moersch, vor Aufregung den Tagungssaal verlassen müssen, um nicht die Fassung zu verlieren.

Die USA waren bisher für ein Viertel des Unesco-Haushalts aufgekommen. Trotz Einsparungen verblieb für 1985 noch eine Haushaltslücke von 28 Millionen Dollar. Rund sechs Millionen wurden hauptsächlich durch Sonderzahlungen Frankreichs und der UdSSR ausgeglichen. Die Sowjetunion konnte sich bei den Beratungen nicht mit der Forderung durchsetzen, bei erforderlichen Personalkürzungen zuerst amerikanische Unesco-Beamte einzusparen.

Die NRW-Regierung erhält Rückendeckung aus Münster

Verfassungsklagen der CDU abgewiesen / Niederlage für Städte

WILM HERLYN, Münster

Die Verfassungsrichter des Landes Nordrhein-Westfalen haben die Auffassung der sozialdemokratischen Regierung bestätigt, nach der sie eine gemeindebezogene Leistungsbilanz in Staatskanzlei erarbeiten und auch als sachliche Information verwenden durfte. Die beiden CDU-Verbände Rheinland und Westfalen Lippe hatten die Organklage im vergangenen Sommer angestrengt, weil sie eine „gefilterte Datenzusammenstellung" dieser Leistungsbilanz für Wahlkampfzwecke zugunsten der SPD und der Regierung befürchteten.

Sie begründeten ihre Ansicht mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1977. Dabei entschieden die Karlsruher Richter, Regierungen sollten in Vorwahlzeiten (sechs Monate vor dem Termin) äußerste Zurückhaltung üben. Gleichzeitig verboten sie ausdrücklich die Erarbeitung von Leistungsbilanzen aus Steuermitteln. Die Münsteraner Richter dagegen stellten fest, diese Leistungsbilanz solle zwar offensichtlich die Öffentlichkeit beeinflussen, doch halte sich diese Beeinflussung im Rahmen der Chancengleichheit, in dem eine Regierungpartei „aus den unvermeidlichen Vorteilen ihrer Position heraus im Wahlkampf immer begünstigt" sei.

Im Zuge der verfassungsrechtlichen Überprüfung hatte sich – neben den Bedenken der Union – auch herausgestellt, daß die Bilanz nach Ansicht des Datenschutzbeauftragten Heinrich Weyer erheblich gegen bestehende Gesetze verstößt. In einem Gutachten stellte er fest, die Regierung verstoße sogar gegen den Paragraphen 4 der Landesverfassung, in dem personenbezogene Daten ausdrücklich für schutzwürdig erklärt werden.

Sogleich nach Bekanntwerden dieser massiven Kritik beeilte sich ein Vertreter der Landesregierung vor dem Verfassungsgerichtshof zu versichern, die Staatskanzlei werde Anweisung geben, die Leistungsbilanz im Sinne des Datenschutzes „zu bereinigen". Damit wurde wiederum ein aufwendiger Vorgang notwendig – denn immerhin umfaßt das Werk fünf Bände mit 1500 Seiten.

Selbst Mitarbeiter der Staatskanzlei müssen feststellen, daß diese Leistungsbilanz als Grundlage für politisches Handeln absolut unvollständig und unbrauchbar ist. So werden beispielsweise der Stadt Dortmund, eine der notleidenden Kommunen im Ruhrgebiet, mit erheblichen Sorgen, ganze fünf Seiten gewidmet, der Abschnitt Umweltpolitik für die Stadt Dormagen wird mit knapp 15 Zeilen abgehandelt oder das Kapitel „Forst- und Agrarwirtschaft der Stadt Wuppertal" nur mit 7 Zeilen gestreift.

Gleichzeitig wies der Verfassungsgerichtshof auch die Beschwerde der Städte Düsseldorf, Leverkusen, Krefeld, Wesseling und Grevenbroich gegen den Wegfall der Auftragskostenpauschale im Gemeinde-Finanzierungsgesetz zurück. Die Gemeinden wurden in ihrer Position von der CDU unterstützt. Dieses Gesetz sah erstmals 1983 keine besonderen Zuweisungen des Landes mehr vor, die den Kommunen aus der Wahrnehmung sogenannter Pflichtaufgaben des Landes erwachsen. Diese Pauschale wurde bislang nach der Einwohnerzahl berechnet. Damit erhielten reiche wie arme Gemeinden gleich hohe Beträge. Innenminister Herbert Schnor änderte vor zwei Jahren diese Regelung und legte als Grundlaege der Zuweisungen die Steuerkraft der einzelnen Gemeinden fest.

Das Verfassungsgericht stellte nun fest, durch die Streichung der Auftragskostenpauschale seien besonders steuerstarke Städte nicht „übermäßig oder unzumutbar" belastet. Die Landesregierung habe mit der Änderung des Gesetzes nicht willkürlich gehandelt, sondern die Interessen der Gemeinden abgewogen. Innenminister Herbert Schnor kommentierte das Urteil erleichtert: „Dieses ist ein Akt der Gerechtigkeit".

Entscheidung über WDR nächste Woche?

DW. Düsseldorf

In nordrhein-westfälischen SPD-Kreisen wird damit gerechnet, daß Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) das von der SPD-Mehrheit im Düsseldorfer Landtag beschlossene WDR-Vorschaltgesetz nicht unterschreiben wird. Mit einer endgültigen Entscheidung ist jedoch erst am kommenden Dienstag zu rechnen, betonte eine Sprecherin der Düsseldorfer Staatskanzlei auf Anfrage. Es mehren sich inzwischen Stimmen unter Sozialdemokraten, die in ihren Vermutungen soweit gehen, daß auch das neue Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk in Köln für die laufende Legislaturperiode gekippt wird und erst im neugewählten Landtag nach dem 12. Mai „wieder auf den Tisch" kommen könnte.

Indizien sprechen für eine angestrebte „glatte Lösung", um den WDR aus dem laufenden Landtagswahlkampf herauszuhalten. Dabei wird in Fraktionskreisen nicht ausgeschlossen, daß ein neuformuliertes Vorschaltgesetz ohne den umstrittenen Paragraphen vier, der die Besetzung von Direktorenposten beim WDR übergangsweise nur bis zum Herbst zuläßt, ein neues WDR-Gesetz für die laufende Legislaturperiode ersetzen könnte. Nicht zuletzt die Ankündigung des neugewählten WDR-Indendanten Friedrich Nowottny, sein Amt während der Laufzeit des in der vorletzten Woche beschlossenen Vorschaltgesetzes bis Ende September nicht anzutreten, hatte in der vergangenen Woche zu politischen Auseinandersetzungen geführt, in die sich auch Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und der FDP-Bundesvorsitzende und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eingeschaltet hatten. Nowottny hatte die Übergangsregelung in seiner derzeitigen Form als Eingriff in das Amt des Intendanten kritisiert. Bestätigten Informationen zufolge hat es dazu inzwischen ein Telefongespräch zwischen Rau und Nowottny, der im Allgäu Urlaub macht, gegeben. Über Einzelheiten ist nichts bekannt.

Golfkrieg: Die Türkei nutzt ihre geographische Lage

Pipeline-Geschäfte auch mit Iran / Druck auf Syrien?

E. ANTONAROS, Athen

Die Türkei, selbst nur im Besitz von recht bescheidenen Erdölvorkommen, schickt sich an, zur „Ölmacht" im östlichen Mittelmeer aufzurücken. Nach Irak, das bereits Mitte der 70er Jahre eine wichtige Pipeline zwischen den Ölfeldern von Kirkuk und dem südtürkischen Hafen Yumurtalik bauen ließ, hat nun auch Iran den Bau von zwei Pipelines zur Beförderung von Erdgas und Erdöl in Richtung Westen mit Ankara vereinbart. Da auch die Sowjetunion bis 1987 mindestens eine Erdgasleitung bis Istanbul bauen will, wird die Türkei aller Voraussicht nach bis Ende der 80er Jahre zur wichtigsten Auffangzentrale für Erdöl im östlichen Mittelmeerraum avancieren.

Für die Türkei wird der iranisch-irakische Dauerkrieg am Golf so zu einer lukrativen Erfolgsstory: Dank der Wahrung strikter Neutralität ist es nämlich den Türken gelungen, beide Länder mit wichtigen Industrie- und Agrargütern zu beliefern. Innerhalb von wenigen Jahren sind Iran und Irak dadurch zu den wichtigsten Handelspartnern der Türkei geworden. Gleichzeitig konnten die geschäftstüchtigen Türken besonders günstige Bedingungen für ihre Erdöleinkäufe aushandeln.

Die Vereinbarungen mit Teheran, die Ende Januar während eines Besuchs des iranischen Ministerpräsidenten, Hossein Mussavi, in Ankara besiegelt wurden, haben für die Türkei einen besonders hohen politischen Stellenwert, weil sie eine Verstimmung zwischen beiden Ländern beenden: Im Sommer 1984 konnte Ankara die Iraner nicht dazu bringen, sich an gemeinsamen Aktionen gegen aufständische Kurden zu beteiligen, die im Länderdreieck Türkei/Irak/Iran operieren und, wahrscheinlich mit syrischer Rückendeckung, Unruhen in den Provinzen Ostanatoliens schüren. Während Bagdad aufgrund eines bilateralen Militärabkommens türkische Säuberungsaktionen sogar auf irakischem Hoheitsgebiet zuließ, lehnten die Iraner bislang eine sogenannte „Gendarmenrolle" der Türkei im Grenzbereich ab.

Mussavi stellte nun der türkischen Regierungs- und Armeespitze während der Gespräche in Ankara iranische Unterstützung bei der Bekämpfung der kurdischen Separatisten in Aussicht. In Ankara glaubt man erkannt zu haben, daß die Iraner sogar versuchen wollen, die Syrer von der Notwendigkeit einer Einstellung der logistischen Unterstützung der Kurden zu überzeugen.

Daß sich die Iraner jetzt auf einmal großzügig und kooperationswillig zeigen, hat wichtige politische und finanzielle Hintergründe: Wegen der Verlegung der Front in Richtung Süden und der ständigen Beschießung der Verlade-Insel Kharg durch die irakische Luftwaffe, kann Teheran sein Erdöl seit geraumer Zeit nicht mehr loswerden. Die iranischen Ölexporte haben sich in den letzten Monaten praktisch halbiert. Daher brauchen die in Geldnot geratenen Mullahs so schnell wie möglich die Leitungen durch die Türkei.

Mit dem geplanten Bau der iranischen Leitungen gehen lange gehegte Pläne der Türkei in Erfüllung: Schon in den 60er Jahren hatten türkische Regierungen Gespräche mit dem Schah-Regime über solche Projekte geführt. Sie konnten allerdings wegen der Aversion des Schahs gegen die Türken nicht zustandekommen. Für Ankaras Regierungschef Turgut Özal, der seit vielen Jahren, seit Anfang 1984 als gewählter Ministerpräsident, die Beziehungen zu den iranischen Nachbarn systematisch pflegt, ist die Vereinbarung mit Teheran ein persönlicher Erfolg: Auf diese Art macht sich seine Politik der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu allen Nachbarländern der Türkei ohne Rücksicht auf die dort herrschenden politischen Systeme bezahlt. Die Einnahmen an Transitgebühren werden die türkischen Devisenkassen auffüllen und dadurch zur wirtschaftlichen Stabilisierung beitragen. (SAD)

KBW aufgelöst. Geld für die Alternativen

dpa, Frankfurt

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), in den 70er Jahren als militante linksextreme Gruppierung bekannt geworden, hat sich endgültig aufgelöst. Auf der letzten Mitgliederversammlung in Frankfurt wurde die Gründung eines eingetragenen Vereins beschlossen, der unter dem Namen „Assoziation" die Rechtsnachfolge des KBW antritt. Der neue Verein hat sich unter anderem die Förderung alternativer Projekte zum Ziel gesetzt. Das auf neun bis zehn Millionen Mark geschätzte KBW-Vermögen – Sachwerte und Immobilien – soll über die „Assoziation" dem grün-alternativen Spektrum" zur Verfügung gestellt werden.

Einheitskonto für Afrika-Hilfe

AP, Osnabrück

Die 14 Hilfswerke, die im Rahmen des „Afrikatages" die „Gemeinschaftsaktion Afrika" gegründet hatten, haben auf einer Sitzung in Bonn beschlossen, das gemeinsame Konto 123 bei der Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück für weitere Afrika-Spenden beizubehalten. Die „Gemeinschaftsaktion Afrika" forderte die Kirchen und das Rote Kreuz auf, sich bei zukünftigen großen Aktionen mit den übrigen kleineren Hilfswerken auf ein zentrales Einheitskonto zu verständigen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Reagan mahnt zu Hilfe im Kampf gegen Sandinisten

„Freiheitskämpfer in der Stunde der Not nicht allein lassen"

FRITZ WIRTH, Washington

Mit einer bemerkenswert pointierten und mit starken historischen Bezügen versehenen Rundfunkansprache hat Präsident Reagan am Wochenende das Augenmerk auf die Krise in Mittelamerika gelenkt. Er nannte die „Rebellen", die gegen das Regime der Sandinisten in Nicaragua kämpfen, „unsere Brüder" und fragte: „Wie können wir sie im Stich lassen? Wie können wir ihnen Hilfe verweigern, wenn wir wissen, daß ihr Kampf am Ende auch unser Kampf ist? Wir müssen erkennen, wenn die Sandinisten jetzt nicht gestoppt werden, dann werden sie versuchen, getreu ihrem Schwur, den Kommunismus nach El Salvador, Costa Rica, Honduras und anderswo zu tragen."

Die Rede, von seinem Urlaubsort in Santa Barbara, Kalifornien, aus gesprochen, war der bisher nachhaltigste und intensivste Hilfsappell des Präsidenten für die „Rebellen" in Nicaragua, die er bereits in seiner Rede zur Lage der Nation „Freiheitskämpfer" genannt hatte, die zu unterstützen eine Form der Selbstverteidigung der USA sei.

„Diese tapferen Männer und Frauen verdienen unsere Hilfe", sagte Reagan. „Sie bitten uns nicht um Truppen, sondern nur um unsere technische und finanzielle Hilfe. Wir können sie jetzt in ihrer Stunde der Not nicht allein lassen. Würden wir es tun, so wäre es ein Verrat an unserer jahrhundertealten Verpflichtung, jene zu unterstützen, die für die Freiheit kämpfen."

Reagan, der in seiner Rede zur „Lage der Nation" vor zehn Tagen die „zweite amerikanische Revolution" angekündigt hatte, flocht an dieser Stelle bemerkenswerte Reminiszenzen an die „erste" amerikanische Revolution ein und wies auf die Rolle von europäischen Freiheitskämpfern für die amerikanische Sache, den Franzosen Lafayette, den Deutschen von Steuben und den Polen Kosciuszko hin. „Amerika würde möglicherweise niemals geboren worden sein ohne die Hilfe und Unterstützung der freiheitsliebenden Menschen Europas", erklärte Reagan.

Lafayette und von Steuben spielten 1778 eine Rolle bei der Schlacht von Monmouth und später bei der Schlacht von Yorktown. Kosciuszko war von Washington beauftragt worden, West Point zu einer Festung auszubauen, die später der „Schlüssel zu Amerika" genannt wurde.

Dieser Griff Ronald Reagans in die amerikanische Geschichte ist nicht nur als ein Versuch zu verstehen, patriotische Gefühle zu wecken, er enthält offenbar auch eine Botschaft an jene Kritiker in Europa, die der Reagan-Administration im Zusammenhang mit der strategischen Verteidigungsinitiative („Krieg der Sterne") unterstellen, sich mit einer „Festung-Amerika-Politik" einzuigeln.

Innenpolitisch war die Rede eindeutig auf den Kongreß hin gezielt, der im vergangenen Jahr wegen der Verminung nicaraguanischer Häfen durch den CIA das Hilfsprogramm für die „Contras" gestrichen hatte. Reagan wird in den nächsten Wochen den Kongreß um eine neue Finanzhilfe für die „Rebellen" in Nicaragua in Höhe von 14 Millionen Dollar ersuchen, voraussichtlich nach der Abstimmungsschlacht um das MX-Raketenprogramm.

Es gibt im Augenblick im Kongreß noch beträchtlichen Widerstand gegen die Finanzhilfe für die „Contras". Die gestrige Rundfunkrede ist als ein Versuch Reagans zu werten, durch einen Appell an die Nation den Kongreß unter Druck zu setzen. „Wir können diese Freiheitskämpfer retten, so wie wir einst selbst gerettet wurden", schloß Reagan seine Rede. „Doch nur wenn wir handeln – und zwar sofort."

Bevölkerung: Es bleibt ein Faß ohne Boden

AFP, Washington

Wenn die Bevölkerung Afrikas weiter in ihrem derzeit erreichten Rhythmus wächst, reicht längerfristig alle internationale Hilfe zur Bekämpfung des Hungers nicht aus. Diese Feststellung macht das „World Watch Institute" in Washington in seinem jetzt veröffentlichten „Weltjahresbericht". Den meisten afrikanischen Ländern bleibe nur die Alternative, entweder, dem chinesischen Beispiel folgend, drastische Geburtenkontroll-Programme durchzusetzenoder ausweglos zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensqualität verdammt zu sein, heißt es in dem Bericht des von der Rockefeller-Stiftung finanzierten Instituts weiter. Von den 531 Millionen Afrikanern wurden dem Bericht zufolge im vergangenen Jahr 140 Millionen mit importiertem Getreide ernährt, während Afrika sich 1970 noch selbst mit Lebensmitteln versorgte.

Peres in Rom: Die Sorgen sind weiter geblieben

DW. Jerusalem

Der israelisch-arabische Konflikt, die Möglichkeit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem jüdischen Staat sowie Fragen des Status von Jerusalem werden morgen zu den Gesprächthemen des israelischen Ministerpräsident Shimon Peres bei Papst Johannes Paul II. gehören. Peres fliegt zu einem zweitägigen Besuch nach Rom. Anschließend reist er für zwei Tage nach Rumänien.

Die ehemalige israelische Ministerpräsidentin Golda Meir hatte den damaligen Papst Paul VI. im Herbst 1973 im Vatikan besucht, ohne die Aussichten auf eine Anerkennung Israels durch den Heiligen Stuhl verbessern zu können. Auch die Begegnung einer amerikanisch-jüdischen Delegation mit dem Papst Ende der vergangenen Woche blieb laut Presseberichten ergebnislos.

Paris kehrt zu den Vorzügen des alten Schulsystems zurück

Vorrang für Lesen, Schreiben, Rechnen und Geschichte

A. GRAF KAGENECK, Paris

Nach dem homerischen Streit um die Verstaatlichung der privaten Schulen, der im letzten Sommer Frankreich mit noch nie erlebten Massendemonstrationen in Atem hielt, kehrt die französische Regierung zum vernünftigen Mittelmaß zurück. Sie begrub ihre Pläne zur Vereinheitlichung der Schulsysteme und jetzt führte Erziehungsminister Chevenement sogar eine Reform der Grundschule ein, die einer Rückkehr zur „Schule der Großväter" gleichkommt. Chevenements Grundprinzip, selbst von der Opposition stürmisch beklatscht, lautet: Die französischen ABC-Schützen sollen endlich wieder lesen, schreiben und rechnen lernen.

Chevenements große Idee ist die Wiedereinführung eines gewissen Elitismus in das französische Schulsystem. Es soll mehr und besser unterrichtet, es soll schärfer gesiebt, und es soll der begabte Schüler sinnvoller gefördert werden. Das betrifft Lehrer und Schüler gleichermaßen. Chevenement, der immer noch den „progressistischen" Flügel der sozialistischen Partei (Ceres) kommandiert und nach wie vor für eine Union mit den Kommunisten eintritt, wollte sogar das 1968 von der bürgerlichen Regierung abgeschaffte Zwischenexamen vor Eintritt in die sechste Klasse (Sekundärstufe) wieder einführen, stieß aber damit auf energischen Widerstand des Premierministers Fabius, der Lehrergewerkschaft und seiner Freunde in der Partei. Auch der Vorschlag des Erziehungsministers, die guten alten Hausaufgaben wieder einzuführen, wurde von Fabius zurückgewiesen.

Nicht beschnitten dagegen wurde sein Programm zur Reform des Grundunterrichts in allen Volksschulen Frankreichs. In Zukunft sollen wieder die alten Grund-Disziplinen Lesen, Schreiben, Rechnen, Geschichte (mit Daten), Kunstunterricht und Sport vermittelt werden, und zwar nach den erprobten Methoden der Zeit vor 1968, dem Jahr, in dem die Studenten rebellierten und eine verängstigte Regierung das gesamte Schul- und Universitätswesen umstülpte.

Hinzukommen sollen als neue Disziplinen Unterricht in den Bürgerrechten (Instruction Civique) und Unterricht in Wissenschaften (Astronomie, Physik, Chemie) und Technologie, um den Volksschülern so früh wie möglich eine Einführung in diese Materien zu bieten. Das wöchentliche Unterrichtsprogramm soll wie bisher 27 Stunden insgesamt betragen. Hinzukommen, je nach Einschätzung des Direktors der Schule, zusätzliche „freie Studien", in denen die Schüler am Nachmittag überwachte Hausaufgaben in der Schule machen können.

Chevenements Plan ist von der Mehrheit der Lehrer und Eltern mit Zustimmung aufgenommen worden. Die Zeit der Experimente, die am Schluß Lehrer und Schüler immer mehr verunsichert und katastrophale Ergebnisse bei den Prüfungen produziert hatten, ist vorüber. „Der Wind des Wahnsinns, der seit 1968 über unsere Schule fegte, hat sich endlich gelegt", sagte eine Pariser Volksschuldirektorin dem „Quotidien de Paris".

Niemand geringerer als Staatspräsident Mitterrand steht hinter der Rückbesinnung seines Bildungsministers auf überlieferte Werte. Er hatte bei Schulbesuchen vor einem Jahr mit Erschütterung vermerkt, daß mehrere Schüler einer Klasse in einem Pariser Vorort weder richtig lesen und schreiben konnten noch die wichtigsten Daten der französischen Geschichte kannten.

Mit der Frage, ob Offiziere schon lange vor der normalen Pensionsgrenze aus dem Dienst scheiden können, befaßt sich der Bundestag am Donnerstag der nächsten Woche. Bonn will eine solche Regelung, um die Überalterung der Truppenführer in der Bundeswehr stoppen zu können. Dagegen hat vor allem Bayern im Bundesrat dagegen Front gemacht. Die Regierung von Ministerpräsident Strauß sieht auch Polizisten und Lehrer mit der Frage kommen: Warum nur die Bundeswehr-Offiziere und nicht auch wir? Im Pro und Contra verdeutlichen Regierungsvertreter aus Bonn und München die beiden Positionen.

Pro: Tun wir nichts, haben wir 1994 das älteste Offizierskorps im Bündnis

Von LOTHAR RÜHL

Die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte hat Verfassungsrang (Art. 87 a Grundgesetz). Diese Einsatzbereitschaft zu erhalten ist Pflicht jeder Bundesregierung. Und hier liegt unser Problem: Wegen des raschen Aufbaus der Bundeswehr in den fünfziger und sechziger Jahren ist der Altersaufbau der Offiziere in der Truppe verzerrt. Etwa 5000 Offiziere der Jahrgänge 1935 bis 1944 blockieren die Verwendungsplanung für Offiziere auf wichtigen Führungsebenen. Wegen dieser Altersschichtung treten zuwenig Berufsoffiziere jährlich in den Ruhestand (Soll pro Jahr: 484, Ist zum Beispiel für 1986: 122 Offiziere). So müssen beispielsweise Kompaniechefs zehn bis zwölf Jahre in ihren Verwendungen verbleiben; sie erhalten nicht die erforderliche Weiterbildung und Erfahrung zur Übernahme höherer Führungsverantwortung. Wenn die Bundesregierung keine Maßnahmen ergreift, werden von 1991 an 45 Prozent der Bataillonskommandeure und 79 Prozent der Kompaniechefs älter sein, als es die – durch unabhängige Untersuchungen – noch als vertretbar ermittelten Obergrenzen für Truppenoffiziere vorsehen. Bis zum Jahr 1994 würde der Anteil der über 50jährigen Offiziere auf 42 Prozent steigen. Wir hätten das älteste Offizierskorps des Bündnisses.

Die Bundeswehr hat und Einheitsführer So nimmt sie eine Entwicklung, die der Glaubwürdigkeit unserer Verteidigungsbereitschaft ernsten Schaden zufügen kann. Eine weitere Folge der Strukturkrise: Wegen der geringen Zahl von Zurruhesetzungen kann die Bundeswehr nicht im erforderlichen Umfang junge Offiziere einstellen. Eine neue Personallücke zeichnet sich ab. Zu Beginn der neunziger Jahre müßte darüber hinaus aus den geburtenschwachen Jahrgängen mit erheblichen finanziellen Mehraufwendungen die Zahl an Offiziersanwärtern gewonnen werden, die für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte notwendig sein wird. Die Bundesregierung ist daher verpflichtet, umgehend mit der personellen Vorsorge für die „mageren Jahre" zu beginnen.



Lothar Rühl FOTO: WEREK

Der Dienst in der Truppe ist mit keinem anderen Dienst zu vergleichen. Der militärische Führer muß seine Soldaten unter allen Witterungsbedingungen im Gelände oder auf See ausbilden. Er hat keine geregelten Arbeitszeiten und leistet im allgemeinen zwischen 50 und 60 Stunden Dienst in der Woche. Häufig ist er an Wochenenden durch Bereitschaftsdienste, Übungsplatzaufenthalte und Manöver gebunden. Das setzt hohe Belastbarkeit voraus. Er hat es mit jungen Wehrpflichtigen zu tun, denen er Vorbild und Führer sein und die er motivieren muß. Aus diesem Grund darf er nicht zu alt sein. Die Belastungen eines Verteidigungsfalles muß man nicht erst erläutern.

Die vom Bundeskabinett beschlossene und vom Bundesrat mehrheitlich mitgetragene Lösung sieht nunmehr vor, von 1986 bis 1991 jährlich durchschnittlich 250 Truppenoffizieren auf Antrag das vorzeitige Ausscheiden aus der Bundeswehr zu erlauben. Sie erhalten das in ihrer bisherigen Dienstzeit erdiente Ruhegehalt zuzüglich eines Zuschlages, höchstens jedoch 70 Prozent der letzten Bezüge. Ein einmaliger Ausgleich in Höhe des Drei- bis Achtfachen der letzten Monatsbezüge soll Härten beim Ausscheiden aus dem erwählten Lebensberuf mildern. Es handelt sich bei der Maßnahme nicht um eine Wohltat. Sie dient der Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und damit unser aller Sicherheit.

Jeder einzelne möge sich fragen, ob er selbst bereit wäre, von einem monatlichen Gehalt von, sagen wir einmal 5000 Mark künftig nur noch 3500 Mark zu erhalten. Und dies in einer Zeit, in der die eigenen Kinder in der Berufsausbildung stehen und der Arbeitsmarkt Angebote für einen Zuverdienst kaum bereithält.

Selbstverständlich sind andere Möglichkeiten zur Verbesserung der Personalstruktur der Bundeswehr eingehend untersucht worden. Sie stellen sich ausnahmslos als für den Steuerzahler teurer oder unzweckmäßig heraus:

– Die Einrichtung zusätzlicher Dienstposten würde das Problem der Überalterung des Offizierskorps sowie des unerwünscht starken Zurruhesetzungsumfangs in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nicht lösen können.

Für annähernd denselben Personenkreis wären volle Dienstbezüge einschließlich der damit verbundenen Nebenkosten und später volle Ruhestandsbezüge in Höhe von 75 Prozent zu zahlen, während im Falle der vorzeitigen Zurruhesetzung für den gesamten Zeitraum lediglich Ruhestandsbezüge in Höhe von 70 Prozent anfallen.

– Eine Übernahme ausgeschiedener Soldaten als Beamte wäre insbesondere aus rechtlichen Gründen und wegen des Alters nur nach Einzelfallentscheidung und häufig nur bei Inanspruchnahme von Ausnahmeregelungen möglich.

– Der Austausch jüngerer mit älteren Offizieren zwischen Truppe, Ämtern und höheren Stäben scheitert an der Zahl, da ein nennenswertes Potential jüngerer Offiziere im Ministerium, auf der Ämterebene und in den Stäben nicht zur Verfügung steht.

– Auch Beispiele anderer Streitkräfte bieten keine kostengünstigere Lösung: Italien hat im vergangenen Jahr rund 500 Offiziere im Dienstgrad Oberst mit 90 Prozent ihrer Bezüge vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Frankreich bietet Oberstleutnanten auf eigenen Antrag das vorzeitige Ausscheiden aus dem Dienst an, indem die Pension eines Obersten angeboten wird. US-Offiziere und britische Offiziere können ihre Streitkräfte jederzeit verlassen. In Großbritannien kann auch der Dienstherr das Dienstverhältnis aufkündigen. So schieden dort von April 1983 bis März 1984 rund 200 Offiziere aus.

Kurzum: Der Lösungsvorschlag der Bundesregierung ist kein soziales Entgegenkommen an eine privilegierte Gruppe. Offiziere, die diesen Schritt im Interesse der Verbesserung der Personalstruktur der Streitkräfte tun und damit die militärische Ausbildung auf der Höhe halten, verdienen unseren Respekt und unseren Dank. Sie dienen damit dem Erhalt der Einsatzbereitschaft der Truppe. Unter Personalstrukturproblemen leiden viele andere Dienstleistungsbereiche auch; nur die Streitkräfte unterliegen entscheidenden außen- und sicherheitspolitischen Zwängen zur besonderen Leistung bei besonders hohem Risiko im Verteidigungsfall. Wer dem Lösungsvorschlag der Bundesregierung nicht zustimmen will, sollte einen tauglichen Gegenvorschlag machen.

Dr. Lothar Rühl ist Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium

Contra: Die Frühpensionäre mit gesicherter Versorgung werden auf den Arbeitsmarkt drängen

Von PETER SCHMIDHUBER

Die Frühpensionierung von 45- bis 52jährigen Soldaten ist nicht der richtige Weg zur Lösung struktureller Probleme in der Bundeswehr. Die Bundesregierung führt als Begründung die Personalstruktur der Bundeswehr und ihre gefährdete Einsatzbereitschaft an, um 1500 Berufsoffiziere des Truppendienstes statt in der Regel mit 53 oder 55 Jahren schon ab 45 Jahren zu pensionieren. Tatsächlich geht es jedoch lediglich darum, einen „Beförderungsstau" aufzulösen, das heißt die Beförderungsmöglichkeiten von Offizieren zu verbessern, und zwar unter zusätzlichen Kosten von 652 Millionen Mark. Soweit für Beförderungen Anlaß besteht, hätte die Bundesregierung einen Weg gehen müssen, der dies offen und ehrlich ausweist und die Kosten begrenzt. Die Bayerische Staatsregierung teilt die Sorge der Bundesregierung um die Erhaltung der Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte. Sie kennt die Schwierigkeiten in der Personalstruktur der Bundeswehr bei den Berufsoffizieren des Truppendienstes. Bayern hat jedoch schwerwiegende Bedenken gegen die geplante Lösung der Bundesregierung, weil

1. viele Bürger eine Sonderbehandlung einer Gruppe des öffentlichen Dienstes nicht verstehen werden, zumal ihnen in allen gesellschaftlichen Bereichen Opfer zur Konsolidierung des Haushalts abverlangt werden;
2. diese Frühpensionäre – ausgestattet mit einer gesicherten Versorgung – dennoch auf den Arbeitsmarkt drängen, und dies zu einer Zeit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit.



Peter Schmidhuber FOTO: DPA

Besonders bedenklich ist nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung zudem, daß die von der Bundesregierung vorgeschlagene Lösung zu neuen Verzerrungen in der Struktur des öffentlichen Dienstes führen dürfte. Hinzu kommt, daß die finanziellen Sonderkonditionen (einmalige Abfindung) auf Kritik stoßen dürfte. Die Gesamtkosten in Höhe von 652 Millionen Mark stehen im Widerspruch zu den dramatischen Einsparungsappellen der Bundesregierung. Andere Angehörige des öffentlichen Dienstes würden nach einem solchen Präzedenzfall bei der Bundeswehr sicherlich vergleichbare Regelungen fordern und einen Bezugsfall für andere Bereiche schaffen. Dies würde zweifellos zu einer sozialen Mißstimmung führen. Weitere Teile der Bundeswehr werden nach Inkrafttreten eines solchen Gesetzes für sich ähnliche Ruhestandsregelungen verlangen (Zum Beispiel Berufsunteroffiziere und Offiziere des militärfachlichen Dienstes).

Es wäre durchaus vorstellbar, daß überdies die Beamten des Polizeivollzugsdienstes (vor allem die über 50jährigen im Schichtdienst) oder aber auch die Lehrer an Schulen und Hochschulen wegen ihrer Personalstruktur mit den gleichen Gründen Forderungen stellen. Der Freistaat Bayern hat daher empfohlen, den vorgelegten Gesetzentwurf zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften, der die Frühpensionierung von rund 1500 Berufsoffizieren regeln soll, nicht weiterzuverfolgen. Die Bundesregierung sollte nach Meinung der Bayerischen Staatsregierung vielmehr prüfen, ob die unerläßliche Entzerrung der Personalstruktur der Bundeswehr nicht mit anderen Mitteln erreicht werden kann. So könnten die ungefähr 250 jährlich aus dem Truppendienst ausscheidenden Berufsoffiziere zum Beispiel in der Bundeswehrverwaltung bzw. in anderen Behörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden eingesetzt werden. Auch beim Katastrophenschutz und beim Technischen Hilfswerk könnten diese Offiziere bis zur Pensionierung Dienst tun, ohne dem Steuerzahler zur Last zu fallen.

Eine frühzeitige Pensionierung sollte der Einzelfall bleiben und lediglich in Betracht kommen, wenn in besonders gelagerten Fällen eine Verwendung im vorgenannten Sinne unmöglich ist. Ein Festhalten an den geplanten Maßnahmen würde der hervorragenden Reputation der Bundeswehr in der Bevölkerung Schaden zufügen, weil die Frühpensionierung einer kleinen Gruppe nicht nur im öffentlichen Dienst sozialpolitisch nicht zu rechtfertigen ist.

Fazit: Nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung ist die Frühpensionierung gerade gegenwärtig sozial unvertretbar, da auf dem angespannten Arbeitsmarkt die ausscheidenden Offiziere vor allem ältere Angestellte verdrängen würden. Im Interesse dieser Angestellten sagt die Bayerische Staatsregierung nein zu den Plänen der Bundesregierung, weil auf diesem Weg die Problemlage nicht gelöst werden kann.

Peter Schmidhuber ist Bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten.

Korsika: Bomben auf Gendarmen

dpa, Ajaccio

Ein Kommando von sechs vermummten und bewaffneten Männern hat gestern das Hauptquartier der französischen Gendarmerie auf Korsika überfallen und mit drei Bombenexplosionen schwer beschädigt. Nach Angaben der Behörden entstand großer Sachschaden; Menschen wurden nicht verletzt. Das vermutlich aus den Reihen der korsischen Separatisten stammende Kommando drang am Morgen in die Gendarmerie-Zentrale in einer Armeekaserne in Ajaccio ein. Der unbewaffnete Wachmann wurde ebenso überwältigt und gefesselt wie sieben andere Militärs im Innern des Gebäudes. Dann legten die Täter fünf Bombenpakete von je vier Kilogramm Gewicht und verschwanden. Zwei der Pakete explodierten nicht und wurden später entschärft.

Mit nur wenig Mitteln viel geleistet

Von ALFRED GROSSER

Der sonst ausgezeichnet unterrichtete Graf Kageneck hat am 15. Februar zwar auf etwas Richtiges hingewiesen, nämlich, daß die französische Finanzierung der bilateralen Kulturarbeit ungenügend ist, aber er hat dabei übersehen, daß das von Helmut Schmidt und Giscard d' Estaing beschlossene Informations- und Forschungszentrum (CIRAC) in Paris besteht und bereits viel geleistet hat. Diese Gründung war von Schmidt und Mitterrand bei ihrem ersten Treffen bestätigt worden und der französische Präsident hat den CIRAC in seiner Bundestagsrede als besonders wertvolle Einrichtung erwähnt.

Das seit 1982 arbeitende Zentrum unterhält Büros und eine Dokumentationsstelle über Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Rue de Téhéran, Nummer 9 im 8. Arrondissement von Paris. Sein Geschäftsführer ist Dr. René Lasserre, der an der Universität Paris-Asniéres über die deutsche Gesellschaft unterrichtet und am Institut für Politische Wissenschaften über die französische.

Das Schwergewicht der bisher durchgeführten Kolloquien und Untersuchungen liegt bei industriellen Problemen beider Länder, obwohl das CIRAC leider fast nur vom Erziehungsministerium finanziert wird (und es daher schmerzlich an hauptamtlichen Mitarbeitern mangelt). Dies behindert aber nicht die Beteiligung anderer Ministerien in Paris und Bonn (Industrie, Arbeit und andere),die mit Experten und Praktikern an Begegnungen teilnehmen (über Arbeitsmarktpolitik, soziale Konsequenzen der Technologie oder Informatisierung usw.), deren Ergebnisse laufend veröffentlicht werden. Die erste größere Veröffentlichung des CIRAC galt jedoch der politischen Information. Es handelte sich um das vorzügliche Buch von Henri Ménudier über die Bundestags- und Landtagswahlen von 1969-1983. Auch fanden kulturpolitische Treffen statt, zum Beispiel in Berlin im Dezember 1983 über die Frage der deutschen Identität, das in der deutschen Presse viel kommentiert wurde.

Ich muß gestehen, daß ich recht stolz darauf bin, Präsident des „Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine" zu sein. Als vor einigen Tagen der Bundespräsident und der Kanzler freundlicherweise die geleistete deutsch-französische Arbeit zu meinem 60. Geburtstag anerkannten, durfte ich so betrachten, daß das Lob auch dieser Institution gelten mochte.

USA sagen Manöver mit Neuseeland ab

AP, New York

Das gespannte Verhältnis zwischen den USA und Neuseeland hat sich weiter zugespitzt. Nach Angaben der „New York Times" haben die USA ein zweites Manöver mit neuseeländischen Streitkräften abgesagt. Grund ist die Weigerung der neuseeländischen Regierung, dem konventionell angetriebenen amerikanischen Zerstörer „Buchanan" das Anlaufen neusseländischer Häfen zu gestatten, wenn die USA nicht mitteilen, ob das Schiff Kernwaffen an Bord hat.

Die amerikanische Zeitung berichtete am Sonntag, bei dem Manöver, das am 28. Februar in der Nähe von Hawaii stattfinden sollte, habe die Bekämpfung von Unterseebooten geübt werden sollen. Vor etwa zwei Wochen hatten die USA bereits ihre Teilnahme an geplanten Manövern des ANZUS-Paktes, dem die USA, Australien und Neuseeland angehören, abgesagt. Aus dem US-Außenministerium wurde die Zeitungsmeldung nicht kommentiert. Erklärt wurde aber, die USA überprüften ihre gesamte militärische Zusammenarbeit mit Neuseeland einschließlich der Weitergabe geheimdienstlicher Erkenntnisse. Die „New York Times" schrieb, die USA beabsichtigen, praktisch jede militärische Verbindung mit Neuseeland zu lösen.

Regierung Soares kämpft ums Überleben

dpa, Lissabon

Die Mitte-Links-Regierung in Portugal unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Mario Soares kämpft trotz einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament nur 20 Monate nach den Wahlen bereits um ihr Überleben. Soares versuchte am Wochenende, mit einer Kabinettsumbildung und der Ankündigung, er werde in Kürze im Parlament die Vertrauensfrage stellen, der Drohung vorzeitiger Neuwahlen zu begegnen.

Die Dauerkrise in der Koalitionsregierung hatte vergangene Woche mit dem Rücktritt des Vorsitzenden der portugiesischen Sozialdemokraten und stellvertretenden Regierungschefs Carlos Mota Pinto einen neuen Höhepunkt erreicht. Soares ersetzte Mota Pinto durch dessen vorläufigen Nachfolger, den bisherigen Justizminister Rui Machete. Dessen Amt übernahm der Präsident der portugiesischen Anwaltskammer, Mario Raposo. Erziehungsminister Jose Augusto Seabra, ein Anhänger Mota Pintos, trat zurück und wurde durch Joao de Deus Pinheiro von der PSD ersetzt. Soares warnte bei der Vereidigung der neuen Minister den Staatspräsidenten Antonio Ramalho Eanes vor einer vorzeitigen Auflösung der Kammer. Dessen Recht, vorzeitige Neuwahlen anzusetzen, gelte nach der Verfassung nur, wenn das normale Funktionieren nicht mehr gewährleistet sei. Mit seiner Kabinettsumbildung und dem Vertrauensvotum will Soares beweisen, daß dies nicht der Fall ist.

Belgien: Stationierung weiter umstritten

AP, Brüssel

Der Vorsitzende der oppositionellen wallonischen Sozialistischen Partei Belgiens (PS), Guy Spitaels, hat sich gegen eine sofortige Stationierung amerikanischer Marschflugkörper ausgesprochen. Er erneuerte jedoch die Zustimmung seiner Partei zur Stationierung der für Belgien bestimmten 48 Marschflugkörper bis 1987. Nach dem NATO-Zeitplan soll die Stationierung bereits im März beginnen. Die Frage der Stationierung ist in Belgien heftig umstritten. In der vergangenen Woche hatte sich die Kluft in der Mitte-Rechts-Regierung von Ministerpräsident Wilfried Martens weiter vertieft, nachdem die Parteichefs der flämischen und der wallonischen Christdemokraten auf Parteitagen gegensätzliche Standpunkte in dieser Frage vertraten. Martens hatte auf dem Parteitag der Flämischen Christlichen Volkspartei (CVP) angekündigt, im März eine „eindeutige Entscheidung" über den Zeitplan zur Aufstellung der ersten 16 Marschflugkörper zu fällen.

Neue evangelische Kirche in China

idea, Frankfurt

In China wird sich in absehbarer Zeit eine die evangelischen Konfessionen übergreifende Kirche bilden. Das berichtete der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Eduard Lohse (Hannover), in Frankfurt nach seiner zweiwöchigen Chinareise. Nach seinen Informationen bereitet der „Chinesische Christenrat", der sich als ökumenische Übergangsorganisation versteht, eine Kirchenbildung vor. Die Zahl der Christen – die Mitgliedschaft des Christenrates wird auf 2,5 Millionen, die der katholischen Kirche auf 3,5 Millionen geschätzt – sei im Wachsen begriffen. Lohse sagte, sein Eindruck sei, daß es in China mehr Religionsfreiheit gebe als in anderen kommunistischen Staaten, da die Regierung auf atheistische Propaganda verzichte.

USA sehen keine Lähmung in der Kreml-Politik

dpa/AFP, Washington

Amerikanische Regierungsbeamte sind der Ansicht, daß sich der Gesundheitszustand des sowjetischen Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko, der zuletzt am 27. Dezember 1984 in der Öffentlichkeit aufgetreten war, in den vergangenen Wochen erheblich verschlechtert habe. Von der Unsicherheit über den Zustand Tschernenkos würde jedoch kein Einfluß auf die bevorstehenden Verhandlungen ausgeübt werden. Auch im Falle eines Wechsels an der Kreml-Spitze würde sich die sowjetische Politik offensichtlich nicht ändern, hieß es in Washington.

Analytiker, die den Präsidenten beraten, seien zu der Überzeugung gekommen, daß sich das mit Atembeschwerden verbundene Lungenleiden Tschernenkos (Emphysem) verschlimmert habe und durch Herzprobleme kompliziert worden sei. Medizinische Experten seien zu dem allgemeinen Schluß gekommen, daß ein Patient mit ähnlichen Symptomen eine Lebenserwartung von ungefähr sechs Monaten haben würde.

Die „Washington Post" berichtete, die US-Regierung sei nicht der Meinung, daß Tschernenkos Krankheit die für den 12. März vereinbarten neuen Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR beeinflussen werde. Die Zeitung zitiert die Ansicht von Regierungskreisen, daß Tschernenko noch die volle Macht ausübe, jedoch die eine oder andere Verpflichtung abgeben könnte.

In der Washingtoner Administration gehe man von einer Kontinuität in der sowjetischen Politik aus. Dabei wird unterstellt, daß das sowjetische Militär an Rüstungskontrollen interessiert sei und auch ein möglicher Nachfolger Tschernenkos dies in Rechnung stellen müsse. Sowohl von den USA als auch von der Sowjetunion werde *Tschernenko als Übergangsfigur* bewertet. Daher sehe man in Washington seinen Gesundheitszustand als nicht entscheidend für die Beziehung der beiden Supermächte an, hieß es in der „Washington Post".

Neue Spekulationen hatte eine Andeutung in der „Prawda" ausgelöst, wonach die erwartete Rede Tschernenkos zu den Wahlen des Obersten Sowjets der Unionsrepubliken vermutlich ausfallen wird. Die Rede am 22. Februar galt bislang als ein Termin, bei dem der *73jährige auf jeden* Fall sprechen muß.

Bergleute: Tarifparteien vereinbaren Kompromiß

„Neue Verhandlungen eher in Stunden als in Tagen"

WILHELM FURLER, London

Die Hoffnungen auf ein rasches Ende des fast einjährigen Kohlestreiks in Großbritannien sind am Wochenende aufgelebt. Nach tagelangen Gesprächen zwischen dem Chef der Nationalen Kohlebehörde, MacGregor, und dem Generalsekretär des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften, Willis, war eine Formel gefunden worden, die konkrete Friedensverhandlungen zwischen der Arbeitgeberseite und der Bergleute-Gewerkschaft unter Präsident Scargill ermöglichen könnte.

Unverändert geht es bei den Schlichtungsbemühungen um das Problem der Schließung unrentabler Zechen. Diese Formulierung wird von der NUM-Führung kategorisch abgelehnt. Die Gewerkschaftsfunktionäre sprechen dem Management der Kohlebehörde grundsätzlich das Recht ab, die letzte Entscheidung über Zechenschließungen zu treffen, es sei denn, es handelt sich um Zechen, deren Kohlevorkommen ganz erschöpft sind.

Der von Willis und MacGregor ausgearbeitete Kompromiß enthält offenbar nicht mehr die Formulierung „unrentable Zechen", sondern bedient sich einer Umschreibung, die allerdings die letzte Verantwortlichkeit unverändert dem Management der Kohlebehörde zuspricht. Die Führung der Bergleute-Gewerkschaft, der dieser Kompromißvorschlag am Freitag vorgelegt worden war und die sich daraufhin zu stundenlangen Beratungen zurückzog, hat ihn zwar erst einmal abgelehnt mit der Begründung, auch eine solche Umschreibung würde nichts an der Tatsache ändern, daß dem Management ein Blanko-Scheck zur Schließung unrentabler Zechen gegeben würde.

Aber hinter den Kulissen gingen auf beiden Seiten intensiv die Bemühungen weiter, die jüngste Friedensinitiative am Leben zu erhalten. Unter anderem hat die NUM-Führung die von Willis und MacGregor ausgearbeitete Formel durch etliche Zusätze so verändert, daß nach Ansicht von NUM-Präsident Scargill auf dieser Basis „umgehend" Friedensverhandlungen aufgenommen werden könnten. Im übrigen wurde von der NUM-Führung inzwischen auch die unabhängige Schlichtungskommission Acas eingeschaltet. Sie soll eine öffentliche Erhebung in die Wege leiten, um weitere Möglichkeiten für eine Beilegung des 50wöchigen Konflikts herauszufinden.

Die NUM-Führung und allen voran ihr Präsident Scargill stehen unter erheblichem Druck. Sollte auch die jüngste Friedensinitiative scheitern, wird die Bewegung unter den streikenden Bergleuten zurück an die Arbeitsplätze weitergehen. Nach Angaben der Kohlebehörde sind inzwischen mehr als 46 Prozent der insgesamt 186 000 Mitglieder der Bergleute-Gewerkschaft nicht mehr am Streik beteiligt.

Nicht nur Rechtsbeistand

● Fortsetzung von Seite 1

Kampfes auseinandersetzen können. Das können sie selbstverständlich nur dann, wenn sie nicht alleine sind, weil das ein kollektiver Prozeß ist ..."

Ich meine, das spricht für sich.

WELT: Muß nicht angesichts der Erfahrungen in der Vergangenheit eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, auch die Gespräche zwischen Anwalt und Inhaftierten kontrollieren zu können?

Eyrich: Was die Terroristen anbelangt, eindeutig ja. Die CDU/CSU war immer dafür, in solchen Fällen die Überwachung von Verteidigergesprächen zuzulassen. Ich vertrete diese Auffassung heute mehr denn je, sehe aber nach wie vor keine parlamentarische Mehrheit für eine solche Gesetzesänderung.

WELT: Es gibt Informationen, wonach der Hungerstreik zumindest einzelner RAF-Häftlinge ein Bluff war. Welche Nachrichten liegen Ihnen darüber vor?

Eyrich: Meine Erfahrungen in Baden-Württemberg zeigen, daß der Hungerstreik den Gefangenen „todernst" war. Sie haben ihr Leben bewußt aufs Spiel gesetzt, um damit den Staat zu erpressen.

Rote Khmer schneiden Hanois Truppen die Nachschubwege ab

Vietnam will Basen an der Grenze zu Thailand halten / Zweite „Straflektion" Chinas?

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Guerrillagruppen der Roten Khmer haben in Kambodscha eine umfassende Offensive gegen vietnamesische Stellungen begonnen. Dies erklärte der Chef des thailändischen Sicherheitsrats, Prasong Soonsiri. Diese Widerstandsgruppen seien bereits in die unmittelbare Nähe der Hauptstadt Phnom Penh sowie in die an Vietnam grenzenden Gebiete und in andere Regionen vorgedrungen, die für die Truppen Hanois strategische Bedeutung haben.

Bereits Anfang Februar hatten Einheiten der Roten Khmer bei einem Nachtangriff technische Einrichtungen des Flughafens von Battambang sowie Kasernen der Vietnamesen zerstört. In der an der Nationalstraße 6 gelegenen Provinzhauptstadt Siem Reap beschossen die Angreifer mehrere Militäranlagen sowie zwei Hotels, darunter das „Grand Hotel", wo sowjetische und osteuropäische Berater wohnen.

Die Strategen der Roten Khmer wollen die Verlagerung des größten Teils der in Kambodscha stationierten Truppen Hanois an die Westgrenze zu Thailand dazu nutzen, die vietnamesischen Positionen im Landesinneren zu schwächen und vor allem die für Hanoi lebenswichtigen Versorgungsrouten zu blockieren. Bangkoker Militärbeobachter meinen deshalb, daß die Schlacht um die Stützpunkte der Roten Khmer in den direkt an der thailändischen Grenze liegenden Bergen noch keineswegs zu Ende sei. Hanoi hatte die Einnahme dieser stark befestigten Stützpunkte zum Hauptziel seiner diesjährigen Grenzoffensive erklärt und dafür 30 000 bis 40 000 Mann eingesetzt. Unter starkem Artillerie- und Panzerbeschuß haben die Vietnamesen am vergangenen Wochenende diese Stützpunkte erobert.

Doch können die Vietnamesen diese Stützpunkte nur so lange halten, wie sie regelmäßigen Nachschub an Munition, Treibstoff und Lebensmitteln erhalten. Diesen Nachschub sowie die Fluchtwege wollen die Roten Khmer jetzt blockieren. Ihre Führung war auf die massive Grenzoffensive Hanois vorbereitet und hatte während der vergangenen *Monate* Vorkehrungen getroffen, um dieses gebirgige Terrain zu einer Todesfalle für die Vietnamesen zu machen. Sie zogen ihre Kämpfer rechtzeitig ab und legten in ihren vielen Basen im Landesinneren große Vorräte an. Ob es den Roten Khmer gelingt, die Vietnamesen von ihrem Nachschub abzuschneiden, werden die nächsten Monate zeigen.

Schon im Mai beginnt die nächste Regenzeit. Dann versinken die Nachschubwege im Schlamm und werden für Lastwagen, Panzer und schwere Geschütze unpassierbar. Hanoi steht damit vor einer kritischen Entscheidung: Soll es wagen, seine Truppen die Regenzeit hindurch in den Bergen an der Grenze zu Thailand zu belassen? Die Vietnamesen bekräftigen diese Absicht, selbst auf die Gefahr hin, daß die Versorgung ihrer Truppen sehr schwierig oder gar unmöglich wird. Die Roten Khmer sind optimistisch, daß die vietnamesischen Grenzoperationen mit einer verheerenden Niederlage Hanois enden werden.

Jedenfalls haben die kambodschanischen Widerstandskämpfer, wie ein Sprecher des Pekinger Außenministeriums sagte, in jeder Hinsicht die volle Unterstützung Chinas. Peking hat Hanoi in den letzten Tagen wiederholt gewarnt und betont, daß seine Truppen „kampfbereit" seien und China sich eine zweite „Straflektion" vorbehalte.

Zwei Monate nach dem Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha hatte China den Vietnamesen die erste „Straflektion" erteilt: Starke Einheiten der „Volksbefreiungsarmee" drangen im Februar 1979 über die Grenze nach Vietnam ein und richteten in allen sechs Nordprovinzen schweren Schaden an.

Seitdem bleibt die chinesisch-vietnamesische Grenze ein latentes Kampfgebiet. Seit voriger Woche aber melden sowohl Peking wie Hanoi wieder heftige anhaltende Kämpfe in den zwei strategisch wichtigen Grenzprovinzen Vietnams, Ha Tuyen und Lang Som.

„Friedensinitiative ist nur Taktik"

■ Fortsetzung von Seite 1

notwendig ist, nach Washington zu gehen. Aber wenn dies ein Schritt ist, um nachher mit Jerusalem ins Gespräch zu kommen, dann ist dies ein positiver Schritt."

WELT: Israel wehrt sich gegen eine internationale Nahost-Konferenz unter Beteiligung der Sowjetunion. Irritieren Sie da nicht die am Dienstag in Wien beginnenden Nahost-Gespräche zwischen Amerikanern und Sowjets?

Ben-Ari: Im Prinzip glaube ich, daß jedes Gespräch zwischen Diplomaten nicht schädlich ist. Aber die eigentliche Arbeit müssen Araber und Israelis tun. Als Macht, die Einfluß im Nahen Osten hat, hat sich die Sowjetunion disqualifiziert, auch deshalb, weil sie keine Beziehungen mit Israel unterhält. Das hat nichts damit zu tun, an welcher Seite die Sowjetunion steht. Die Disqualifikation dauert so lange, wie die Sowjetunion keine Beziehungen zu Israel hat.

WELT: Könnte sich die jetzt vollzogene Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Jordanien und Ägypten positiv auf den Friedensprozeß auswirken?

Ben-Ari: Ich glaube, ja. Es ist positiv, wenn Ägypten den Weg zeigt, der zu Camp David geführt hat. Allerdings bin ich überzeugt, daß einer der Hauptgründe für die Aufnahme der Beziehungen auf jordanischer Seite der Druck war, der aus dem Norden kommt.

WELT: Aus Syrien?

Ben-Ari: Aus Syrien. Jordanien brauchte die Beziehungen als Gegengewicht. Das hat also nicht nur mit dem Friedensprozeß zu tun. Aber positiv wäre es, wenn Jordanien ebenso wie Ägypten den Weg des direkten Gesprächs gehen würde, so kompliziert auch der Frieden sein möge. Und besser ein schlechter Friede als ein guter Krieg.

Terror bleibt länger auf der Tagesordnung

FRITZ WIRTH, Washington

Das Problem des staatlich geförderten Terrorismus wird neben den Auseinandersetzungen um eine Rüstungskontrolle das beherrschende internationale Problem für den Rest dieses Jahrhunderts sein. Dieser Meinung ist eine Gruppe von 18 Experten und Analytikern des internationalen Terrorismus unter Leitung des ehemaligen Sicherheitsberaters Präsident Carters, Zbigniew Brzezinski, und des ehemaligen CIA-Direktors Richard Helms.

Die Tatsache, daß sich einige Staaten fortwährend des Terrorismus und anderer Formen der Subversion zur Erreichung politischer Ziele bedienen, kann zu einer Verringerung der internationalen Stabilität und zu einer Entwertung von Recht und Ordnung in der ganzen Welt führen. Dies wird in einem Bericht dieser Gruppe festgestellt, der das Attentat auf Papst Johannes Paul II. durch den Türken Ali Agca zum Anlaß nahm, die internationalen Zusammenhänge des Terrorismus zu untersuchen.

Dieser Versuch, den Papst zu töten, sei ein klassischer Fall von staatlich gefördertem Terrorismus gewesen, und die Experten glauben, daß der sowjetische Geheimdienst KGB mit hoher Sicherheit dahintergestanden habe. Die Gruppe äußerte ebenso den Verdacht, daß die jüngste Welle von Terroraktionen in Europa vom KGB koordiniert worden sei.

„Dies ist kein Zufall, dies ist eine Verschwörung", sagte Robert Kupperman, ein Mitglied des Zentrums für Strategische und Internationale Studien der Universität Georgetown. „Es kann nur vermutet werden, daß sie über einen sowjetischen Satelliten-Staat erfolgt." Kupperman konnte zwar keinen osteuropäischen Staat konkret nennen, wies aber darauf hin, daß eine Reihe von Terroristengruppierungen in der „DDR" ausgebildet worden seien.

Die Gruppe der Terror-Experten, der unter anderen auch Max Kampelman angehört, der bei den bevorstehenden Genfer Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion die amerikanische Delegation leitet, kommt zu dem Schluß: „Es ist notwendig, daß die Öffentlichkeit und ihre Regierungen diese Zusammenhänge des internationalen Terrorismus erkennt und nach Wegen zu suchen beginnt, diese Entwicklung zu stoppen."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Skandal auf dem Bildschirm

„Zimmermann rügt Fernsehsendung"; WELT vom 13. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie berichten über den Beschwerdebrief Innenministers Zimmermann an den NDR und kommentieren ihn. Hat das rotgrüne Monopolfernsehen nun endlich auch für die Bundesregierung die Grenze des Erträglichen überschritten? Schön wäre es, wenn dem papierenen Protest auch Taten folgen würden. Aber kann man wirklich hoffen? Die CDU-Landesregierungen machen sich doch offenbar *noch nicht einmal für das Privatfernsehen* wirklich stark. Ich befürchte, wir werden auch weiterhin mit unseren „Gebühren" zwangsweise eine „veröffentlichte" Meinung finanzieren, die allen den Staat tragenden ordentlichen Bürgern zutiefst zuwider ist.

Mit freundlichem Gruß
G. Albers,
Hamburg 90

*

Im Ersten Programm des Deut*schen Fernsehens wurde am 30.* Januar 1985 in der Sendung „Brennpunkt" ein Beitrag des NDR über Hungerstreik und Haftbedingungen terroristischer Gewalttäter ausgestrahlt.

„Von Objektivität war da keine Spur. Angehörigen von inhaftierten RAF-Mitgliedern wurde vor einem Millionenpublikum ausgiebig Sendezeit eingeräumt, um das ‚Schicksal' ihrer Töchter und Söhne in den Gefängnissen zu bejammern ... Aus welchen Gründen kamen die Familienangehörigen der Mordopfer, z. B. Frau Schleyer oder die Kinder der ermordeten Polizeibeamten, nicht zu Wort?"

Von Objektivität war da keine Spur. Das sind nicht etwa die Worte eines in der Sache befangenen Politikers, sondern des stellvertretenden WELT-Chefredakteurs Manfred Schell. Dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Vielleicht aber doch eines: Es ist unerträglich, wenn in dem Bericht *die Fernsehredakteure unkritisch* und gedankenlos selbst von „Isolationsfolter" sprechen und so die Zuschauer glauben machen, daß im Strafvollzug Foltermethoden angewendet werden. Wenn der Bundesinnenminister in diesem Zusammenhang von „Sympathiewerbung und der Verniedlichung terroristischer Verbrechen" spricht, so ist dieser Einschätzung voll beizupflichten.

Und ein weiteres: Es ist schon ein *tolles Ding, Angehörige von Mördern* im Fernsehen zur besten Sendezeit zu Kronzeugen gegen einen angeblich folternden Staat aufzurufen, das Leid der Opfer und die abscheulichen Verbrechen der Terroristen aber unerwähnt zu lassen.

Dr. Fritz Wittmann, MdB,
Rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

*

Der Protest des Bundesinnenministers gegen die Sendung des NDR über den Hungerstreik und die Haftbedingungen der gefaßten RAF-Mitglieder ist nur zu berechtigt. Eine derartige Sendung ist nicht hinnehmbar. Wer über Haftbedingungen berichtet, ohne mit einem einzigen Wort darauf hinzuweisen, warum diese Haftbedingungen notwendig sind, verletzt seine Berichterstattungspflicht.

Ich will hier nur auf eines hinweisen: Ein Staat, der seine Bürger schützen will, kann nicht zusehen, wenn inhaftierte Terroristen aus den Gefängnissen heraus Kontakt mit ihren Gesinnungsgenossen halten und bei deren Gewaltverbrechen mitwirken.

Zu der Tatsache, daß der Bericht Klagen von Angehörigen der Terroristen über deren Behandlung in den Gefängnissen breiten Raum einräumt und kein Wort zu den abscheulichen Verbrechen dieser Täter sowie dem Schicksal ihrer Opfer verliert, ist jedes weitere Wort überflüssig.

Der Kommentar von Manfred Schell in der WELT vom 13. 2. 1985 rückt erfreulicherweise einige Dinge wieder zurecht. Der Hinweis auf die Verantwortung der Journalisten trifft ins Zentrum. Ohne die Aufmerksam*keit, die die Gewalttaten der Terrori*sten sowie ihre Existenz in den Medien findet, würde sich das Problem der RAF heute längst nicht mehr so stellen. Natürlich kann es in einem freiheitlichen Staat deshalb, abgesehen von Krisensituationen, keine Informationssperre geben. Es ist aber nachdrücklich an die Verantwortung jedes einzelnen Journalisten zu appellieren.

Alfred Sauter, MdB, CSU. Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres und Recht

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Protest des Bundesinnenministers gegen den erschreckend tendenziösen Fernsehbeitrag des Norddeutschen Rundfunks am 30. Januar über den Hungerstreik der RAF-Häftlinge verdient volle Unterstützung.

Die vom Bundesinnenminister gerügte einseitige Berichterstattung ist um so unverzeihlicher, als im Deut*schen Bundestag noch wenige Tage* zuvor – am 24. Januar – bei der Debatte über die gesetzliche Regelung der Zwangsernährung die tatsächlichen Haftbedingungen bei den Mördern und Bombenlegern aus den Reihen der RAF eingehend dargestellt worden waren.

Hätten die Redakteure dieses Fernsehbeitrags wirklich verantwortlich recherchiert, wie es ihre Pflicht ist, hätte beispielsweise nicht unerwähnt bleiben dürfen, daß die in Berlin inhaftierten Terroristinnen bessere Haftbedingungen genießen als Gefangene im Normalvollzug und daß dort eine Gefangene mit Blick auf den sogenannten anti-imperialistischen Kampf, zu dem ihr Hungerstreik mobilisieren sollte, äußerte, diesmal müßten mehrere über die Klinge springen. Statt dessen machte sich diese Sendung in skandalöser Weise den Propagandabegriff der RAF-Sympathisanten von der angeblichen „Isolationsfolter" zu eigen.

Wenn Manfred Schell in seinem Leitartikel zu dieser journalistischen Fehlleistung feststellt, daß man bei uns nach der Empörung über die Ermordung des MTU-Vorstandsvorsitzenden Dr. Zimmermann alsbald zur Tagesordnung übergehe, mag das für Teile unserer Medienlandschaft gelten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die von ihr getragene Bundesregierung wird sich bei der Bekämpfung des Terrorismus nicht von tagespolitischen Stimmungen, sondern von der Verantwortung für den Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung leiten lassen. Unser Rechtsstaat muß so ausgestattet sein, daß er jede terroristische Herausforderung bestehen kann. Deshalb sind Schutzlücken – soweit vorhanden – unverzüglich zu schließen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Paul Laufs, MdB, Innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

*

„Zimmermann rügt Fernsehsendung" und „Ein Sender manövriert sich an den Pranger"; WELT vom 12. Februar

„Ein Sender manövriert sich an den Pranger. Im Kampf um die Einschaltquoten ist der NDR auf eine schiefe Bahn geraten. Leichtfertig*keit im Umgang mit der Wahrheit* und einseitige Nachrichten, lauten die Vorwürfe vor allem konservativer Bundesdeutscher."

Wie schade, daß sich die Bilder nicht gleichen und ihr Vorspann zu einem Artikel über einen Filmbeitrag der US-Filmgesellschaft CBS in der deutschen Presselandschaft nicht zu finden ist, wenn es um die Beurteilung eines „Brennpunkt"-Beitrages des NDR über den Hungerstreik und die Haftbedingungen der RAF-Terroristen geht.

Dabei scheinen sich beide Sendeanstalten doch in einem zu gleichen: nämlich in ihrem „liberalen" Umgang mit der Wahrheit. Doch während die Art und Weise, wie Fakten von Reportern manipuliert werden, in den USA – nach Ihrem Artikel zu schließen – „in den letzten Monaten und Jahren in wachsendem Maße Zweifel und Kritik ausgelöst hat", geht die deutsche Öffentlichkeit seit langem stillschweigend über derartige einseitige und linkslastige Beiträge hinweg.

Wäre es nicht Aufgabe der Damen und Herren in den Fernsehräten, hier wenn nicht regulierend oder gar zensierend, so doch korrigierend und revidierend einzugreifen? Und wann endlich wird sich in der Bundesrepublik Deutschland eine vergleichbare Gruppe bilden unter dem Namen „Fairneß in den Medien"? Es wäre in der Tat an der Zeit!

Mit freundlichen Grüßen
R. Sonnabend,
Erlangen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte übermitteln Sie Herrn Manfred Schell meine Sympathie für den von ihm verfaßten Kommentar.

Ich kann Herrn Schell nur beipflichten, daß die jetzige Praxis der Berichterstattung nicht dazu beiträgt, die terroristischen Aktivitäten, die mittlerweile ganz Europa erschüttern, in ihrem Ausmaß einzudämmen. Es bleibt nur zu hoffen, daß einsichtige Redakteure und andere verantwortliche Personen dafür Sorge tragen, daß einschneidende Änderungen stattfinden.

Mit freundlichen Grüßen
G. Huppertz,
Shape

*

Lieber Herr Schell,

ich habe die Sendung selbst gese*hen. Noch am Abend bin ich von* einer Vielzahl von Zuschauern angerufen worden, die sich über die einseitige und nach ihrer Ansicht tendenziöse Darstellung beschwerten.

Die Kritik ging einmal dahin, daß es sich bei den Häftlingen um rechtskräftig verurteilte Mörder oder wegen Mordes beschuldigte Untersuchungshäftlinge handele und die begangenen Straftaten, wegen derer sie in Haft einsitzen, mit keinem Wort erwähnt worden seien. Der Hauptvorwurf der Einseitigkeit wurde von den meisten Anrufern aber damit begründet, daß ausschließlich die Angehörigen der Mörder, aber nicht auch die Angehörigen der Opfer in der Sendung zu Wort gekommen seien. Viele Anrufer bei mir haben die Frage gestellt, was sollen eigentlich diejenigen nach dieser Sendung sagen, deren Angehörige von den RAF-Terroristen umgebracht worden sind. Unter den Opfern befinden sich ja nicht nur Prominente; wie muß es den Angehörigen der Polizeibeamten zumute gewesen sein, die man in Ausübung ihres Dienstes kaltblütig erschossen hat? Ich teile weitgehend die geäußerte Kritik und habe darum gebeten, die Sendung auf die Tagesordnung der nächsten Programmausschuß-Sitzung zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Haaßengier,
Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten

*

Unbegreiflich, daß in einer öffentlich-rechtlichen Institution wie dem Deutschen Fernsehen eine solche Sendung gebracht werden konnte. Beim Publikum entsteht Erstaunen darüber, daß der Intendant des NDR seine „schwarzen Schafe" und deren Elaborate im Sender nicht kennt und Empörung über die in dieser Sendung offenkundig zutage tretende Sympathie mit Terroristen. Herrn Rebmanns Terroristenbekämpfung wird nutzlos, wenn via Fernsehen Sympathisanten des kaltblütigen politischen Mordes unterschwellig herangezüchtet werden. Sollen wir den neuerlichen heimtückischen Mord von Gauting an Ernst Zimmermann in fatalistischer Manier anreihen an die Morde an Drenckmann, Schleyer, Buback, Ponto und uns täglich in Presse, Rundfunk und Fernsehen über die Befindlichkeit ihrer Mörder in den Gefängniszellen berichten lassen?

Man sollte jegliche Publizität über einsitzende Terroristen unter Strafe stellen. Nur auf diese Weise werden wir den Terrorismus in Deutschland los, weil der Polit-Mörder es unerträglich findet, ein Niemand zu werden.

H. Becker,
München 90

Wort des Tages

„Die Zeiten sind gekommen, in denen die Möbel Stil haben, ihre Besitzer aber keinen."

Milo Dor; serbischer Autor (geb. 1923)

Demokratisch?

„Nowottny"; WELT vom 11. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD hat schon ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie! Unterliegt sie demokratischen Abstimmungen, versucht sie diese mit allen Mitteln zu verändern. Dabei beruft sie sich dann auf demokratisches Verhalten.

Die SPD sollte das Wort „demokratisch" ersatzlos in ihrem Partei-Namen streichen, das würde sie glaubwürdiger machen.

Mit freundlichen Grüßen
U. Schürfeld,
Hamburg 56

Personalien

EHRUNGEN

Der Worpsweder Grafiker **Friedrich Meckseper** wird am Dienstag den Preis „Pro Intellekt" erhalten. Die Auszeichnung des Hamburger Unternehmens Philips Bürotechnik besteht aus einem vergoldeten Merk- und Diktiergerät. Der Preis wird dem Künstler im Presseclub des Bremer Schnoor-Viertels überreicht. Meckseper gilt als ein Küsntler, dem es gelungen ist, Kunst und Technik harmonisch in seinen Arbeiten zu vereinen. Unter den bisherigen Preisträgern sind der Schauspieler **Will Quadflieg**, ausgezeichnet für seine Verdienste „um die Reinheit der deutschen Sprache" und **Loki Schmidt**, Frau des früheren Kanzlers, die für ihre Aktion „Rettet die Natur" geehrt wurde. Einen Preis hatte seinerzeit auch **Uwe Seeler** für seine Verdienste um die Behindertenhilfe erhalten.

*

Konsul **Hans Hartwig**, Ehrenpräsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, wurde von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet. Den Orden überreichte Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister **Reimut Jochimsen**. Hartwig war von 1977 bis 1984 Präsident des Bundesverbandes. Heute ist er außerdem Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer Dortmund.





Südlichter: Zwei Bonner Landesvertretungen, Bayern und Baden-Württemberg, wurden in diesen Tagen zu Hochburgen des rheinischen Karnevals. Bild oben rechts: Ministerialdirektor **Norbert Schäfer**, Bundespresseamt, fiel als Maat aus dem Rahmen. Der neue Trend: Man gibt sich ökologisch-fortschrittlich, so Dr. **Karl Zahn**, oben links, sowie sein Chef, Staatssekretär **Gustav Wabro**, Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg, Bild unten. Er tanzt im Hirtenrock aus dem Ries mit Ehefrau **Mechthild**. FOTOS: EVI KEIL



Millionen-Poker

ww. – Das Klima im Schiffbau wird immer rauher. Das zeigt der Poker um die Finanzierung von vier Containerschiffen auf der Bremerhavener Rickmerswerft. Weil die Bundesregierung die Verlustzuweisungen für den Schiffbau gesenkt hatte, tröpfelte das Anlagekapital nur noch spärlich. 1200 Beschäftigte des als wirtschaftlich gesund geltenden Schiffbaubetriebes mußten plötzlich um ihren Arbeitsplatz zittern, als sich ein Loch von 40 Millionen Mark auftat.

Deshalb lieferten sich der Senat der Freien Hansestadt Bremen, der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven, Hausbanken und beteiligte Versicherungen ein erbittertes Tauziehen. Die Sozialdemokraten in Bremen reagierten nervös, sagten erst die Bürgschaft von zehn Millionen zu, zogen das Angebot dann aber wieder zurück, als der Bremerhavener Magistrat seinerseits mit einer Bürgschaft über zehn Millionen einstieg. Gelassener reagierten die Hausbanken, die Zahlungsbereitschaft signalisiert haben.

Durch die neue Situation soll nun die Finanzierung aller vier Schiffe mit 40 Millionen Mark gewährleistet sein. Der Senat will sich heute mit dem undurchsichtigen Millionenpoker weiter befassen. Offen ist, ob nun zehn Millionen aus Bremerhaven und zehn Millionen aus Bremen verbürgt werden. Bei diesem Hickhack jedenfalls haben bislang die Banken die besseren Nerven besessen und auf die politische Führung des Bundeslandes, die schon in der Vergangenheit eine unglückliche Hand im Umgang mit Werften gezeigt hat, Druck ausgeübt.

Karnevalsscherz

Mk. – Nicht jeder Karnevalsscherz ist zum Lachen. So haben jetzt einige CDU-Abgeordnete als neuen akademischen Beruf den des Diplom-Subventionsberaters (Dipl.-Sub.) gefordert. Während die Großunternehmen ganze Stäbe von Spezialisten, so die Begründung, damit beschäftigen, an die öffentlichen Geldtöpfe zu gelangen, gehen kleine und mittlere Unternehmen nahezu leer aus. An Fastnacht ist es sicherlich kein Argument, daß die Statistik diese Behauptung nicht hergibt, daß es doch bestimmte Förderprogramme für den Mittelstand gibt und daß zu einer Beratung bei der Existenzgründung auch die über Subventionen gehören sollte. Problematischer, und das auch im Karneval, ist der Ansatz des „Gesetzentwurfs": Wenn die Kleinen bei den Subventionen so gestellt sind wie die Großen, dann sei alles in marktwirtschaftlicher Ordnung. Jedenfalls drängt sich dieser Verdacht auf. Fatalerweise liegt hier eine der Ursachen, daß sich die staatlichen Hilfen immer weiter aufschaukeln und der Subventionsabbau auch in einem Jahr noch zum Witz verlocken wird.

RISIKOKAPITAL / „Entlastung bei den Ertragssteuern muß Vorrang haben"

Die Vorschläge der Regierung finden ein positives Echo in der Wirtschaft

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Vorstellungen der Bundesregierung zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Wirtschaft haben ein positives Echo gefunden. Wichtiger als Einzelmaßnahmen, da sind sich Unternehmen und Verbände einig, sei jedoch eine spürbare Entlastung bei den Ertragsteuern. Unterschiedlich beurteilt werden die Chancen, mehr mittelständische Firmen zum Gang an die Börse zu bewegen.

Die Bundesregierung hatte in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf zu Unternehmensbeteiligungsgesellschaften vorgelegt. Diese sollen Anteile an nicht börsennotierten mittleren Unternehmen übernehmen und an das breite Publikum Aktien ausgeben. In ihrer Antwort auf einen Prüfungsauftrag des Bundestages hat die Bundesregierung zudem zu zahlreichen Vorschlägen Stellung genommen, die eine verstärkte Bildung von Eigenkapital zum Ziel haben. Die Erleichterung sowohl der Selbstfinanzierung der Unternehmen als auch der Kapitalzuführung von außen bezeichnet die Bundesregierung als „vorrangige politische Aufgabe".

Ihrer Diagnose einer allgemeinen Eigenkapitalschwäche mag sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nicht anschließen. Zumindest bei den Großunternehmen habe sich die Eigenkapitalquote in den letzten Jahren nicht verringert, argumentiert Hans-Georg Wehner, stellvertretender Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Für kleine und mittlere Unternehmen, die bisher keine Chance hätten, Kapital von außen aufzunehmen, könne dagegen etwas getan werden.

„Unnötig hohe Hürden" beim Gang an die Börse sieht auch Heribert Juchems, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer (ASU). Um die Aktiengesellschaft für den Mittelstand attraktiver zu machen, sollten nach Juchems Ansicht Hindernisse, wie etwa die Gesellschaftsteuer, aus dem Weg geräumt werden. Zudem sollten die Kosten für den Aufsichtsrat steuerlich voll abzugsfähig sein. Die Bundesregierung hatte dies als „nicht vordringlich" eingestuft. Ein neues Marktsegment hält Juchems nicht für erforderlich. Er verweist auf Vorschläge zur Reorganisation des bestehenden geregelten Freiverkehrs.

Beim Recht zur Börseneinführung von Unternehmen, das bislang auf Banken beschränkt ist, wünscht sich Juchems eine „etwas liberalere Fassung". Die Regierung hatte ihre Ablehnung dieser Forderung vor allem mit dem Anlegerschutz begründet. Die oft langjährige Kenntnis der Firmen vermindere die Gefahr, daß ungeeignete Papiere zum Handel zugelassen würden. Frühere Kritik halten die Verbände nicht mehr aufrecht. „Die Banken pflegen das Emissionsgeschäft mehr als früher", attestiert auch Wolfgang Bauer, Leiter der Abteilung Konjunktur-, Kredit- und Währungspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Die Experten des Deutschen Industrie- und Handelstages warnen jedoch vor allzu großen Erwartungen. Die Welle von Neuemissionen werde sich nicht fortsetzen. Das Potential geeigneter Unternehmen sei begrenzt. Die ASU ist da optimistischer. Sie registriert einen Lernprozeß, „daß man nicht nur als Nixdorf oder Porsche an die Börse kann". Auf etwa 1000 schätzt Juchems die Zahl der potentiellen Börsengänger.

Firmen, die auch in Zukunft nicht zu diesem Kreis zählen, will die Regierung mit der steuerlichen Begünstigung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften eine andere Finanzierungsquelle erschließen. Eine Absicht, die von allen Seiten gute Noten erhält. Bonn stellt sie als Alternative zu Vorschlägen dar, GmbH- und KG-Anteile leichter übertragbar zu machen. Hier befürchten auch die Verbände unlösbare technische Probleme. Juchems sieht einen besseren Weg: eine für den Mittelstand maßgeschneiderte „kleine AG" mit verminderten Publizitäts- und Rechnungslegungsvorschriften. Die EG-Bilanzrichtlinie ließe eine solche Neuerung im deutschen Gesellschaftsrecht zu. Die Bundesregierung will bei der weiteren Beratung des Bilanzrichtlinien-Gesetzes dazu Vorschläge machen.

US-AKTIENMÄRKTE

Enormes Kursrisiko könnte Ausländer aussteigen lassen

H.-A. SIEBERT, Washington

Die an den US-Aktienmärkten aufgelebte Hausse erweist sich immer mehr als ein Hindernisrennen mit hohem Schwierigkeitsgrad. Das zeigte sich in der vergangenen Woche, als der Dow-Jones-Industrie-Index erstmals die 1300-Marke durchstieß, am Mittwoch bei Börsenschluß mit 1297,92 Punkten einen neuen Rekord aufstellte und dann den Rückzug antrat. Gewinnmitnahmen und die nach einem längeren Spurt übliche Konsolidierung haben hier zweifellos mitgespielt; zur Erklärung der überaus wilden Kursausschläge reichen sie aber allein nicht aus.

Am Freitag zum Beispiel bestanden die glänzende Voraussetzungen für einen erneuten Schub nach oben. Die US-Notenbank meldete eine Zunahme der Industrieproduktion im Januar um 0,4 Prozent nach 0,5 und 0,4 Prozent im Dezember und November, während das Arbeitsministerium in Washington für denselben Monat bei um 2,4 und 0,6 Prozent sinkenden Energie- und Nahrungsmittelpreisen nicht veränderte Herstellerpreise feststellte. Beide Indikatoren signalisieren, was sich die Wall Street eigentlich wünscht: ein moderates, aber dauerhaftes Wirtschaftswachstum ohne Inflation mit der Aussicht auf ein weiteres Nachlassen des Zinsdrucks.

Statt dessen sackt der „Dow" um 5,86 auf 1282,02, der umfassende Nyse-Index um 0,43 auf 105,27 Punkte. Im Wochenverlauf verloren die beiden Barometer 7,95 und 0,12 Punkte. Es lag gewiß nicht daran, daß Amerikas Produktionsbild durch Autos und Rüstungsgüter – plus vier und 1,1 Prozent – etwas verzerrt wird. Vielmehr konzentriert sich die Börse wieder stärker auf die Zinsen, wobei die Rentenmärkte den Ton angeben.

Die Unsicherheit ist allerdings nicht hausgemacht, sondern kommt jetzt von außen. Am Freitag gerieten Treasury Bonds und Notes ins Rutschen, als Gerüchte über bevorstehende Dollar-Eingriffe umliefen. Das ist nun schon seit Wochen der Fall, aber diesmal kürzten institutionelle Anleger sofort ihre Portefeuilles. Die Renditen für neue 30- und 10jährige Papiere fielen auf 11,32 und 11,36 Prozent. Deutlich ist die Furcht zu spüren, viele Ausländer könnten wegen des nun enormen Kursrisikos ihr Engagement in Dollaranlagen überprüfen. Ihr Ausstieg würde in den USA Kapital verknappen und die Zinsen in die Höhe treiben.

Die US-Notenbank hat dieses Problem längst erkannt und auch deshalb im Dezember, wie aus dem Protokoll hervorgeht, eine Öffnung der Geldschleusen beschlossen. An dieser Marschrichtung hat das Offen-Markt-Komitee in der letzten Woche wohl festgehalten, obwohl eine Minderheit vor den Inflationsgefahren warnte. An der Wall Street gilt derzeit diese Formel: Wenn der „Dow" 1300 Punkte übersteigt und die Rentenwerte nicht folgen, ist es an der Zeit, die Aktienpakete zu verkleinern.

Groteskes Schauspiel

Von DANKWARD SEITZ

Was sich derzeit im Gesellschafterkreis der Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, abspielt, ist keine Komödie mehr, über die man schmunzeln kann. Es gleicht eher einem provinziellen Schmierentheater, das, wenn es nicht bald beendet wird, dem noch guten Ruf dieses Luft- und Raumfahrtkonzerns ernsthaften Schaden zufügen wird. Noch mehr: Das groteske Schauspiel ist geeignet, das Ansehen und Vertrauen des deutschen Familien-Unternehmertums nachhaltig zu erschüttern.

Ein neuer Höhepunkt ist erreicht im erbitterten Bruderkrieg, den die fünf Söhne des Firmengründers Claude Dornier – Peter, Silvius, Claudius, Christoph und Justus – sowie ihre Schwägerin Ellen Dornier, Witwe des 1971 tödlich verunglückten Donatus Dornier, seit Jahren führen. Statt das gesunde und technologisch hervorragende Familienunternehmen in Ruhe arbeiten zu lassen und sich mit der jährlichen Dividendenausschüttung von insgesamt sechs Millionen Mark zu begnügen, streiten sie sich, in zwei Gruppen gespalten, um Einfluß und Macht. Spöttisch werden sie schon als „Dallas-Clan vom Bodensee" bezeichnet.

Der Familienstreit, von einer Unzahl von Prozessen begleitet, spiegelt sich in den Veränderungen des Vorstands der letzten Jahre wider. Als erster warf Claudius Dornier, der seit 1963 dem Unternehmen vorstand, wegen Meinungsverschiedenheiten mit seinen Brüdern 1981 das Handtuch. Mitte 1984 war es dann Bernhard Schmidt, der für den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Medienkonzerns Bertelsmann, Manfred Fischer, seinen Platz räumen mußte. Diesem wiederum wurde nach nur fünf Monaten Amtszeit in der vergangenen Woche fristlos gekündigt, ebenso wie Karl-Wilhelm Schäfer, der dem Unternehmen seit 23 Jahren angehörte.

Gespannt darf man nun sein, wie Rainer Hainich als neuer Chef mit der streitsüchtigen Sippe auskommen wird. Auch wenn er glaubt, sich auf Grund seiner Erfahrung als Vorstandsmitglied seit elf Jahren besser aus den Querelen heraushalten zu können, der Konflikt scheint schon programmiert: Er fühlt sich – wie seine Vorgänger auch – allein dem Unternehmen verpflichtet. Die zwei verfeindeten Familienlager werden aber über kurz oder lang wissen wollen, auf welcher Seite er steht.

Selbst wenn dies ohne neuen Ärger möglich sein sollte, sind die Turbulenzen um Dornier noch lange nicht beigelegt. Vielmehr deutet alles nach der Gesellschafterversammlung vom vergangenen Donnerstag darauf hin, daß sie sich in nächster Zeit eher noch verstärken werden, solange die Anteile der zweiten Frau des Firmengründers, Anna Dornier, die 1984 starb, noch nicht auf die Nacherben übertragen sind. Da eine endgültige Einigung in diesem Kreis so gut wie ausgeschlossen ist – man läßt sich hier nur noch durch Juristen vertreten, erkennt den gerichtlich eingesetzten Testamentsverwalter nicht an –, werden die Erbauseinandersetzungen noch für längere Zeit die Gerichte beschäftigen. Und damit auch die Öffentlichkeit, in der alle Beteiligten mit sichtlichem Wohlbehagen ihre schmutzige Wäsche waschen.

Wie immer dieser in stilloser Art und Weise ausgetragene Machtkampf der verfeindeten Brüder ausgehen wird, der Verlierer droht das Unternehmen zu werden. Schon seit einiger Zeit beobachten vor allem die auf Ruhe bedachten Kunden des militärischen Geschäftsbereiches den Familienzwist mit zunehmender Sorge. So sehr sich Hainich dabei auch bemühen mag, es wird ihm schwerfallen, den Luft- und Raumfahrtkonzern als ein zukunftsorientiertes Unternehmen mit beachtlichem finanziellen Polster darzustellen, das Vertrauen bei privaten wie öffentlichen Auftraggebern verdient.

Um weiteren Schaden von Dornier und seinen über 8000 Beschäftigten abzuwenden, wäre bei den emotionalen und nur schwer kalkulierbaren Familienmitgliedern eine rigorose Trennung zwischen Kapital und Management notwendig. Doch ehe sich die streitenden Brüder dazu bereitfinden dürften, so steht zu befürchten, wird der finanziell gesunde Konzern erst ins Schlingern geraten müssen. Es wäre ein trauriger Weg, der diesem renommierten Familienunternehmen bevorstünde. Im umgekehrten Sinne würde sich dann noch der Ausspruch des Gründers bewahrheiten, daß „nicht das Geldkapital den Wert und Inhalt eines Unternehmens bestimmt, sondern der Geist, der in ihm herrscht".

AUF EIN WORT

» Alle schauen immer wie das Kaninchen auf die Schlange auf die Milliarden-Bilanzen der Großunternehmen und übersehen dabei, daß 99,8 Prozent aller Betriebe in der Bundesrepublik dem Mittelstand zugeordnet werden müssen mit einem Umsatz bis zu 100 Millionen Mark. «

Ernst A. Bettag, Inhaber der BIG-Spielwarenfabrik, Fürth.
FOTO: DIE WELT

DIESELKRAFTSTOFF

Bonn sieht harten Winter als Ursache des Preisanstiegs

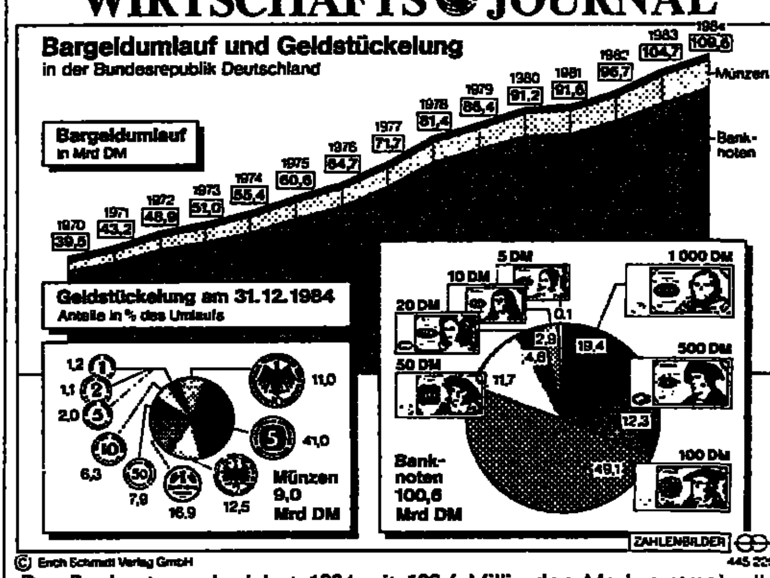
HANS-J. MAHNKE, Bonn

Den Preisanstieg für Dieselkraftstoff erklärt die Bundesregierung mit dem ungewöhnlich harten Winter. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage wird darauf hingewiesen, daß darin keine Absicht der Ölindustrie zu erkennen sei, eine neue Preisrunde für bleifreies Benzin nach Einführung des Katalysator-Autos vorzubereiten.

Die Preise für Diesel seien seit Jahresbeginn um rund 6,5 Pfennig je Liter auf 139 Pfennig im Bundesdurchschnitt gestiegen. Sie lägen damit um drei Pfennig über dem Preis für Normalbenzin und nur noch vier Pfennig unter dem für Super. Diese Preiskonstellation, die es zuletzt 1979/80 gab, läßt sich nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, mit der starken witterungsbedingten Nachfrage nach leichtem Heizöl in Nordwest-Europa erklären. In der Bundesrepublik sei der Absatz von leichtem Heizöl im Januar gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um rund 40 Prozent gestiegen. Leichtes Heizöl und Diesel seien chemisch weitgehend identisch.

Die Inlandspreise für Gasöl, dem im Handel üblichen Oberbegriff für leichtes Heizöl und Diesel, würden wegen der hohen Importversorgung von den internationalen Gasölpreisen in Rotterdam weitgehend beeinflußt. Die Preissteigerungen von gut zehn Prozent seit Anfang Januar hätten sich sowohl bei leichtem Heizöl als auch bei Diesel ausgewirkt. In Rotterdam hätten die Gasölpreise bis Anfang Februar nicht nur über denen von Normalbenzin gelegen, sondern sie hätten zeitweise sogar den Preis für Superbenzin übertroffen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der Banknotenumlauf hat 1984 mit 100,6 Milliarden Mark erstmals die 100-Milliarden-Grenze überschritten. Am weitesten verbreitet ist der 100-Mark-Schein mit einem Umlaufwert von mehr als 49 Milliarden Mark. Für die Regelung des Geldumlaufs und die Ausgabe von Banknoten ist in der Bundesrepublik die Deutsche Bundesbank zuständig. Das Recht, Scheidemünzen zu prägen und in Umlauf zu setzen, liegt bei der Bundesregierung.
QUELLE. ZAHLENBILDER

Hypothekenzusagen für Wohnungsbau

dpa/VWD, Frankfurt

Die deutschen Realkreditinstitute – private Hypothekenbanken und öffentliche Banken – haben 1984 für den Wohnungsbau Hypotheken in Höhe von 25 Mrd. DM neu zugesagt. Von den Hypothekenzusagen entfielen 13,3 Mrd. DM auf den Wohnungsbau, 9,6 Mrd. DM auf den sonstigen Wohnungsbau (einschließlich Eigentumswechsel im Gebrauchtwohnungsmarkt) und zwei Mrd. DM auf Ablösungen von Wohnungsbaukrediten anderer Kreditinstitute. Beim Wohnungsneubau wurden 2,9 Mrd. DM für öffentlich geförderte und 10,5 Mrd. DM für steuerbegünstigte sowie freifinanzierte Objekte vergeben.

DOLLAR

Baker: USA intervenieren, um Höhenflug zu stoppen

H.-A. SIEBERT, Washington

Seit dem Beschluß der Fünfergruppe am 17. Januar, den Höhenflug des Dollars durch Eingriffe am Devisenmarkt zu bremsen, haben die Vereinigten Staaten mehrfach interveniert. Das hat James A. Baker in einem ersten Gespräch mit Journalisten als US-Finanzminister bestätigt. Die Federal Reserve Bank in New York sei im Auftrag der Treasury vor und seit seinem Amtsantritt am 3. Februar tätig geworden, sagte er, ohne jedoch Zahlen zu nennen. Baker: „Es hat einigen Effekt gehabt, aber der Dollar ist weiter gestiegen."

Kurz danach verbreiteten Devisenhändler am New Yorker Platz das Gerücht, für heute seien an den wichtigsten Devisenmärkten massive Interventionen gegen den „Greenback" geplant. In Europa und Tokio würden die Notenbanken umfangreiche Dollarbeträge auf den Markt werfen, weil die US-Börsen wegen des Geburtstages von George Washington geschlossen seien und so die Auswirkungen größer sein würden. Es hieß sogar, die EG würde Kapitalverkehrskontrollen einführen. Das US-Schatzamt wies die Gerüchte zurück; unter starken Abgabedruck gerieten jedoch lang- und mittelfristige Treasury-Papiere.

Ein deutlicher Meinungswandel ist in der Reagan-Administration hinsichtlich der US-Währung festzustellen. Bisher wurde der hohe Dollarkurs als ein Vertrauensbeweis für die amerikanische Wirtschaft gewertet. Die Billigeinfuhren wurden insofern begrüßt, als sie die Inflationsrate niedrig hielten. Plötzlich ist man im Weißen Haus mehr um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie besorgt. „Der Dollar ist sehr stark", meinte Baker.

Gegen Preissenkungen

München (dpa) – Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) hat gegenüber dem derzeitigen EG-Ratspräsidenten, dem italienischen Landwirtschaftsminister Filippo Maria Pandolfi, „unmißverständlich klargestellt", daß die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Preissenkungen für das Wirtschaftsjahr 1985/86 von deutscher Seite nicht akzeptiert werden könnten. Sie berücksichtigten in keiner Weise die Einkommenssituation der Landwirtschaft der Bundesrepublik im vergangenen Wirtschaftsjahr. Dies teilte die Pressestelle des Bundesernährungsministeriums als Ergebnis des Treffens der beiden Minister am Freitag in München mit.

Übereinstimmung mit IWF

Santiago (dpa/VWD) – Die chilenische Regierung hat mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) volle Übereinstimmung über die Wirtschafts- und Finanzdaten des Jahres 1985 erzielt. Die Einigung mit dem IWF ist Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen mit den internationalen Gläubigerbanken über eine Umschuldung und die Gewährung neuer Kredite. Bei den Verhandlungen wurde nach Angaben der staatlichen chilenischen Nachrichtenagentur ORBE für 1985 ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent und eine Inflationsrate von 23 Prozent zugrunde gelegt. Die Auslandsschuld Chiles beträgt rund 20 Mrd. Dollar. Nach Angaben der chilenischen Refierung benötigt das Land 1985 1,7 Mrd. Dollar neue Kredite.

Londoner Kassapreise

	15.2.85	8.2.85
Kupfer(£/t)	1278,5	1247,5
Blei(£/t)	335,5	339,5
Zink(£/t)	780,5	755
Zinn(£/t)	1001,5	9940
Gold($/Unze)	304,25	299,25
Silber(p/Unze)	573	549,50
Kakao[1](£/t)	2134,5	2256,5
Kaffee[1](£/t)	2368,5	2364
Zucker(£/t)	107,5	114
Kautschuk(p/kg)	65	65
Wolle(p/kg)	526	523
Baumwolle[2](cts/lb)	68,65	69,60

[1])Abladung Mai; [2])Abladung Mai;
[2])A-Index-Preis Liverpool

Bei „Bleifrei" führend

Bern (AP) – In der Schweiz wird zur Zeit an rund 375 Tankstellen bleifreies Benzin angeboten. Absolut führend im Bleifrei-Angebot ist jedoch die Bundesrepublik mit rund 700 Tankstellen, wie einer Zusammenstellung des Automobil-Clubs der Schweiz zu entnehmen ist. In den übrigen europäischen Staaten wird der schadstoffarme Treibstoff nur vereinzelt angeboten.

In der Verlustzone

Hamburg (dpa/VWD) – In der Bundesrepublik gibt es nach Angaben des Vorstandvorsitzenden der Esso AG, Hamburg, Wolfgang Oehme, derzeit keine Raffinerie, die schwarze Zahlen schreibt. Von 1978 bis Ende dieses Jahres dürfte sich die Destillationskapazität um rund 60 Mill. Tonnen vermindert haben, sagte Oehme. Dies sei in erster Linie eine quantitative Anpassung an die gesunkene Nachfrage gewesen.

Wachstum von 4,6 Prozent

Washington (VWD) – Ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts in den USA von 4,6 Prozent 1985 und 5,1 Prozent 1986 prognostiziert die US-Handelskammer. Unter der Voraussetzung, daß sich die Zinsen weiter rückläufig entwickeln, werde der Investmentsektor unverändert die treibende Kraft für das Wirtschaftswachstum sein. Bei der Preisentwicklung geht die Handelskammer für 1985 von einer Teuerungsrate von 3,3 Prozent und für 1986 von 3,6 Prozent aus.

Rekordernte in der EG

Luxemburg (dpa/VWD) – Die Getreideernte in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft hat 1984 mit 150,89 Mill. Tonnen das Vorjahresergebnis um 22,1 Prozent übertroffen. Damit lag sie nach vorläufigen Angaben des Statistischen Amtes in Luxemburg über der Rekordernte von 131,71 Mill. Tonnen im Jahr 1982.

Weg der Kurse

	15.2.85	8.2.85
Boeing	65,125	63,875
Chrysler	32,50	33,625
Citicorp	44,625	46,125
Coca-Cola	61,625	61,875
Exxon	47,375	47,75
Ford Motors	45,625	45,625
IBM	131,625	137,125
PanAm	4,50	4,375
US Steel	28,125	28,125
Woolworth	40,375	42

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Bei Stahl und Autoabgasen weiter keine Einigung

AFP, Rom

Die Subventionen für die Stahlindustrie und die Frage der Schadstoffreduktion bei Autoabgasen sind weiterhin Streitpunkte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die Industrieminister der Zehn konnten sich bei ihrem informellen Treffen in Rom nicht auf einen Kompromiß in diesen Fragen einigen.

Die Bundesrepublik Deutschland, unterstützt von den Niederlanden und Großbritannien, wehrt sich weiterhin entschieden gegen zusätzliche Subventionszahlungen an Stahlbetriebe in Italien und Frankreich, solange diese beiden Länder keine Produktionskapazitäten abbauen. Rom verlangt zusätzliche Mittel von 2,19 Milliarden Ecu für seine Stahlindustrie, Paris 1,5 Milliarden Ecu (1 Ecu = 2,23 DM). Der 1981 angenommene Restrukturierungsplan der EG für den Stahlsektor sieht dagegen vor, daß ab diesem Jahr nur noch Zuschüsse für Modernisierung gewährt und alle Subventionen zum Jahresende eingestellt werden.

So gut wie keine Fortschritte wurden auch bei der Frage der Autoabgase erzielt. Frankreich übte erneut scharfe Kritik am deutschen Alleingang mit der Einführung der auf diesem Sektor geltenden US-Normen bis 1988 und der Einführung des Katalysators. Frankreich fordert die Entbindung von Wagen bis zu 1400 Kubikzentimeter Hubraum von diesen Normen und legt Bonn nahe, zur Schadstoffverminderung eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen einzuführen. Die notleidende französische Autoindustrie stelle vor allem Wagen mit geringem Hubraum her, die durch den Katalysatoreinbau unverhältnismäßig verteuert würden.

VORRUHESTANDSGESETZ / Über zwei Milliarden Mark Mindereinnahmen

Wie repariert man eine Panne?

HEINZ HECK, Bonn

Im März 1984 erklärten die Berichterstatter des Haushaltsausschusses im Parlament, der Regierungsentwurf für ein Vorruhestandsgesetz (Drucksache 10/880) sei mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar. In einer Fußnote des Berichts hieß es: „Die Auswirkungen auf das Lohnsteueraufkommen sind geringfügig. Sie sind nicht quantifizierbar."

Diese Information war falsch, wie sich spätestens bei der Steuerschätzung im Herbst herausstellte. Noch für 1984 wurde bereits mit Mindereinnahmen von 300 Millionen Mark (je zur Hälfte Bund und Länder) gerechnet, für 1985 bereits mit 2,2 Milliarden Mark (davon je rund eine Milliarde für Bund und Länder und 200 Millionen Mark für die Gemeinden). Der Grund hierfür ist, daß die betroffenen Unternehmen Rückstellungen bilden dürfen, die sich in einer Verringerung ihrer Steuerschuld niederschlagen.

Das Parlament hat also das Gesetz aufgrund unzutreffender Informationen verabschiedet: „Als Berichterstatter fühle ich mich völlig unzureichend über die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen des Vorruhestandsgesetzes informiert", schrieb der SPD-Abgeordnete Wolfgang Sieler seinen beiden Mit-Berichterstattern im Haushaltsausschuß, Ursula Seiler-Albring (FDP) und Bernhard Friedmann (CDU).

Mit einer ganzen Serie von Anfragen hat er inzwischen die Hintergründe dieser Panne im Finanzministerium aufzuklären versucht. Wie Sieler gegenüber der WELT erklärte, sei dies noch nicht vollständig gelungen. Der Haushaltsausschuß hat Anfang Februar einstimmig einen schriftlichen Bericht von Finanzminister Gerhard Stoltenberg angefordert.

Sieler geht es jedoch um mehr: Wie können künftig solche Pannen vermieden oder, wenn sie entstanden sind, nachträglich repariert werden? Ihm geht es dabei auch um das Selbstverständnis des Parlaments. Wenn die von der Regierung vorgelegte Beratungsgrundlage sich als falsch herausstelle, müsse eine nachträgliche Korrektur möglich sein. Andernfalls könnten ein paar Beamte „Riesenbeträge am Parlament vorbeischieben".

Auf Initiative Sielers wollten die SPD-Haushälter beim Geschäftsordnungsausschuß des Bundestages eine Klärung herbeiführen. Doch die Koalitionsmehrheit winkte ab. Nun bemüht sich der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Rudi Walther (SPD), beim Geschäftsordnungsausschuß um Klärung. Sollte das nicht gelingen, so wird Sieler die Frage über die Fraktion ins Plenum bringen. Als Indiz für gute Regierungsarbeit wertet er immerhin, daß dies in 35 Jahren offenbar der erste Fall dieser Art sei.

LATEINAMERIKA

Freihandelszone besteht 25 Jahre

dpa/VWD, Montevideo

Die „Lateinamerikanische Freihandelszone" (Asociacion Latinoamericana de Libre Comercio/ALALC) – von den südamerikanischen Staaten und Mexiko gegründet – feiert den 25. Geburtstag. Ein Rückblick läßt wenig Erfolge erkennen. Immer wieder standen unterschiedliche Wirtschaftsideologien und nationale Interessen einer weiteren Öffnung entgegen. Nach 20 Jahren gaben die Länder ihr Ziel, eine EG-ähnliche Organisation zu schaffen, auf. Sie bildeten 1980 anstelle der ALALC eine „Lateinamerikanische Integrationsvereinigung", die lediglich Handelsabkommen überwachen und anerkennen soll. Der Mechanismus für Zollsenkungen wurde abgeschafft.

BILLIGFLAGGEN / Fortschritte bei Genfer Konferenz bereiten den Weg für eine internationale Vereinbarung

Die Dritte Welt zeigte sich kompromißbereit

IRENE ZÜCKER/dpa, Genf

Konzessionen der Entwicklungsländer haben wesentliche Fortschritte in Richtung auf ein neues internationales Übereinkommen zur Registrierung von *Handelsschiffen* ermöglicht. Sie wurden bei der dreiwöchigen Konferenzrunde von rund 100 Staaten über die sogenannten Billigflaggen erreicht, die in der Nacht zum Samstag in Genf zu Ende ging.

Die Entwicklungsländer bestehen nicht mehr auf einer Abschaffung der Billigflaggen, ihrem ursprünglichen Ziel, sondern wollen strengere Bedingungen aushandeln, um damit den Auswüchsen einen Riegel vorzuschieben.

Der sehr flexible Konferenzvorsitzende Lamine Fadika, Schiffahrtsminister von Elfenbeinküste, erwartet, daß die über 100 Konferenzteilnehmerstaaten in der für Juli geplanten dritten Session den endgültigen Vertragstext festlegen.

Rund 30 Prozent der Welthandelsflotte, meist Supertanker, segeln unter Billigflaggen von Staaten wie Liberia, Panama, Zypern, Bermuda, den Bahamas und Vanuato (ehemals *Neue Hebriden*). *Hauptnutznießer* sind die USA, Japan, Griechenland und Hongkong, die zusammen 75 Prozent der viel geschmähten Gefälligkeitsflaggen halten. Die Möglichkeit des „Ausflaggens" von Handelsschiffen wird auch von den Reedern der Bundesrepublik Deutschland intensiv genutzt. So fuhren Ende 1983 307 deutsche Handelsschiffe, also 40 Prozent der gesamten Handelsflotte, unter den Flaggen Panamas, Liberias, Singapurs oder Zyperns.

In der Verhandlungsrunde war von der Gruppe der 77 (Entwicklungsländer) ein Vereinbarungs-Entwurf auf den Tisch gelegt worden war. Von den sieben Kernelementen des Pakets sollen nach Auffassung der Dritten Welt die ersten fünf völkerrechtlich bindend sein, wobei die B-Gruppe (Industrienationen) bei vier Punkten einverstanden ist: So soll jeder Flaggenstaat ein nationales Flottenregister, eine Schiffahrtsgesetzgebung und eine eigene Schiffahrtsverwaltung schaffen. Konsens herrscht auch über die Identifizierung einer verantwortlichen Reederei und ihre Haftung.

Die Schlüsselfrage des Managementsitzes ist jedoch ungelöst. Während die Dritte Welt auf einer Niederlassung der Reederei in dem Flaggenstaat mit einem handlungsbefugten und einklagbaren Vertreter beharrt („Briefkasten" genügt nicht), sträuben sich die Industrieländer vor allem gegen die Gesellschaftsgründung im Flaggenstaat; dies wegen der nationalen Beteiligung.

Daß ein Teil der Offiziere und Mannschaft die Staatsangehörigkeit, beziehungsweise ihren Wohnsitz im Flaggenstaat haben muß, wird jetzt anerkannt. Das ist neu, denn zur Zeit kann jede beliebige Besatzung angeheuert werden. Hatte die Gruppe der 77 ursprünglich verlangt, daß sich die Besatzungsmitglieder aus dem Staat rekrutieren *müßten*, dessen Flagge das Schiff führt, so ist in dem nunmehr in Genf vereinbarten Text nur noch von einem „angemessenen Teil" von Angehörigen des Flaggenstaats die Rede, deren Höhe der nationalen Gesetzgebung überlassen bliebe.

Die meisten Industrienationen möchten alle drei Schlüsselfragen (Management-Sitz, Besatzung und Kapitalverhältnisse) nur als Empfehlungen akzeptieren. Die Vertreter der Dritten Welt reagierten enttäuscht darauf, daß die Industrieländer, die 80 Prozent der Welthandelsflotte kontrollieren, ihnen nicht weiter entgegengekommen sind. In Teilnehmerkreisen der Industriestaaten wurde das Konferenzergebnis durchweg mit Genugtuung aufgenommen.

LBS MÜNSTER / Modernisierung immer wichtiger

Wohnungsbau stabilisiert

HARALD POSNY, Münster

Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik pendelt sich nach einer Phase des Nachholbedarfs „gerade in die Normalkurve" ein. Auf eine Stabilisierung auf diesem Niveau deutet *nach Meinung des Sprechers der* Geschäftsleitung der Landesbausparkasse Münster/Düsseldorf (LBS), Hans-Dieter Fremann, insbesondere hin, daß der Wunsch nach Wohneigentum nach wie vor bei den jüngeren Jahrgängen besonders ausgeprägt ist.

Die LBS, Marktführerin im Bauspargeschäft des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, belegt aus Ergebnissen einer GfK-Studie, daß 93 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren Wohneigentum anstreben, in der Altersgruppe ab 60 Jahre seien es immerhin noch 75 Prozent. Die erreichten 40 Prozent zeigten noch ein erhebliches Maß noch nicht realisierter Wünsche.

Die Wohneigentumsbildung wird sich nach Fremanns Auffassung statt durch Neubau künftig in steigendem Umfang aus dem Bestand heraus vollziehen. Dafür dürfte nicht zuletzt ausschlaggebend sein, daß die aus Umwandlungen entstandenen Eigentumswohnungen im Schnitt erheblich preiswerter sind als vergleichbare Neubauwohnungen. Damit könnten sich dann auch Bevölkerungskreise Wohneigentum leisten, für die es bislang kein akzeptables Angebot gibt.

Als wesentliche Stützen des Baufinanzierungsmarktes bezeichnet Fremann Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen. Hierauf entfielen schon jetzt 35 Prozent des Wohnungsbauvolumens. Die Altersstruktur der Gebäude lasse ein immer höheres Volumen erwarten. Etwa zwei Drittel der Modernisierungsbeträge würden durch Eigenmittel, ein Drittel durch Bausparmittel finanziert.

Nach Aussagen von LBS-Geschäftsführer Günter Holthöfer hat die Bausparkasse, zugleich Nummer eins unter den öffentlich-rechtlichen Instituten in der Bundesrepublik, die „strategische Neuorientierung" ihre Bewährungsprobe bestanden. Sie befreie die LBS vom Zwang zum progressiven Neugeschäft und gebe zusätzliche Möglichkeiten zur Verstärkung der servicebezogenen Maßnahmen. Neue Tarife, verstärkte Bemühungen um den Bausparer, jederzeitige Finanzierungsbereitschaft, Ausbau des Beratungsservice und zusätzliche Mittelbereitstellung für Zuteilungen hätten 1984 zwar nicht zu einem Rekordjahr für die LBS wohl aber zu einem „qualitativ guten Jahrgang" werden lassen.

Teilzeitarbeit auf dem Vormarsch

WILHELM FURLER, London

Jeder fünfte britische Arbeitnehmer ist ein Teilzeit-Beschäftigter. So hoch ist der Anteil von Teilzeit-Arbeitern in keinem anderen Land, heißt es in einer Studie, die jetzt vom British Institute of Management in Corby vorgelegt worden ist. Während das Institut der Ansicht ist, daß der Prozentsatz der Teilzeit-Beschäftigten an der Gesamt-Erwerbstätigenzahl deutlich steigen sollte, äußert es sich gegenüber dem von der Regierung avorisierten „Job-splitting" sehr zurückhaltend.

Nach Auffassung des Management-Instituts sind die Methoden der Arbeitsplatzteilung zwischen zwei oder mehreren Mitarbeitern für den Arbeitgeber in der Regel unwirtschaftlich. Zudem würden Bezüge angeboten, die zum Lebensunterhalt alleine nicht ausreichten.

In den letzten 20 Jahren hat sich in Großbritannien die Zahl der Teilzeit-Beschäftigten auf heute 4,5 Millionen verdoppelt. Das Institut vertritt die Ansicht, daß Teilzeit-Arbeit zu einem Standard-Element einer jeden Unternehmens-Politik werden sollte. Die Vorteile lägen auf der Hand: Sie reichen von größerer Flexibilität über niedrige Lohnkosten-Belastung bis hin zur Möglichkeit, Zeiten besonders starker Nachfrage, urlaubsbedingte Ausfälle und außergewöhnliche Arbeitszeiten zu bewältigen.

Schlechteres Betriebsergebnis

dpa/VWD, Hamburg

Die Maizena GmbH, Hamburg, hat ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) um 9,4 Prozent auf 1,36 Milliarden DM gesteigert. Der Umsatz komme zu gleichen Teilen aus dem Marken- und Industriegeschäft, teilte der Nahrungsmittelhersteller in Hamburg mit. Im Industriegeschäft sei man jedoch trotz eines Mengenplus um acht Prozent mit der Ertragslage nicht zufrieden, was auf den Preiseinbruch am Futtermittelmarkt zurückgehe.

Das Betriebsergebnis sei um 5,6 Prozent auf 80,3 Millionen DM zurückgegangen. Der Jahresüberschuß, der voll an die amerikanische Muttergesellschaft CPC International Inc ausgeschüttet wird, ist um 7,5 Prozent auf 45,6 Millionen DM gewachsen. Der Exportanteil habe 14,9 Prozent betragen. Das erste Quartal des laufenden Geschäftsjahres sei unbefriedigend gewesen, der Januar habe aber mit starken Zuwächsen den Ausgleich gebracht. Maizena beschäftigt 3700 Mitarbeiter.

Die US-Muttergesellschaft will nach Angaben von Maizena-Finanzchef Horst Esslinger innerhalb ihrer europäischen Werke in den kommenden Jahren gleichartige Produktionen zusammenfassen, um Kosten zu sparen. Im Geschäftsjahr 1984/85 will Maizena insgesamt 70 Millionen DM investieren.

NORWEGEN / OECD: Wettbewerbsfähigkeit verloren

Wachstum durch Ölgeschäfte

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Norwegen hat sein Bruttosozialprodukt in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich vier Prozent gesteigert – stärker als die meisten anderen westlichen Industriestaaten. Antriebsmotor waren vor allem die Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Gleichzeitig wurde das Beschäftigungsniveau um 20 Prozent gehoben und die Arbeitslosenquote auf bescheidene drei Prozent der aktiven Bevölkerung gesenkt. Andererseits aber erlahmte die Bereitschaft und das Vermögen zu strukturellen Anpassungen, stellt die OECD in ihrem Bericht über die norwegische Wirtschaftslage fest.

Die Regierung in Oslo hat diese „Abschwächung des Reaktionspotentials" durch zunehmende Subventionen zu überbrücken versucht. Sie konnte sich diese Politik dank der Einnahmen aus dem Ölexport zwar finanziell leisten. Letztlich aber schadete sie der Wirtschaft, deren unrentable Betriebe sie in immer größerem Umfang künstlich am Leben hielt. Dies führte zu einem regelrechten Subventionswettlauf.

Dazu kam, daß die Löhne real stärker als die Produktivität der Unternehmen stiegen. Denn die Subventionen wurden immer mehr als Ersatz für die notwendige Flexibilität der Beschäftigung verwendet. So verminderte sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Norwegens in einer Weise, daß die Industrieproduktion des Landes heute nicht höher liegt als vor zehn Jahren, wobei sich der Anteil der Wachstumsbranchen an der Industriebelegschaft verminderte.

Im Export wurden nach den Feststellungen der OECD die gegen Ende der siebziger Jahre verlorengegangenen Anteile bis heute noch nicht wieder zurückerobert. Dank der Netto-Ausfuhr von Öl erbrachte die Handelsbilanz 1984 aber doch einen Überschuß von 4,34 Milliarden Dollar, und der Aktivsaldo der Leistungsbilanz erreichte 2,88 Milliarden Dollar. Aber die OECD-Experten warnen Oslo davor, die weitere Expansion der Ölausfuhr mengen- und preismäßig zu optimistisch einzuschätzen.

Außer dem Subventionsabbau wird Norwegen eine weniger expansionistische Wirtschaftspolitik und eine rigorosere Einkommenspolitik empfohlen. Zwar hält sich die Inflationsrate des Landes in etwa auf dem OECD-Durchschnitt, aber der Lohnkostenanstieg sei viel zu stark. Auch die Einkommen der Landwirtschaft müßten desintegriert werden. Bezweifelt wird, daß das Beschäftigungsniveau gehalten werden kann.

RENTENMARKT / Vom Kurseinbruch wieder erholt

Hoffnung auf Stabilisierung

Der Rentenmarkt hat sich wieder von dem Kurseinbruch erholt, der das Renditenniveau an den ersten drei Tagen voriger Woche um knapp 0,20 Prozentpunkte hochgedrückt hatte. Die Entspannung kam vom letzten Wertpapierpensionsgeschäft der Bundesbank, das den Geldmarkt so reichlich mit Liquidität versorgte, daß die Bundesbank endlich ihr Ziel erreichte, den Tagesgeldzins unter den Lombardsatz zu drücken. Die Profis faßten wieder Mut zu Rückkäufen, die am Markt der Bundesanleihen für einen deutlichen Renditenrückgang in der zweiten Wochenhälfte sorgten, während andere Titel nur langsam nachhinkten. Man hofft nun, daß auch die echten Anleger wieder an den Markt zurückkehren. (cd.)

Emissionen	25.1. 85	18.1. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,11	7,09	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,26	7,13	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,21	7,10	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,11	7,01	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,32	7,10	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,07	6,86	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,66	7,51	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,29	7,10	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,60	7,54	7,20	8,08	8,45

BEIERSDORF / Nivea bleibt erfolgreichste Marke

Mehr Kosmetika verkauft

PETER WEERTZ, Berlin

Bis zum Jahr 2000 erwartet die Beiersdorf AG, Hamburg, auf dem Markt für Körperpflegemittel und Kosmetika ein kräftiges Umsatzwachstum. Als Impulse für dieses expansive Wachstum nannte Vorstandsmitglied Hans-Otto Wöbcke: mehr Freizeit und Sport sowie das wachsende Interesse an Körperpflege, Hygiene und Schönheit. Beiersdorf verkauft Körperpflege- und Kosmetikprodukte in 105 Länder. Im vergangenen Jahr stiegen allein die Körperpflege- und Kosmetikumsätze, die 45 Prozent des Gesamtumsatzes erreichen, um 15 Prozent auf 1,4 Mrd. DM. Allerdings wurden die höchsten Zuwachsraten nicht im Inland und in Europa erzielt, sondern in Japan (plus 27 Prozent) und in den USA (plus 21 Prozent).

Nach wie vor ist das Zeichen Nivea nach Angaben von Beiersdorf die größte Körperpflegemarke der Welt. Das Nivea-Programm erhöhte 1984 weltweit den Umsatz um ein Fünftel auf rund 800 Mill. DM. Den Marktanteil von Beiersdorf bei Körperpflege und Kosmetika im Inland gibt Wöbcke mit 15 Prozent an. Die zehn größten Körperpflegemittel-Hersteller hätten einen Anteil von 60 Prozent am Inlandsmarkt.

In den nächsten drei Jahren plant Beiersdorf in Berlin Investitionen von 25 Mill. DM. Hiervon wird außer der Niederlassung besonders das 1980 übernommene Familienunternehmen Guhl Kosmetik GmbH profitieren. Guhl-Geschäftsführer Jan-Peter Hink, der sich eingehend mit der Studie „Typologie der Verbraucherwünsche" beschäftigt hat, sagt schon jetzt einen Wandel auf dem Kosmetikmarkt voraus: Bis 1990 rechnet er mit einem Plus von 27 Prozent auf dem Markt für Kosmetika von derzeit im Inland 8,5 auf 10,8 Mrd. DM. Der Marktanteil der höherwertigen und Depotkosmetik soll gleichzeitig von 25 auf rund 30 Prozent wachsen.

Im vergangenen Jahr hat die Guhl Kosmetik ihr Absatzziel erreicht: Der Umsatz nahm um 19,1 Prozent auf 47,8 Mill. DM zu. Für 1985 sei eine Steigerung um 30 Prozent auf 65 Mill. DM geplant. Die Zahl der Mitarbeiter habe sich in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent auf 250 erhöht.

BOSS / Im Inland sollen keine Kunden hinzukommen – Verstärkte Exportanstrengungen

Flottes Wachstumstempo vorgelegt

WERNER NEITZEL, Metzingen

Die wachstumsfreudige Bekleidungsfirma Hugo Boss AG, Metzingen, die mit ihrer Devise, „Berufskleidung für Manager" zu kreieren und anzubieten, voll auf internationalem Erfolgskurs liegt, geht immer stärker auch in den Freizeitbekleidungssektor des gehobenen Genre hinein. Wie Vorstandsmitglied Jochen Holy, der zusammen mit seinem Bruder Uwe *zu gleichen* Teilen *das* Aktienkapital hält, erläutert, versuche das Unternehmen in seiner Kollektionsgestaltung eine „tragbare Mode zu machen" und keinesfalls den Eindruck einer überstilisierten Kleidung zu erwekken. Holy: „Wir wollen nicht lächerlich wirken."

Die Unternehmenspolitik dieser inzwischen mit kompletter Produktpalette aufwartenden Firma schlägt sich in einem flotten Umsatztempo nieder: 1984 ist der Umsatz um 38 Prozent auf rund 220 Mill. DM angewachsen, nachdem in den beiden Jahren davor schon Steigerungsraten von über 20 Prozent zu registrieren waren. Auch für 1985 peilt Holy ein Umsatzwachstum von „mindestens 20 Prozent" an. Erklärte Absicht sei, den Qualitätsstandard des Programms zu halten oder sogar noch zu verbessern.

Besonders kräftig („fast unerwartet") nahm das Inlandsgeschäft zu. Hier befindet sich Boss inzwischen in einer Situation, keine neuen Kunden mehr aufnehmen zu wollen, um so auch eine gewisse Exklusivität zu bewahren. In den einzelnen Produktbereichen gab es ein starkes Umsatzwachstum bei Anzügen (stärker als bei Sakkos), eine Konstellation, die sich – so Holy – im laufenden Jahr eher umzukehren scheine. Hohe Steigerungsraten habe man auch bei Hosen, Blousons, Jeans und Mänteln verbucht. Den Hemdenumsatz (von Einhorn produziert) beziffert Holy auf zwölf Mill. DM.

Der Exportanteil von Boss, der im vergangenen Jahr infolge der kräftigen Ausweitung des Inlandsgeschäfts von 26 auf 24 Prozent zurückging, soll durch intensive Anstrengungen auf verschiedenen Auslandsmärkten weiter angehoben werden. Hier visiert Boss vor allem die Märkte in England und den USA an. Wichtigstes Exportland für das Unternehmen ist derzeit noch Frankreich.

Zur Ertragsentwicklung meinte Holy, sie sei im vergangenen Jahr „sehr wahrscheinlich um einiges besser als 1983 ausgefallen". Der Gewinn habe sich vermutlich in etwa verdoppelt. Der Überschuß des Jahres 1983 war mit 6,7 Mill. DM beziffert worden. Das Aktienkapital wurde inzwischen von 6,6 Mill. auf 13,5 Mill. DM *aufgestockt*. Die Eigenkapitalquote belaufe sich auf „um die 30 Prozent". Ein Schritt an die Börse sei vorerst nicht vorgesehen. Die Investitionen des vergangenen und des laufenden Jahres lägen erheblich über den Abschreibungen. Neue Projekte sind eine „totale Zuschnittrationalisierung" sowie der Bau eines Fertigteillagers.

Die Zahl der Beschäftigten bei Boss hat sich auf 844 (Vorjahr: 793) Mitarbeiter erhöht. Boss setzt in erheblichem Maße auch das Mittel der Lohnkonfektionierung ein. Damenbekleidung wird von der Ende 1982 übernommenen Bielefelder Firma Windsor angeboten, die direkt den Gebrüdern Holy gehört.

SOLEX / Französische Vergaser-Gruppe ist gerüstet

Alternative zum Katalysator

HARALD POSNY, Wuppertal

Mit der Inbetriebnahme eines Abgas-Testlabors in Wuppertal hat die französische Solex-Gruppe mit einem Investitionsvolumen von 3,5 Mill. DM (ohne öffentliche Fördermittel) einen ersten Schritt in Richtung Schadstoffreduzierung bei Altfahrzeugen auf dem deutschen Markt unternommen. Die Gruppe, die über Matra im Mehrheitsbesitz des französischen Staates ist und weltweit etwa 2,3 bis 2,5 Mill. Normalvergaser jährlich herstellt, hat motorenspezifische Umrüstsätze für Fahrzeuge entwickelt, für die sich der Einbau von Katalysatoren entweder vom Alter oder Preis nicht lohnt, die aber mit dem Solex Renox-Vergaser dennoch in den Steuervergünstigungskatalog aufgenommen worden sind.

Marketing-Manager Peter M. Schrenk bezifferte den deutschen Bedarf dieser Teilesätze, die später von autorisierten Werkstätten der Autoherstellern montiert werden sollen, auf etwa 2 Mill. Stück. Ein gelegentlich genanntes Marktpotential von 5 bis 6 Mill. Alt-Fahrzeugen nannte Schrenk bei Umrüstpreisen zwischen 500 und 800 DM (ohne Werkstattlohn) zu hoch gegriffen. Auf der anderen Seite sei man „für jede Gesetzgebung gerüstet, aber wir möchten wissen wohin der Weg führt".

Das gemeinsam mit dem kalifornischen *Joint-Venture-Partner* Olson Engineering Inc. errichtete Testlabor kann nicht nur alle Umrüstmaßnahmen, sondern auch die in die USA zu exportierenden, auf Katalysatortechnik umgerüsteten Wagen entsprechend den US-Normen prüfen.

Solex, seit 1910 mit Vergaser- und Abgasproblemen vertraut, hatte bis zur Kündigung 1983 ein Vertriebsabkommen für Vergaser mit dem Wettbewerber Pierburg, Neuss. Mit Olson und der Übernahme der schon lange auch in Wuppertal ansässigen niederländischen Land Hartog (geregelte Autogasanlagen) glaubt man jetzt genügend Know-how zu besitzen, um auch die Schadstoffregulierung im Dieselmotoren-Bereich in Angriff nehmen zu können. Dafür würden noch 1985 erste Weichen gestellt.

Neben dem Vorreiter Bundesrepublik werden, so Schrenk, auch Österreich und die Schweiz, die Niederlande und Skandinavien von Solex-Entwicklungen profitieren. In den Werken in Frankreich und England seien noch Fertigungskapazitäten für 1 Mill. Umrüstsätze vorhanden.

Die Solex-Gruppe hatte 1984 einen Umsatz von 220 Mill. DM. Davon entfielen nach Angaben von Solex-Präsident Paul de Backer je ein Drittel auf Normal-Vergaser für Autohersteller, Gas-Vergaser und Umweltschutz. In Frankreich sind 2700 Menschen, darunter 300 in der Entwicklung, tätig, weitere rund 600 in Großbritannien, in Wuppertal werden 30, in Holland 50 Mitarbeiter tätig sein. Die britische *Tochtergesellschaft Solex Plc. (60* Mill. DM Umsatz) gehört zu 62 Prozent Matra und zu 38 Prozent freien Aktionären.

SGZ-BANK / Die Fusionsabsichten nicht aufgegeben

Für Expansion gewappnet

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Südwestdeutsche Genossenschaftszentralbank AG (SGZ-Bank), Frankfurt, Zentralbank der 569 Volks- und Raiffeisenbanken in Baden, Hessen und Rheinland-Pfalz (Bilanzsumme 76 Mrd. DM), hat ihre Fusionsabsichten nicht aufgegeben. Sie hat, wie Vorstandsvorsitzender Arnold Krämer sagte, den „Miniaturzentralkassen" in Saarbrücken (ZG-Bank mit 1,1 Mrd. DM Bilanzsumme) und Kassen (Raiffeisen-Zentralbank Kurhessen), die sich der Eingliederung in einen großen, schlagkräftigen Verbund widersetzen, neue Fusionsangebote unterbreitet und hofft dabei auf Unterstützung vom Bonner Spitzenverband.

Krämer ist überzeugt, daß die zum Einflußbereich der SGZ gehörenden Genossenschaftsbanken trotz Verschärfung des Kreditwesengesetzes *auch künftig* alle *Marktchancen in ihrem* Einzugsgebiet voll ausschöpfen können, wobei sie von der SGZ mit Gemeinschaftskrediten unterstützt werden. Dafür und zur Finanzierung der eigenen Kreditexpansion ist die SGZ-Bank mit einem freien Emissionsspielraum von 1,7 Mrd. DM und rund 800 Mill. DM Eigenmitteln, die mit einer Grundkapitalerhöhung um 50 auf 200 Mill. DM und einer 90-Mill.-DM-Rücklagendotierung aus dem Jahresüberschuß 1984 von 117,8 (Vorjahr: 116,1) Mill. DM gestärkt wurden, gut gerüstet. Der Dividendensatz bleibt mit 7,5 Prozent unverändert.

Die Geschäftsentwicklung war 1984 von starken, aus der Funktion einer Liquiditätsausgleichsstelle für die Primärgenossenschaften herrührenden Volumensschwankungen geprägt, die in dem verhaltenen Bilanzsummenwachstum um 4,6 Prozent auf 16,9 Mrd. DM im Jahresvergleich nicht zu erkennen sind.

Mit dem Betriebsergebnis von 170 Mill. DM zeigt sich Krämer zufrieden, obwohl es wegen des Rückgangs der Zinsspanne von 1,49 auf 1,09 Prozent *(jetzt unter ein Prozent) nicht an das* außerordentlich günstige und teilweise von Sonderfaktoren beeinflußte Vorjahresergebnis von 234 Mill. DM heranreichte. Andererseits sei kein neuer Wertberichtigungsbedarf entstanden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Keine Besserung

Stuttgart (dpa/VWD) – Die wirtschaftliche Situation der deutschen Schulbuchverlage, deren Umsätze seit Beginn der 80er Jahre gesunken sind, wird sich auch in den nächsten Jahren nicht entscheidend verbessern. Wie das Institut für Bildungsmedien, Frankfurt, anläßlich der größten Lehr- und Lernmittelmesse der Welt, der „didacta 85", mitteilte, sind die Gesamtumsätze der Schulbuchverlage von etwa 472 Mill. DM 1982 auf rund 359 Mill. DM im Jahr 1984 zurückgegangen.

Heinz entläßt

London (fu) – Der amerikanische Nahrungsmittelkonzern H. J. Heinz wird seine Belegschaft in Großbritannien um 40 Prozent, nämlich von 4800 auf 2880 Mitarbeiter, reduzieren. Diese Maßnahme, die in den nächsten fünf Jahren mit einem Investitionsprogramm in Höhe von rund 360 Mill. DM einhergeht, ist nach Angaben des Unternehmens zur Wiederherstellung der Wettbewerbskraft nötig.

Mehr Faßbier verkauft

Essen (Bm.) – Die Privatbrauerei A. Rolinck, Steinfurt i. W., hat im Geschäftsjahr 1984 ihren Faßbieranteil am Gesamtausstoß erneut um 1,3 Prozent auf jetzt 54 Prozent (Bundesdurchschnitt 29 Prozent) erhöhen können. Ein Rückgang des Absatzes von Exportbier in Flaschen ließ den Ausstoß um 0,9 Prozent auf 312 000 Hektoliter fallen. Der Umsatz von 49 Mill. Mark blieb kaum verändert.

Erfolgreiches Jahr

Porta Westfalica (hdt.) – Nach einem Umsatzzuwachs von sieben Prozent auf 186 (174) Mill. DM bezeichnet die Porta Möbel GmbH & Co. KG, Porta Westfalica, 1984 als ihr erfolgreichstes Jahr. Das Unternehmen betreibt vier großflächige Möbelmärkte zwischen Hannover und Osnabrück und plant einen weiteren im Bielefelder Raum.

Rettungsplan für Somua

Paris (J.Sch.) – Der französischen Werkzeugmaschinenproduzent H. Er*nault-Somua (HES), dessen Verluste* schon seit zwei Jahren mit über 200 Mill. Franc fast den Umsatz erreichen, soll jetzt mit Hilfe des Instituts für die industrielle Entwicklung (IDI) saniert werden. Dieses übernimmt die 30prozentige HES-Beteiligung des Renault-Konzerns, der selbst tief in den roten Zahlen steckt. Zusammen mit der 20prozentigen Schneider-Beteiligung ist die französische Seite ebenso stark beteiligt wie die japanische Toyoda. Die Aktionäre wollen HES unter der Bedingung einer starken Belegschaftskürzung 100 Mill. Franc zuführen.

Arbeitsgebiet ausgedehnt

Bremen (ww) – Das Institut für Seeverkehrswirtschaft in Bremen dehnt sein Arbeitsgebiet aus. Neben Bearbeitungen Schiffahrt, Schiffbau und hafenpolitischer Fragen sollen künftig noch Analysen und Prognosen beispielsweise zur Angebots- und Nachfrageseite für den seewärtigen Güterverkehr vorgenommen werden. Hinzu kommt außerdem der Bereich der Logistik aus der Sicht des Seeverkehrs. So sollen die gegenseitigen Abhängigkeiten und die Abstimmung des Transportumschlags und der *Lagervorgänge sowohl hafenin*tern als auch hinsichtlich des land- und seeseitigen Güterverkehrs untersucht werden. Im Zusammenhang damit liegen neue Anwendungsgebiete für den Einsatz von Mikrocomputern.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Nachl. d. Renate Strasmann geb. Kamp, Wermelskirchen; **Betzdorf:** Nachl. d. Edwin Ritthoff, Flammersfeld; **Deggendorf:** Joseph Wagner Bauunternehmung GmbH, Metten; **Düsseldorf:** Bel Air GmbH & Co. Fluggesellschaft KG; BOG Bürotechnik GmbH; **Eutin:** Heinz Baumann u. Partner GmbH; **Gelsenkirchen:** Bauunternehmung H. Denne GmbH, Dorsten 11; **Iserlohn:** Martin Böcker, Kaufmann; **Karlsruhe:** Nachl. d. Irmgard Bock; **Lübeck:** Hein Gebhardt Bauelemente GmbH, Ratekau; **Mannheim:** Rudi Preuß Immobilien GmbH; **Mayen:** Reger Bimsbaustoff- u. Kellersteinwerk KG, Mendig; Baustoff GmbH Krischer, Baustoff-Groß-Einzelhandel, Weißenthurm; **Minden:** W. & R. Goebel GmbH; **Neumünster:** Nachl. d. Jürgen Brey; **Nürnberg:** Hans-Jürgen Biederer; Margarete Maria Margit Erlbacher, Pegnitz; **Osnabrück:** reso Heizungsbau-Beteiligungsges. mbH; **Papenburg:** ACA Agrar Chemie Abpack GmbH; **Reutlingen:** Nachl. d. Ida Elsa Schaller geb. Härtig; **Schwarzenbek:** Möllner Textilwerke GmbH, Mölln; Werner Liermann, Kaufmann, Mölln; **Schwelm:** sbs-selbst-bau-system-sudmann-Vertriebsges.m. b. H., Breckerfeld; **Seesen:** Horst Rosenstiel, Inh. d. Glasbaubetriebe Horst Rosenstiel; **Sigmaringen:** Gerhard und Annita Henne OHG, Schwenningen 1; **Weißenburg:** Pfitzinger Verwaltungs-GmbH; **Wennigsen/Deister:** Nachl. d. Klaus Günter Ziebarth, Barsinghausen.

Konkurs beantragt: Siegen: Funkhaus Schwunk GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Frankfurt/M.: High Performance Computer GmbH; **Iserlohn:** G. Kramer GmbH & Co. KG; Böcker Beteiligungsges. mbH

Vergleich eröffnet: Aachen: Gertraud Hoffmann geb. Hoeppermanns; **Cloppenburg:** Hans Witte, Kaufmann, Essen i. O.; **Essen:** Weigel GmbH.

Vergleich beantragt: Hamburg: Mobel-Thäte KG; KG i. Thäte KG; **Hannover:** Werner Lindenhain, Kaufmann, Langenhagen; **Köln:** Michael Vaillant; **Lübeck:** Planbau GmbH; KG Planbau GmbH & Co.; Projekta Vermietungs- und Verwaltungsges. mbH & Co. Finanzierungsvermittlungs-KG; **Neumünster:** Klaus Rix, Bauunternehmer, Bönebüttel.

NACHRICHTEN

Protest gegen Zola Budd

Birkenhead (sid) – Zu einem Zwischenfall kam es bei den britischen Cross-Lauf-Meisterschaften in Birkenhead: Während des Rennens stellte sich eine Gruppe Demonstranten der führenden Zola Budd in den Weg und hinderte sie an der Fortsetzung ihres Laufes. Der Protest richtete sich gegen Zola Budds Einbürgerung in England und gleichzeitig gegen die Apartheid-Politik Südafrikas, des Heimatlandes der Läuferin.

Judo-Länderkämpfe

Tokio (dpa) – Sieg und Niederlage gab es für die deutsche Judo-Nationalmannschaft bei Länderkämpfen in Tokio: Gegen eine japanische B-Auswahl gewann das Team mit 3:3 bei besserer Punktbewertung, den A-Länderkampf gegen den Gastgeber verlor die deutsche Auswahl mit 2:5.

Bob-Titel an UdSSR

St. Moritz (sid) – Sintis Ekmanis und Wladimir Alexandrow aus der UdSSR gewannen in St. Moritz die Zweierbob-Europameisterschaft. Mit einem Rückstand von 13 Hundertstelsekunden belegten Wolfgang Hoppe und Dietmar Schauerhammer aus der „DDR" den zweiten Platz. Die Ohlstädter Toni Fischer und Franz Nießner kamen auf Rang zwölf.

Dressur-Sieg für Lange

Neumünster (sid) – Udo Lange aus Lustadt gewann auf Fashion den Dressur-Grand-Prix des 35. internationalen Hallen-Reitturniers in Neumünster. Zweite wurde die Hamburgerin Ingeborg Fischer auf Gran Chaco vor der Schwedin Ulla Hakanson auf Flamingo.

Langer siegt in Melbourne

Melbourne (dpa/UPI) – Golf-Profi Bernhard Langer aus Anhausen gewann in Melbourne das mit 200 000 Dollar dotierte australische Masters-Turnier. Mit 281 Schlägen unterbot Langer den Turnier-Rekord von 285 und gewann vor dem Briten Nick Faldo und dem Australier Greg Norman (beide 284).

Schwimmer-Siege

Barcelona (sid) – Der Heidelberger Miroslav Rolko und die Kölnerin Petra Zindler waren die erfolgreichsten Teilnehmer des Deutschen Schwimm-Verbandes am ersten Tag eines Schwimm-Meetings in Barcelona. Rolko siegte über 100 Meter Rükcken in 58,89 Sekunden, Petra Zindler gewann die 200 Meter Schmetterling in 2:18,29 Minuten.

Hallenhockey-Halbfinale

Düsseldorf (sid) – In der Hallenhockey-Bundesliga stehen die Teilnehmer des Halbfinales um die Deutsche Meisterschaft fest. Bei den Herren treffen Schwarz-Weiß Köln und Vizemeister Limburger HC sowie Uhlenhorst Mülheim und der Gladbacher THC aufeinander.

Boxer-Sieg über Kenia

Nairobi (dpa) – Die deutsche Amateur-Box-Auswahl gewann in Nairobi den zweiten Länderkampf ihrer Afrika-Reise. Kenia wurde mit 12:10 geschlagen. Den ersten Länderkampf hatte die deutsche Staffel in Uganda mit 10:12 verloren.

Weltmeisterschaften in Deutschland: Überraschend zweimal Gold für die Querfeldeinfahrer, Bronze für die Biathleten

● Zwei Weltmeisterschaften in der Bundesrepublik Deutschland. In Disziplinen, in denen offensichtlich auch der Heimvorteil etwas ausmacht: Titelkämpfe der Querfeldeinfahrer und der Biathleten. Das Ergebnis: Zwei Gold- und eine Silbermedaille für die Radfahrer, Bronze für die langlaufenden Schützen.

● Mike Kluge gewann bei den Amateuren, Klaus-Peter Thaler bei den Profis. Deutschland ist in diesem Jahr das Land, das die weltbesten Cross-Spezialisten auf dem Fahrrad stellt. Das Pikante: Als Thaler noch Bundestrainer der Amateure war, wollte er Kluge in seiner Auswahl nicht haben.

● Olympiasieger Peter Angerer schien auf seinem Trainingsgelände, dem Leistungszentrum in Ruhpolding, schon die Nerven verloren zu haben. Platz acht und zehn in den Einzeldisziplinen waren nur eine magere Ausbeute für ihn. In der Staffel aber rettete er Platz drei für die deutsche Mannschaft.

Thaler und Kluge – gemeinsam hatten sie nur Streit, alleine aber siegen sie

MARTIN GROHLEDER, **München**

Gemeinsam haben sie es nicht weit gebracht. Einzeln aber waren Mike Kluge (Berlin) und Klaus-Peter Thaler (Gevelsberg) nicht zu schlagen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundestrainer Thaler und dem Straßenfahrer Kluge endete im vergangenen Jahr mit einem Knall: Doch jetzt wurden beide Rad-Weltmeister im Querfeldein-Fahren: Der 22jährige Kluge am Samstag bei den Amateuren, der 35jährige Thaler gestern nachmittag bei den Profis. Komplettiert wird die deutsche Erfolgsbilanz durch den zweiten Platz von Jürgen Sprich (Wittnau) bei den Junioren und dem Gewinn der inoffiziellen Mannschaftswertung bei den Junioren.

Galt schon der erste Gewinn einer Goldmedaille nach neun Jahren durch Mike Kluge als große Überraschung, so sorgte Klaus-Peter Thaler mit seinem titel für den größten Triumph in der Geschichte des Bundes Deutscher Radfahrer. Die bislang letzten Goldmedaillen hatte 1973 und 1976 Klaus-Peter Thaler als Amateur geholt. Bei der WM in Birmingham vor zwei Jahren war er allerdings zurückgetreten, und wurde anschließend Bundestrainer der deutschen Radamateure. Doch seine kurze Amtszeit war von Mißerfolgen und Enttäuschungen durchsetzt. Nur weil das Arbeitsverhältnis im Herbst vorzeitig gelöst wurde, startete Thaler bei den Profis ein Comeback als Cross-Fahrer, das ihm mehr Glück brachte als das Trainer-Engagement.

Profitiert von Thalers Rücktritt hat aber auch der zweite deutsche Weltmeister Mike Kluge. Seine Geschichte als Rad-Weltmeister ist eng verknüpft mit der Geschichte des Bundestrainers Thaler. Bei klirrender Kälte und strahlender Sonne nahm er jetzt süße Rache an Thaler, der ihn vor Jahresfrist um die Olympiateilnahme gebracht hatte und wegen „Überheblichkeit und mangelnder Integrationsfähigkeit" aus dem Nationalkader verbannt hatte. Er würde seinen Sport nicht seriös betreiben und wäre abends in Diskotheken anzutreffen, statt früh ins Bett zu gehen, warf Thaler dem jungen Berliner vor, nachdem der mit einem 13. Platz bei der Weltmeisterschaft im niederländischen Boos seine Hoffnungen enttäuscht hatte.

„Diesen Vorwurf konnte ich nie verstehen und heute ist er mir erst recht unbegreiflich", konterte Mike Kluge nach seinem Sieg. Als neuer Weltmeister, mit einem Vorsprung von 26 Sekunden auf den ehemaligen Schweizer Junioren-Weltmeister Beat Schumacher, hatte er sich rehabilitiert und einen deutlichen Schlußpunkt unter die Auseinandersetzung mit dem inzwischen als Bundestrainer zurückgetretenen Thaler gesetzt. Thalers Nachfolger, der Hannoveraner Klaus Jördens, fand zu Mike Kluge sofort den richtigen Kontakt: „Man muß auf ihn eingehen. Er ist nicht schwierig, sondern gehört vielmehr einer Generation an, die offen ihre Meinung sagt. Außerdem ist bei ihm wichtig, daß das Umfeld stimmt." Jördens, 1974 selbst Deutscher Querfeldein-Meister, baute nach vielen Mißerfolgen in der jüngsten Vergangenheit innerhalb eines halben Jahres wieder eine schlagkräftige Mannschaft auf. Mike Kluge krönte die gemeinsamen Anstrengungen nun mit dem Weltmeistertitel. „Daran habe ich höchstens im Traum gedacht", konnte er sein Glück kaum fassen. „Ich wußte zwar, daß ich stark genug bin, vorne mitzufahren, aber den Weltmeister-Titel hatte ich eigentlich erst für das nächste Jahr angepeilt."

Doch gleich zu Beginn des Rennens merkte Mike Kluge, daß der Triumph schon in diesem Jahr möglich sei: „Es ist von Anfang an hervorragend gelaufen. Ich wußte, daß ich topfit an den Start gegangen bin. Das hat mir die nötige Selbstsicherheit gegeben, von Anfang an vorne voll mitzufahren. Ich habe dann zwischenzeitlich mal etwas das Tempo herausgenommen, aber nie das Gefühl gehabt, daß ich einbrechen könnte."



Völlig erschöpft und schmutzig, aber sehr glücklich: Mike Kluge, der neue Weltmeister, kurz nach der Zieldurchfahrt FOTO:AP

Auf dem mit Schnee und Eis bedeckten 3,4 km langen Rundkurs profitierte Mike Kluge von Stürzen der Konkurrenten, seinem großen fahrerischen Können und seiner schnellen Reaktion in einer entscheidenden Situation in der dritten Runde. Der 22jährige Schweizer Beat Schumacher war ihm davongezogen, stürzte aber am Anstieg zum Radstadion. Mike Kluge konnte nicht mehr ausweichen, stürzte ebenfalls, ließ sich jedoch nicht beeindrucken und fuhr reaktionsschnell weiter. Von da an setzte er sich beharrlich von dem Schweizer ab und baute seine Führung ständig aus.

Qual des Olympiasiegers. Erst in der Staffel war Angerer wieder er selbst

W. GÜNTHNER/sid, **Ruhpolding**

Ende gut, alles gut. Olympiasieger Peter Angerer hat sich zum Abschluß der Biathlon-Weltmeisterschaften in Rupolding zurückgemeldet. Mit einer großartigen Leistung legte er als dritter Läufer der 4 x 7,5-km-Staffel den Grundstein für den dritten Platz hinter der Sowjetunion und der „DDR". Angerer war als neunter ins Rennen gegangen, nachdem Startläufer Fritz Fischer zenwenger zeitweise auf Platz zwölf zurückgefallen war und Stefan Pichler danach mit einem Rückstand von 3:11,6 Minuten auf die führenden Sowjets wechselte. Aber Angerer war dann schon Dritter, als er Schlußläufer Fritz Fischer 18,6 Sekunden Vorsprung vor Norwegen mit auf den Weg gab. Eine Leistung, die auch über zehn Kilometer wohl zum Sieg gereicht hätten. Bleibt die Frage, was mit Angerer in den Einzelrennen passierte.



Letzter Wechsel zwischen Fritz Fischer und Peter Angerer, der mit einem tollen Lauf den Grundstein für die Bronzemedaille legte. FOTO:AP

Der Körper war willig, aber der Geist schwach. Peter Angerer scheiterte in den Einzel-Wettbewerben an seinen Nerven. Der Ruhm von Sarajewo, wo der Oberfeldwebel aus Hammer mit drei Medaillen dekoriert und damit erfolgreichster Olympiateilnehmer der Bundesrepublik Deutschland geworden war, belastete den 25jährigen so stark, daß er daran zerbrach. „Natürlich habe ich mir eine Medaillenchance ausgerechnet. Ich wäre auch schon mit Silber oder Bronze zufrieden gewesen. Aber die Leute doch nicht. Das ist das Schlimme", klagte Angerer. Die Leute – sie hatten es in seiner Heimat besonders gut mit ihm gemeint und damit gerade das Falsche bewirkt. Angerer war in aller Munde, jeder Wunsch wurde ihm von den Augen abgelesen, alle wollten für ihn nur das Beste tun. Peter hier, Peter dort – Angerer überall, so, als wäre er ein Stück von allen. Und der Olympiasieger spielte mit, blieb der natürliche, liebe Bursch, der weder Autogramme verweigert, noch Interviews. Angerer versteckte sich nicht, ließ sich bereitwillig herumreichen und mischte sich unter das Volk. „Für die Leute zählt nur Gold." Dieser Satz wurde zum Trauma für ihn.

Er redete sich ein, daß die WM ein „ganz normaler Wettkampf" sein würde. Doch der Wettbewerb zuhause, im eigenen Leistungszentrum, wurde zum schwersten seiner Karriere, weil nicht die Physis entscheidend war, sondern die Psyche. Und die konnte er mit seiner Kraft nicht besiegen. Der Druck, es den Leuten recht machen zu wollen errichtete eine Barriere, die dem sonst ungestümen Angerer den Weg auf den Thron des Weltmeisters versperrte. „Mein geistiger Züstand war schuld. Ich fand einfach keine Konzentration."

Viermal schoß er über 20 km, dreimal über zenh km daneben. „Na, dös darf nit passiern." Ratsuchend und hilflos zugleich wirkte Angerer, als er dies sagte. Läuferisch präsentierte er sich wie ein Weltmeister: Keine Spur von den Verletzungen, die ihm im Vorfeld geplagt hatten. Aber am Schießstand spürte er plötzlich die Sperre: „Mit Bronze sind die Leute nicht zufrieden. Das tut schon weh."

Jedes Wort im Publikum habe er vernommen. Das „Psst" der Fans, mit dem sie ihm Ruhe verschaffen wollten, die Freudenrufe, wenn er getroffen hatte, und die Schadenfreude, als einer seiner Konkurrenten das Ziel verfehlte. Anstrengend, besonders gut zielen, hieß für ihn die Konsequenz daraus – und schon war die Fahrkarte da.

Zehnter über 20 km, Achter über zehn km – das ist zweifellos ein Weltklasseergebnis. Obwohl die Medaillen ausblieben, gab es keine Kritik an Angerer, sondern Verständnis, Mitleid, Anteilnahme. Vielleicht, weil er alles getan und gegeben hatte, um zu gewinnen. Wie sollte man einem böse sein, der hinter dem Ziel zu Boden geht, ausgelaugt, fix und fertig. Er hat im Jahr nach seinem Olympia-Triumph keine Pause eingelegt, wie viele andere Goldmedaillengewinner. Er wurde auch nicht das Opfer seiner Popularität, sondern steigerte im Gegenteil sogar noch sein Pensum, lernte den Siitonen-Schritt und feierte wie gewohnt Weltcupsiege. Nur die Niederlage, die hatte er wohl nicht trainiert.

Umso befreiter war er am Samstagabend. „Jetzt ist der Druck weg." Aus dem flehenden und nach Hilfe suchenden Peter Angerer war wieder ein Strahlemann geworden. Die beste Voraussetzung für seinen gelösten Lauf in der Staffel, in der Angerer wieder er selbst war. Und schnell richtete er den Blick nach vorne: „Ich werde bis 1988 in Calgary weitermachen." Die Gerüchte über seinen Wechsel ins Lager der Speziallangläufer bezeichnet er als „Erfindungen" und meint: „Schmarrn."

Von Platz neun stürmte Marc Girardelli noch zum Triumph über Ingemar Stenmark

sid, **Kranjska Gora**

Ingemar Stenmark war ein guter Verlierer: Als erster streckte er im Zielraum von Kranjska Gora Marc Girardelli die Hand zur Gratulation entgegen, nachdem der für Luxemburg startende Österreicher (1:43,11) den ersten Erfolg des Schweden in diesem Winter und gleichzeitig dessen 80. Weltcupsieg mit einem Vorsprung von fünf Hundertstelsekunden verhindert hatte.

Während Florian Beck aus Gunzesried nach fünftbester Laufzeit im ersten Durchgang ausschied und der Sonthofener Frank Wörndl unter 20 plazierten Läufern auf Rang 16 (1:46,77) kam, wurde Girardelli in der jugoslawischen Ski-Station bereits als Sieger des Slalom-Weltcups gefeiert. Weltmeister Jonas Nilsson (Schweden) und Paul Frommelt (Liechtenstein) konnten, zeitgleich in 1:43,88 Minuten auf Rang drei liegend, in den spannendsten Slalom-Zweikampf der Saison nicht mehr eingreifen.

„Es tut mir leid, daß es ausgerechnet der Ingemar war, dem ich den Sieg vor der Nase wegschnappte", erklärte Girardelli. In einer Art und Weise, wie sie in der Vergangenheit nur sein Lehrmeister Stenmark beherrschte, rollte der für Luxemburg startende Österreicher das Feld von hinten auf und widerlegte all jene Kritiker, die Girardelli nach Rang drei (Riesenslalom) und Rang zwei (Slalom) bei den Weltmeisterschaften in Bormio schon in einer Formkrise wähnten. Mit absoluter Laufbestzeit fuhr der 21jährige aus Vorarlberg vor mehr als 10 000 Zuschauern im zweiten Durchgang vom neunten Rang noch zu seinem 14. Weltcup-Triumph.

Girardellis Ausnahmestellung im Slalom läßt sich nach Abschluß der Weltcup-Rennserie auf europäischem Boden am besten an Fakten festmachen: Fünf Mal kam er ins Ziel – fünf Mal siegte er. „Marc ist zur Zeit in jedem Rennen ein würdiger Sieger, denn er ist technisch der Konkurrenz enteilt", kam nach der Gratulation auch das erste Kompliment von Stenmark.

Der sieben Jahre ältere Schwede hat mit seinem Nachfolger in der Rolle des „Königs der Ski-Techniker" in der Vergangenheit viele gemeinsame Trainingslager absolviert. Zum zweiten Mal nach 1984 gewann Girardelli den Slalom-Weltcup.

NATIONALELF

Ohne Uwe Rahn und Meier nach Portugal

dpa, Frankfurt

„Jammern bringt nichts. Wer nicht gespielt hat, konnte sich wenigstens nicht verletzten." So kommentierte Franz Beckenbauer eine unerfreuliche Tatsache: Aus seiner ersten Elf, die am nächsten Sonntag (17.00 Uhr) das vorentscheidende WM-Qualifikationsspiel in Lissabon gegen Portugal bestreiten soll, spielten am Samstag nur zwei in der Bundesliga, nämlich Thon und Berthold. Die Absagen in Uerdingen und Leverkusen kamen dem DFB-Teamchef ungelegen. Seine Klagen über mangelnde Spielpraxis sind inzwischen aber der Vorfreude auf „normalen Rasen und gute Trainingsbedingungen" gewichen, die der Fußball-Nationalmannschaft ab Montag im Quartier an der portugiesischen Algarve-Küste zur Verfügung stehen.

Daß Hans-Peter Briegel heute morgen mit Kapitän Rummenigge zum Abflug nach Frankfurt anreist, war am gestern mittag unwahrscheinlich. Manager Manscetti von Hellas Verona erklärte Beckenbauer am Telefon, der Klub brauche Briegel am Mittwoch in einem Freundschaftsspiel und werde den Pfälzer erst am Donnerstag freigeben.

Trainer Horst Köppel meinte dazu: „Ein Witz! Verona weiß, daß Briegel laut Vertrag für uns in Portugal spielen muß. Wenn sie ihn also am nächsten Sonntag ersetzen müssen, können sie ihn auch im Freundschaftsspiel ersetzen." Genau dies sehen die Italiener aber anders. Briegel: „Ohne mich kriegen die weniger Geld für Freundschaftsspiele, und Geld ist hier wichtig. Ich gehe davon aus, daß ich erst am Donnerstag komme, und Franz Beckenbauer weiß das."

Um in den nächsten Tagen möglichst mit 18 Spielern trainieren zu können, nominierte er zusammen mit Horst Köppel den Gladbacher Michael Frontzeck fest für das A-Aufgebot. Am Sonntag mittag kam es dann knüppeldick, so daß sich das Duo nun mit 17 Spielern begnügen und in der ersten Wochenhälfte wahrscheinlich ohne Briegel nur mit 16 Akteuren auskommen muß. Nacheinander meldeten die Trainer Heynckes und Rehhagel den Ausfall ihrer Schützlinge Uwe Rahn und Norbert Meier. Rahn trat kurz vor Ende der Pokalpartie in Solingen in eine Platzmulde und erhielt am Sonntag morgen von Vereinsarzt Dr. Gerhards den Befund: Bänderdehnung oder Meniskusquetschung am rechten Knie, Trainingspause bis Mittwoch, danach eventuell Kniespiegelung.

Der Bremer Norbert Meier mußte gar absagen, ohne gespielt zu haben. Der Bremer Mittelfeldspieler, erstmals von Beckenbauer berufen, klagte beim Training am Sonntag morgen über Leistenbeschwerden, die er schon in den Tagen zuvor verspürte.

An der geplanten Aufstellung für Lissabon hat der Ausfall beider Mittelfeldspieler nichts geändert: Schumacher - Jakobs - Berthold, Förster, Briegel - Herget, Matthäus, Magath, Thon - Völler, Rummenigge. Außerdem zählen zum A-Kreis: Stein, Frontzeck, Falkenmayer, Kroth, Littbarski, Mill.

FUSSBALL / Skandal im Pokal – Borussia Dortmund rutscht nach Niederlage in Bielefeld ans Tabellenende der Bundesliga

Wildwest in Saarbrücken. Hat der Schiedsrichter kräftig zugeschlagen?

MARCUS BERG, Saarbrücken

„Nein, nein," sagte Werner Biskup gestern mittag, „wir haben immerhin eine Nacht über die Sache geschlafen. Niemand kann uns vorwerfen, unsere Reaktionen seien noch einer emotionsgeladenen Stimmung zuzuschreiben." Über eine Stunde hatte der Trainer von Hannover 96 mit seinem Präsidenten Fredo Henze telefoniert, dann waren die Standpunkte klar: Das 0:1 im Viertelfinale des DFB-Pokals beim 1. FC Saarbrücken wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Am Sieg des Zweitliga-Konkurrenten gebe es nichts zu deuteln, meinte Biskup („Ich wünsche ihnen sogar den Pokal"), doch in Saarbücken seien einige Dinge passiert, die man nicht auf sich beruhen lassen will. Biskup: „Wir möchten uns nichts gefallen lassen. Hundertprozentig rechnen wir uns nichts aus, aber wir wollen zeigen, daß man sich auch wehren darf."

Was der Verein unternimmt, wird sich heute erst auf einer Präsidiumssitzung entscheiden. Sicher aber ist dagegen: Zwei Hannoveraner Spieler werden jeweils eine private Klage anstreben. Fred Schaub geht gegen Jean-Santo Muntubila gerichtlich vor, der ihm drei Zähne ausgeschlagen hat. Und Bastian Hellberg wird eine Klage gegen den Schiedsrichter Manfred Uhlig einreichen. Damit findet das Skandalspiel von Saarbrücken eine Fortsetzung, nachdem es so geendet hatte: Faustschläge, Prügeleien, ein Platzverweis, Zuschauer, die unerlaubt den Platz stürmten, unsichere Schiedsrichter-Entscheidungen, ein gebrochenes Jochbein und, wie bereits erwähnt, drei herausgeschlagene Zähne. Bei diesem Durcheinander wurde dann zeitweise auch Fußball gespielt, als Michael Blättel in der 77. Minute immerhin ein Tor gelang, wodurch Saarbrücken erst einmal im Halbfinale steht.

Der Schiedsrichter Manfred Uhlig brachte die Gemüter in dieser hektischen Partie endgültig zum Erhitzen, als er Carsten Surmann, Mannschaftsführer von Hannover 96, nach einem Foul an Wolfgang Seel vom Platz stellte. Ereiferte sich Biskup: „Das war nie und nimmer ein Platzverweis." Bei dem danach entstandenen Durcheinander soll der Schiedsrichter Hannovers Libero Hellberg einen Faustschlag versetzt haben. Auch gestern blieb Hellweg bei der Darstellung: „Uhlig ging auf mich zu und hat mich mit der Faust unter dem linken Auge getroffen." Selbstverständlich bestritt Uhlig nach dem Spiel den Faustschlag: „Davon weiß ich nichts, ich bin mir keiner Schuld bewußt." Die Hannoveraner bemühten sich sogleich um die Fernsehaufzeichnungen des Spiels, um beim DFB ein



Drei Zähne verloren: Fred Schaub. FOTO: HARTUNG

Beweisstück vorlegen zu können. Präsident Henze: „Der Faustschlag war im Fernsehen zu sehen."

Absicht wollten die Hannoveraner dem Schiedsrichter aus Dortmund nicht unterstellen, nur dürfe so etwas eben nicht passieren. Werner Biskup: „Manfred Uhlig ist ein sehr, sehr guter Schiedsrichter, doch in Saarbrükcken hat er einen rabenschwarzen Tag gehabt. Ebenso seine Linienrichter, die nicht bemerkt haben, was hinter dem Rücken des Schiedsrichters alles passierte."

Denn auch diesen Vorgang, bei dem Fred Schaub drei Zähne verlor, will Manfred Uhlig nicht bemerkt haben. Auch zu diesem Ereignis gibt es unterschiedliche Darstellungen. Saarbrückens Torwart Carsten Hallmann sah es so: „Der Fred Schaub hat dem Muntubila ins verlängerte Hinterteil getreten. Der hat sich erschrocken und mit den Armen wild um sich geschlagen, dabei hat er Schaub wohl mitten ins Gesicht getroffen. Das war aber nur ein Reflex." Den Schlag spürte Fred Schaub schon, denn plötzlich waren drei Zähne weg, doch daran, daß er den schwarzen Mann aus Zaire getreten haben soll, kann er sich nicht erinnern. Noch um Mitternacht, direkt nach der Ankunft in Hannover, mußte Schaub ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Wildwestszenen wurden dann damit abgerundet, daß sich Saarbrückens Norbert Hönnscheidt nach einem Kopfballduell mit Franz Gerber das Jochbein brach. „Wir wollen wirklich nichts dramatisieren", meinte Werner Biskup, „der Sieg für Saarbrücken geht vollkommen in Ordnung. Doch es sind einige Dinge passiert, die nicht richtig und korrekt waren."

Schützenhilfe bekam der Trainer vom Kollegen Uwe Klimaschefski: „Wenn meinen Spielern das alles passiert wäre, hätte ich ihnen geraten, auf dem Platz liegen zu bleiben, um einen Spielabbruch zu erreichen." Der Trainer meinte damit den unhaltbaren Zustand, daß plötzlich mindestens 200 Leute im Innenraum des Stadions waren, die dort nichts zu suchen hatten. Der Vorwurf von Klimaschefski richtet sich gegen den eigenen Ordnungsdienst. Später nahm Uwe Klimaschefski diesen Vorfall zum Anlaß, um wieder einen von seinen markigen Sprüchen loszuwerden. Also meinte er: „Es wird Zeit, daß wir ins Endspiel kommen, denn dann wird der Ordnungsdienst nämlich durch den DFB geregelt."

Als Endspiel-Gegner wäre den Saarbrückern Bayern München am liebsten. Klimaschefski: „Dann könnten wir uns sogar eine Niederlage leisten. Denn wenn die Bayern Meister werden, wären wir als erster deutscher Zweitligaklub im Europapokal vertreten." Zukunftsmusik.

Ribbeck und sein Team flüchten nach Spanien

BERND WEBER, Dortmund

Borussia Dortmunds Trainer Erich Ribbeck machte gestern morgen einen langen und einsamen Spaziergang durch die Winterlandschaft in seinem Heimatort Frechen. „Ich wollte ganz allein sein", sagte der Trainer, „um das, was ich in Bielefeld erlebt habe, erst einmal in Ruhe zu verdauen und richtig zu analysieren." Die Bestandsaufnahme nach dem Marsch durch die Kälte fiel schließlich sogar noch einigermaßen freundlich aus. Ribbeck zur WELT: „Ich will nichts beschönigen. Die 0:3-Niederlage bei Arminia Bielefeld tut uns außerordentlich weh. Ich kann nicht in Abrede stellen, daß wir in der ersten Halbzeit eine Leistung geboten haben, die uns zum heißen Abstiegsanwärter stempelt. Nach dem Seitenwechsel aber haben wir uns gefangen und das Spiel klar beherrscht. Das wir am Ende dennoch leer ausgegangen sind, verdanken die Bielefelder in erster Linie ihrem Torwart Wolfgang Kneib, der souverän gehalten hat. Insgesamt aber werte ich die zweite Halbzeit eindeutig als Wechsel für eine bessere Dortmunder Zukunft. Wir steigen nicht ab."

Einerseits fällt es sicherlich schwer, solche Sätze nicht als die üblichen Durchhalteparolen abzutun. Andererseits wäre Ribbeck gewiß ein schlechter Trainer, wenn er seine Mannschaft vorzeitig aufgäbe. So sieht es auch Präsident Reinhard Rauball, der „die Augen vor der Realität, daß Borussia Tabellenletzter ist und das es der Mobilisierung äußerster Kräfte bedarf, um diese Situation zu meistern, nicht verschließen will". Rauball will aber ebenfalls erkannt haben, „daß genügend Substanz im Team ist, um den Klassenerhalt zu schaffen".

Moderate Töne also aus der Borussen-Vorstandsetage. Die allerdings werden mit Blickrichtung auf die Terminplanung erheblich schärfer. Rauball bezeichnete es im Gespräch mit der WELT als „Unding" („Da kann man fast schon von Wettbewerbsverzerrung sprechen"), daß die Dortmunder – das nächste Spiel mit eingeschlossen – viermal hintereinander auf des Gegners Platz anzutreten hätten: in Bremen, in Hamburg, jetzt in Bielefeld und in vierzehn Tagen in Mönchengladbach. Bei solch einem Programm, meinte der Präsident, müsse man 0:8 Punkte einkalkulieren. Könne man damit rechnen, daß die Mannschaft danach mit zwei oder drei Zählern Rückstand der Konkurrenz hinterherlaufe. „Es ist unsere Hauptaufgabe, unsere Spieler mit diesen Gegebenheiten vertraut zu machen und sie vor jeglicher Panikmache von außen zu bewahren."

Nicht zuletzt deshalb ist Ribbeck gestern mittag mit seiner Mannschaft ins spanische Estepona gereist. Bis zum Samstag wird sein Team dort ein Trainingslager beziehen. Die Kosten für die Reise, die bei rund 30 000 Mark liegen, kann der immer noch mit rund 3,5 Millionen Mark verschuldete Klub natürlich nicht selbst tragen. Sie werden in erster Linie durch Privatinitiative (angeblich soll sich da der frühere Präsident Frank Roring, der jetzt Mitglied des Wirtschaftsrates ist, stark engagiert haben) aufgebracht. Zwei Freundschaftsspiele vor Ort sollen auch noch etwas abwerfen. Ribbeck: „Mir kommt es in Estepona vor allem darauf an, Seelenmassage zu betreiben und den hochgradig verunsicherten Spielern in Einzelgesprächen neues Selbstvertrauen zu vermitteln." Bleibt freilich die Frage, inwieweit Ribbeck selbst überzeugend auftreten kann. Denn schließlich hatte er vor ein paar Tagen noch, nach der katastrophalen 0:5-Niederlage im Freundschaftsspiel beim Zweitligisten Union Solingen, öffentlich gemosert, es zeige sich immer deutlicher, welch schreckliches Erbe der entlassene Manager Hans-Dieter Tippenhauer hinterlassen habe. Als der Gescholtene den Trainer daraufhin anrief, um ihn zur Rede zu stellen, bezog er eine Abfuhr.

Erhebliche Zweifel an der Qualität der Dortmunder Mannschaft hat in letzter Zeit auch der ehemalige Nationaltorhüter Eike Immel gleich mehrfach geäußert. „Wir sind", so sagte er, „von Jahr zu Jahr personell schwächer geworden. Die Besetzung dieser Saison kann nicht einmal für sich in Anspruch nehmen, der Mannschaft des letzten Jahres leistungsmäßig gleichwertig zu sein." Und schon da hatte Borussia den Abstieg nur mit Mühe vermeiden können . . .

Karnevalsposse beendet. Harald Schumacher bleibt in Köln

DW. Bonn

Einen Tag bevor Harald Schumacher mit der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zum WM-Qualifikationsspiel nach Portugal reiste, konnte der Torwart seinen Vertrag mit dem 1. FC Köln endgültig unter Dach und Fach bringen.

Der Nationaltorwart unterschrieb einen Dreijahresvertrag mit einjähriger Option zu seinen Gunsten. Die Verhandlungen waren so schwierig, weil der 1. FC Köln in der nächsten Saison mit einem neuen Sportartikelhersteller zusammenarbeiten wird. Schumacher dagegen aber besitzt mit der alten Ausrüsterfirma einen längerfristigen Privatvertrag. Die Firma Puma hat zugestimmt, daß Schumacher auch künftig in adidas-Sachen spielen könne. Noch vor einer Woche auf der Karnevalssitzung des Klubs war es zum Eklat gekommen, als Schumacher sich nicht auf der Bühne mit dem Puma-Chef Armin Dassler und Kölns Präsident Peter Weiand präsentieren wollte.

Der Vorstand des 1. FC Köln wähnte sich der Sache aber sicher, weil schon vorher mit dem Berater Rüdiger Schmitz ein Vorvertrag unterzeichnet worden war. Darin hieß es, daß Schumacher sofort unterschreiben muß, wenn der 1. FC Köln die Angelegenheit mit Puma geregelt hat. Ralf Falkenmayer, ebenfalls ein Klient von Schmitz, hat mit Eintracht Frankfurt eine Einigung erzielt. Demnach wird der Nationalspieler auch in den beiden nächsten Jahren für die Frankfurter spielen.

*

Acht Begegnungen waren an diesem Wochenende im Pokal (Viertelfinale) und in der Bundesliga geplant, jedoch nur fünf konnten ausgetragen werden – der Winter setzt dem Fußball weiter zu. Nur zwei Spiele fanden im DFB-Pokal statt. Auf die Auslosung für das Halbfinale (Ostern) konnte deshalb verzichtet werden. Borussia Mönchengladbach erreichte durch ein 2:1 beim Zweitligaklub Union Solingen das Halbfinale, für das sich mit dem 1. FC Saarbrücken ein Zweitligaklub qualifizierte.

Die Auslosung der Halbfinalpaarungen wurde nun für den 16. März festgelegt. Termin für die ausgefallenen Spiele Bayer Uerdingen gegen Werder Bremen und Bayer Leverkusen gegen Bayern München ist der 12./13. März. Während sich Uerdingen und Bremen schon auf den 12. März geeinigt haben, steht eine neue Ansetzung zwischen Leverkusen und München noch aus. Neben dem 13. März ist der 26. März noch im Gespräch.

*

Beim 2:1-Erfolg von Mönchengladbach in Solingen wurde eigentlich weniger über das Spiel, dafür aber mehr über die schlechten Bodenverhältnisse gesprochen. Gladbachs Trainer Jupp Henyckes meinte: „Der Boden war nicht zum Fußballspielen angetan." DFB-Trainer Berti Vogts kritisierte: „Auf diesem Platz war Ski und Rodel gut, aber Fußball, nein danke, der war nicht möglich."

*

Die stärkste Auswärtsmannschaft der Bundesliga kämpft weiter gegen ihren Heimkomplex. Gegen Schalke 04 mußte der VfL Bochum vor 40 000 Zuschauern eine 0:1-Niederlage hinnehmen. Trainer Rolf Schafstall glaubt den Grund für die Heimschwäche erkannt zu haben: „Wir können kein Spiel machen, dazu habe ich nicht genügend Fußballspieler."

RALLYE

Der fünfte Sieg hintereinander für Ari Vatanen

sid dpa, Karlstadt

Peugeot dominiert die Rallye-Weltmeisterschaft 1985. Der überlegene Start-Ziel-Sieg des Finnen Ari Vatanen und seines nordirischen Beifahrers Terry Harryman auf einem Peugeot 205 Turbo war bereits der fünfte Erfolg des Teams in Serie. Das hat vor ihnen noch niemand geschafft.

Nach 1640 Kilometern und 29 Sonderprüfungen auf verschneiten Pisten lagen Vatanen/Harryman im Ziel in Karlstadt 1:49 Minuten vor den Weltmeistern Stig Blomqvist und Björn Cederberg (Schweden) auf Audi Sport Quattro. Der Regensburger Walter Röhrl und Christian Geistdörfer aus München fielen mit dem zweiten Werks-Audi auf der 21. Sonderprüfung an vierter Stelle liegend mit Motorschaden aus.

„Unser Auto ist wirklich unglaublich", meinte Vatanen nach dem Sieg, dem zweiten Ausländer-Erfolg bei der Schweden-Rallye überhaupt. Dagegen kam auch Titelverteidiger Stig Blomqvist nicht an. Obwohl der siebenmalige Gewinner dieser Rallye der einzige Fahrer war, der Vatanen wenigstens einige Male unter Druck setzen konnte, hatte er, wie er selbst eingestand, „nie eine reelle Siegchance".

Walter Röhrl setzt seine Hoffnungen jetzt auf die Rallye Portugal im März, für die er am Sonntag das Training aufnehmen will. „Das wird ein harter Kampf", meinte der Regensburger.

TENNIS

Navratilova: Geld für Äthiopien

sid/dpa, Delray Beach

Die Weltranglistenerste Martina Navratilova gewann den Damen-Wettbewerb des mit 1,8 Millionen Dollar dotierten Tennis-Turniers in Delray Beach in Florida. Im rein amerikanischen Finale bezwang sie die Zweite der Weltrangliste, Chris Lloyd-Evert, mit 6:2 und 6:4 und nahm damit Revanche für die Niederlage vom Januar. In Miami hatte Chris Lloyd-Evert mit demselben Resultat zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren gegen Martina Navratilova gewonnen.

Nach ihrem Erfolg zeigte sich die gebürtige Tschechoslowakin großzügig: die Hälfte ihres Preisgeldes von umgerechnet rund 370 000 Mark stiftete sie den Hungernden in Äthiopien. „Ich hatte den Willen zum Sieg", kommentierte Martina Navratilova ihr Spiel: „Ich habe richtig gut gespielt."

Chris Lloyd-Evert, die im Halbfinale die Heidelbergerin Steffi Graf aus dem Rennen geworfen hatte, nahm die Niederlage gelassen: „In diesem Jahr steht es 1:1. Diesmal war Martina besser."

Das Herren-Doppel gewannen der Südafrikaner Christo van Rensburg und der Amerikaner Paul Annacone mit 7:5, 7:5, 6:4 gegen die amerikanisch-australische Paarung Sherwood Stewart/Kim Warwick.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke. WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

LEICHTATHLETIK / Viele Überraschungen bei den deutschen Hallenmeisterschaften in Dortmund

Herle nach seinem Sieg über Wessinghage: „Ich mache in diesem Jahr alles, was mir Spaß macht"

CURT MORELL, Dortmund

„Eine Zeit von 7:47 habe ich mir vorgestellt", sagte Christoph Herle, während er sich am Rande der Bahn seinen Trainingsanzug überstreifte. In einem unbarmherzigen Temporennen hatte der 29 Jahre alte Waldkraiburger soeben seine Gegner im 3000-m-Finale der deutschen Hallenmeisterschaften zermürbt und mit 7:43,97 Minuten einen großartigen deutschen Hallenrekord aufgestellt. Damit ist Herle sogar besser als einst der legendäre Kenianer Henry Rono. Schneller war nur der Belgier Emiel Puttemans bei seinem Weltrekordlauf am 18. Februar 1973 in Berlin (7:39,2 Minuten).

Dabei sollte es eigentlich das Rennen des Thomas Wessinghage werden. Der Kölner Arzt hat sich gut von seinem Fußbruch im Olympiajahr erholt und war vor zwei Wochen erst deutschen Hallenrekord über 2000 m (5:02,20 Minuten) gelaufen, wobei er übrigens Christoph Herle schlug. Nun, im 3000-m-Endlauf in der Dortmunder Helmut-Körnig-Halle lief alles auf einen Sieg Wessinghages hinaus. Der spurtstarke Kölner ließ Herle zunächst das Tempo machen. Jeder tippte auf ein Spurtrennen von Wessinghage.

Doch vier Runden vor Schluß verschärfte Herle ungemein das Tempo, so daß selbst Wessinghage ihn ziehen lassen mußte. „Bei 2000 m merkte ich, daß Thomas nur zäh an mir blieb", analysierte Herle später sein Rennen, „da habe ich etwas angezogen und schnell einen kleinen Vorsprung hinausgelaufen. In der Halle ist es zudem ein psychologischer Vorteil, daß die Führung dann gleich eine halbe Runde ausmacht." Zwar lief Wessinghage mit 7:50,76 Minuten auch noch eine exzellente Zeit, doch hatte er an diesem Abend nicht die Spur einer Chance gegen den 10 000-m-Olympiafünften Herle.

„Das gute an der Halle ist", führte Christoph Herle weiter aus, „daß man ein Rennen auch von vorn laufen kann. Es ist kein Wind da, der stören könnte." Die Zielsetzungen im Jahre 1985 sind beim Meister und Vizemeister unterschiedlich: Herle betrachtet es als ein Zwischenjahr, Wessinghage als ein Jahr, in dem er im Hinblick auf die Leichtathletik-Europameisterschaft 1986 in Stuttgart wieder den internationalen Anschluß finden muß. Vielleicht ist es sogar ein Vorteil, wenn man wie Herle einmal keine richtige Zielsetzung hat. „Ich mache in diesem Jahr eben alles, was mir Spaß macht", sagte der Student der Architektur und Kunstgeschichte. Das heißt im Klartext: Der Waldkraiburger bestreitet in diesem Winter sowohl Crossläufe als auch Hallenrennen, er will im Sommer eine gute 10 000-m-Zeit laufen („Um 27:40 Minuten, das ist mein Ziel") und eventuell an den deutschen Marathonmeisterschaften teilnehmen. Mit all dem ist Herle so etwas wie ein Zehnkämpfer unter den Langstrekkenläufern.

Trotz dieser großartigen deutschen Bestleistung gibt Christoph Herle den Hallen-Europameisterschaften am ersten März-Wochenende in Piräus einen Korb. „Ich bereite mich lieber auf die Cross-Weltmeisterschaft am 24. März vor", sagte er. Denn: „Die Cross-WM ist für einen Langstreckler das größte Wintererreignis. Dort treten komischerweise auch alle Spitzenläufer an, obwohl es kein Geld gibt. Und man hat immer seine Chance, denn bei den unterschiedlichen Streckenbeschaffenheiten von Jahr zu Jahr ist eine Cross-WM das reinste Lotteriespiel mit der Creme de la crème des Langstreckenlaufs."

Mit einer Lachnummer hatte übrigens Erwin Skamrahl, der Europarekordler über 400 m, die Meisterschaften eröffnet. Wie Schwimmer Thomas Fahrner bei den Olympischen Spielen in Los Angeles über 400 m Freistil bummelte sich der Polizist aus Groß Ilsede aus dem 400-m-Finale. Skamrahl führte in seinem Vorlauf überlegen – hatte aber am Ende nur die fünftbeste Zeit. Die vier Schnellsten kamen in den Endlauf. Skamrahl verzichtete (im Gegensatz zu Fahrner in Los Angeles) auf den Start im B-Finale.

Von Überraschungen geprägt waren die ersten deutschen Leichtathletik-Meisterschaften nach den Olympischen Spielen in Los Angeles. Die erwartete Dominanz der Athleten aus Leverkusen, die wegen der aggressiven Anwerbepolitik des TSV Bayer vermutet worden war, blieb aus. Statt dessen machten viele Nachwuchsathleten mit beachtlichen Leistungssprüngen auf sich aufmerksam und auch die Ergebnisse einiger etablierter Leichtathleten gaben Anlaß für Zukunftshoffnungen. „Wir haben einige erfreuliche Durchbrüche erlebt. Zum Teil waren wir überrascht von diesen Steigerungen. Aber in einigen Disziplinen klaffen halt die erwarteten Lücken", resümierte Horst Blattgerste, der Leistungssport-Referent des Deutschen Leichtathletik-Verbandes. Eindeutige Aussagen zum Leistungsniveau im internationalen Vergleich und zu Zukunftsperspektiven sind allerdings anhand der Dortmunder Ergebnisse kaum möglich. Zu unterschiedlich war die Vorbereitung der Aktiven. Während sich einige gezielt auf die Hallensaison konzentrieren, aber ihre Leistungen bis zum Sommer kaum stabilisieren können, sehen andere Leichtathleten die Hallenkämpfe nur als Abwechslung zum Aufbautraining. „Ich bin überrascht. Eigentlich hätte ich in dieser Trainingsphase nur etwa 6,40 m springen dürfen", wunderte sich beispielsweise Siebenkämpferin Sabine Everts (Düsseldorf), die mit 6,67 m im Weitsprung Zweite wurde. Der Weitsprung der Frauen (die ersten vier erzielten Weiten zwischen 6,51 und 6,71 m) gehörte zu den herausragenden Wettbewerben. Ebenso wie die deutschen Bestleistungen über 60 m Hürden durch Ulrike Denk in 7,98 Sekunden, über 800 m durch Axel Harries in 1:46,41 Minute und über 3000 m durch Christoph Herle in sehr guten 7:42,97 Minuten.

Weitsprung über 7 Meter

sid/dpa, Bonn

Zwei Wochen vor den Hallen-Europameisterschaften in Athen (2./3. März) unterstrichen die Leichtathleten aus der UdSSR und der „DDR" ihre Titelansprüche. Bei den jeweiligen Landesmeisterschaften erzielten sie insgesamt drei Weltbestleistungen: Galina Tschistjakowa (UdSSR) durchbrach sechseinhalb Jahre nach dem ersten 7-m-Weitsprung der Frauen im Freien erneut die als Schallmauer bezeichnete 7-m-Marke und verbesserte die bisherige Hallen-Bestleistung der Weltmeisterin Heike Drechsler-Daute („DDR") gleich um 26 Zentimeter auf 7,25 m. In Senftenberg sprintete die 28jährige 200-m-Weltmeisterin Martina Koch („DDR") die 60-m-Strecke in 7,04 Sekunden und Vizeweltmeister Ulf Timmermann stieß die Kugel auf 22,15 m.

Weitere drei Weltbestleistungen wurden bei Hallensportfesten in San Diego und Genua aufgestellt. In San Diego fielen die Bestzeiten auf den selten gelaufenen Distanzen über 500 Yards und 880 Yards. Die dreimalige Olympiasiegerin Valerie Brisco-Hooks (USA) unterbot über 500 Yards die alte Bestzeit in 1:02,3 Minuten um eine volle Sekunde und Johnny Gray (USA) war über 880 Yards in 1:46,9 Minuten ebenfalls um eine Sekunde schneller als Randy Wilson, der bislang die Weltbestzeit hielt.

In Genua trug sich die Italienerin Giuliana Salce, die Siegerin der ersten Hallen-Weltspiele in Paris, erneut in die Siegerlisten ein, als sie die Bestzeit im Bahngehen über eine Meile auf 6:28,46 Minuten steigerte.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Erste englische Division, Nachholspiel: Chelsea – Newcastle 1:0. – **Pokal,** Achtelfinale: Blackburn – Manchester United 0:2, Everton – Telford 3:0, York – Liverpool 1:1. – **Internationales Jugend-Turnier „16"** in Faro/Portugal: Portugal – Schweden 0:1, Deutschland – Belgien 0:0. – **„DDR"-Oberliga,** 14. Spieltag: Frankfurt – Suhl 7:0, Jena – Dynamo Berlin 0:1, Erfurt – Rostock 1:0, Magdeburg – Brandenburg 0:0, Aue – Karl-Marx-Stadt 0:0, Chemie Leipzig – Dresden 0:0, Riesa – Lok Leipzig 0:0.

BASKETBALL

Bundesliga-Zwischenrunde. Herren, 5. Spieltag, Gruppe B: Bamberg – Gießen 83:73, Göttingen – Charlottenburg 85:74.

EISHOCKEY

Bundesliga, Play-Off-Runde, Viertelfinale: Rosenheim – Iserlohn 6:2, Köln – Düsseldorf 3:1, Mannheim – Schwenningen 9:1, Landshut – Kaufbeuren 4:3.

HANDBALL

IHF-Pokal, Frauen, Halbfinale, Hinspiel: Frankfurt/Oder – Lützellinden 25:10. – **Bundesliga,** Männer, 14. Spieltag: Dankersen – Großwallstadt 18:14, Hofweier – Gummersbach 22:28, Hüttenberg – Kiel 17:23, Weiche-Handewitt – Essen 20:20. – **Bundesliga,** Frauen, Nachholspiele: Gruppe Nord: List – Eilbeck 17:16, Kiel – Leverkusen 16:21, Jarplund-Weding – Oldenburg 15:24.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen: Ahlem – Rinteln 9:2.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren, 14. Spieltag, Gruppe Nord: Berlin – DHC Hannover 15:6, Großflottbek – Braunschweig 16:8, Leverkusen – Gladbach 8:9, SW Köln – RW Köln 5:4. – Gruppe Süd: Limburg – BW Köln 14:11, Mülheim – Heidelberg 14:10, Stuttgart – Frankenthal 9:7, München – Dürkheim 11:9. – **Damen,** Gruppe Nord: Brandenburg – Charlottenburg 12:4, UHC Hamburg – DHC Hannover 7:5, Klipper Hamburg – HC Hannover 10:9, Berlin – Braunschweig 10:7. – Gruppe Süd: Frankfurt – Hanau 7:3, Stuttgart – Düsseldorf 5:6, BW Köln – Raffelberg 4:3, Leverkusen – Frankenthal 19:2.

VOLLEYBALL

Europapokal der Pokalsieger, Herren, Endrunde in St. Nazaire/Frankreich: Hamburg – Moskau 1:3, Hamburg – Spartak Sofia 0:3. – **Europacup der Landesmeister,** Endrunde Herren in Brüssel: Zagreb – Sofia 3:1, Parma – Prag 3:1. – **Bundesliga,** Herren, 18. Spieltag: Gießen – Paderborn 0:3, München – Berlin 3:1, Friedrichshafen – Leverkusen 0:3, SSF Bonn – Passau wird mit 0:3 gewertet, da Bonn nicht antreten kann. – **DVV-Pokal,** Damen, 1. Hauptrunde: Saarbrücken – Rüsselsheim 0:3. – **Bundesliga,** Damen: Oythe – Rüsselsheim 1:3, Feuerbach – Stuttgart 2:3, Langenhorn – Schwerte 3:1, Münster – Lohhof 2:3.

RALLYE

35. Schweden-Rallye mit Start und Ziel in Karlstad, zweiter Lauf zur Fahrer- und Marken-WM, Endstand nach 1642 km und 29 Sonderprüfungen: 1. Vatanen/Harryman (Finnland/England) Peugeot 205 Turbo 4:38:49 Std., 2. Blomqvist/Cederberg (Schweden) Audi Sport Quattro 1:49 Min. zur., 3. Salonen/Harjanne (Finnland) Peugeot 205 Turbo 3:26 zur., 4. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden) Audi Sport Quattro 11:43 zur.

LEICHTATHLETIK

Deutsche Hallenmeisterschaft in Dortmund. Männer: 60 m: Haas (Fürth) 6,60; 200 m: Lübke (Leverkusen) 20,92; *400 m: Just (Kornwestheim) 46,10;* 800 m: Harries (Furtwangen) 1:46,41 (DLV-Rekord); 1500 m: Becker (Wolfsburg) 3:41,30; 3000 m: Herle (Waldkraiburg) 7:42,97 (DLV-Rekord); 60 m Hürden: Schoch (Kornwestheim) 7,84; 4x200 m: Leverkusen 1:24,17 (DLV-Rekord); 4x400 m: Groß Ilsede 3:08,60; 3x1000 m: Stuttgart 7:06,70; Hochsprung: Thränhardt (Köln) 2,27; Stabhoch: Schmidt (Zweibrücken) 5,40; Weit: Kessler (Wolfsburg) 7,78; Drei: Jaros (Düsseldorf) 16,74; Kugelstoßen: Gelhausen (Leverkusen) 19,64. – **Frauen:** 60 m: Thimm (Wattenscheid) 7,31; 200 m: Thimm 23,67; 400 m: Kinzel (Hamm) 51,76; 800 m: Bußmann (Hamm) 2:02,42; 1500 m: Kraus (Köln) 4:08,08; 60 m Hürden: Denk (Leverkusen) 7,98 (DLV-Rekord); 4x200 m: Hamm 1:34,14 (DLV-Rekord); Hochsprung: Redetzky (Kronshagen) 1,91; Weit: Feige (Leverkusen) 6,71; Kugelstoßen: Schmidt (Fürth) 17,55.

BIATHLON

WM in Ruhpolding, 10-km-Sprint: 1. Roetsch („DDR") 30:25,2 Min./1 Strafrunde, 2. Kvalfoss (Norwegen) 31:16,1/1, 3. Passler (Italien) 31:33,7/0, 4. Eder (Österreich) 31:39,1/0, 5. Welitschkov (Bulgarien) 31:45,0/0, 6. Fischer (Deutschland) 31:49,8/0, 7. Jacob („DDR") 31:51,9/1, 8. Angerer (Deutschland) 32:01,4/3, 9. Zingerle (Italien) 32:11,1/1, 10. Fritzenwenger (Deutschland) 32:11,3/1. – **4x7,5-km-Staffel:** 1. UdSSR 1:33:12,7 Std./2, 2. *„DDR" 1:34:57,5/0,* 3. *Deutschland* 1:35:44,9/2 (Fritzenwenger, Pichler, Angerer, Fischer), 4. Norwegen 1:37:04,8/1, 5. Schweden 1:37:38,8/0, 6. CSSR 1:37:47,1/0.

SKI ALPIN

Neunter Weltcup-Slalom, Herren in Kranjska Gora/Jugoslawien: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:43,11, 2. Stenmark 1:43,16, 3. Nilsson (beide Schweden) und Frommelt (Liechtenstein) beide 1:43,88, 5. Edalini (Italien) 1:44,11, 6. Heidegger 1:45,20, 7. Stangassinger (beide Österreich) 1:45,25, 8. Bouvet (Frankreich) 1:45,67, 9. Grigis (Italien) 1:45,69, 10. Vion (Frankreich) 1:45,82, ... 16. Wörndl (Deutschland) 1:46,77.

RAD

Querfeldein-WM in München, Amateure (50 Min. und eine Runde = 3,4 km): 1. Kluge (Deutschland) 1:04:37 Std., 2. Schumacher 0:26 Min. zur., 3. d'Arsie (beide Schweiz) 0:44, 4. Kloucek (CSSR) 0:34, 5. van Bakel (Holland) 0:55, 6. Hric (CSSR) 1:11, 7. Bono (Italien) 1:25, 8. Jaroszowski (Polen) 1:28, 9. Djernies (Dänemark) 1:39, 10. Hendriks (Holland) 1:50. – **Mannschaftswertung:** 1. Schweiz 19 Punkte, 2. CSSR 23, 3. Holand 27, 4. Deutschland 43, 5. Italien 45, 6. Polen 49.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 8, 11, 17, 19, 39, Zusatzzahl: 7. – **Spiel 77:** 2 2 7 2 2 0 6. (Ohne Gewähr).

SCHACH / London bewirbt sich um den neuen Titelkampf. WELT-Interview mit Viktor Kortschnoi

„Politische Behörden sind die Hauptschuldigen"

DW. Bonn

Die Erregung um den Abbruch der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und Herausforderer Garri Kasparow ist noch immer nicht abgeklungen. „Zum Schluß kam die reine Schiebung", schreibt die französische Zeitung „Le Matin". Inzwischen bemüht sich der britische Schach-Verband darum, die Neuauflage des Titelkampfes im September in London auszurichten. Auch Graz hat sich beworben. WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman, selbst Großmeister, sprach über die Gründe des Abbruchs mit Viktor Kortschnoi, der dreimal gegen Karpow um den Titel gespielt hat.

WELT: Der Wettkampf um die Weltmeisterschaft wurde ohne Resultat abgebrochen. Wer ist jetzt eigentlich Weltmeister?

Kortschnoi: Die einzige logische, den Regeln entsprechende Antwort lautet: Der neue Weltmeister heißt Garri Kasparow. Karpow hat den Wettkampf verloren, weil er ihn physisch und psychisch nicht durchstehen konnte. Wer unfähig ist, bis zum Schluß zu spielen, wer – vielleicht aus nackter Angst – bittet, ja direkt bettelt, hat verloren. Es kann keine Sonderregel für Leute geben, die zum Vorbild in einem politischen System hochstilisiert worden sind. Das, was in jedem Sport selbstverständlich ist, darf man im Schachspiel nicht ignorieren – sonst müßte man darauf verzichten, das Schachspiel als geistigen Sport zu bezeichnen. Die einzige gerechte Lösung wäre: Kasparow wird zum Weltmeister erklärt, Karpow bekommt das Recht auf eine Revanche – er darf also im September den Titel zurückgewinnen, nicht etwa seinen Titel verteidigen.

WELT: Der Präsident des Weltschachbundes hat keinen konkreten Grund für seine Entscheidung genannt, sondern sich hinter einer allgemeinen Formel versteckt. Wie würden Sie seine Entscheidung charakterisieren?

Kortschnoi: Ich habe gerade folgende Information erhalten: Campomanes soll zuerst eine andere Lösung vorgeschlagen haben. Nämlich, den Wettkampf bis zur 60. Partie fortzusetzen. Hätte die Partie dann immer noch 5:3 oder 5:4 gestanden, so hätte Karpow seinen Titel behalten, beim Stande von 5:5 hätte es einen neuen Wettkampf gegeben. Eigentlich wäre auch das eine Benachteiligung von Kasparow gewesen, aber er hätte einer solchen Lösung mit Sicherheit zugestimmt. Denn Karpow war psychisch völlig am Boden und die sowjetischen Behörden wollten ihn unbedingt retten. Deshalb übten sie – so lautet meine Information – massiven Druck auf Campomanes aus. Er hat sich schließlich gebeugt und damit die geltenden Regeln auf eine grobe Weise mißachtet.

WELT: Also ein Komplott zwischen dem Präsidenten des Weltschachbundes und der sowjetischen Schachföderation?

Kortschnoi: Genauer gesagt, zwischen Campomanes und den politischen Behörden der Sowjetunion, dies sind die Hauptschuldigen. Die Sowjets haben während dieser Weltmeisterschaft viele schlaue Züge gemacht, um ihr Ziel zu erreichen: Karpow sollte unbedingt Weltmeister bleiben. Das Finale dieses unsauberen Spiels ist geschickt und äußerst heuchlerisch. Alle sind angeblich dafür, daß weitergespielt wird. Campomanes wird als Sündenbock vorgeschoben – raffinierter geht es gar nicht! Wirklich: Die Hauptschuldigen sitzen im Kreml. Das vermindert jedoch nicht die Schuld von Campomanes. Die gesamte Schach-Welt und auch der Weltschachbund müssen diese Manipulationen der Sowjets scharf verurteilen und Campomanes eindeutig das Mißtrauen aussprechen.

WELT: Kann man jedoch nicht auch etwas anderes behaupten: Da die Veranstalter des Wettkampfes beweisbar manipulierten – vor allem damit, daß sie seinen Verlauf absichtlich verzögerten, um dem angeschlagenen Weltmeister eine Chance zur Erholung zu geben – müßte nicht jeder FIDE-Präsident den Wettkampf annullieren?

Kortschnoi: Die Art und Weise, wie man den Wettkampf in der Schlußphase verzögerte, war tatsächlich betrügerisch. Dazu noch eine Information, die ich erhalten habe: Den letzten Ruhetag nahm offiziell Kasparow, der dazu die allerwenigsten Gründe hatte. Er wurde dazu gezwungen, diesen Ruhetag zu nehmen. Aber es ist schon richtig: Der Wettkampf hätte gestoppt werden müssen. Aber mit einer klaren Begründung, die die Veranstalter als Schuldige bloßstellt. Und vor allem mit einer klaren Entscheidung. Zum Beispiel so: Der durch verschiedene Manipulationen begünstigte Weltmeister wird mit dem Verlust des Titels bestraft. Nur so wäre die Entscheidung von Campomanes vertretbar.

WELT: Sie haben schon immer Manipulationen der Sowjets bei Weltmeisterschaften scharf kritisiert. Aber Ihnen hat kaum jemand geglaubt. Ist der Eklat in Moskau nicht eine Genugtuung für Sie?

Kortschnoi: Es ist tatsächlich so, daß hier im Westen viele Menschen nicht glauben wollen, was man ihnen vom sowjetischen System erzählt. Jetzt zielten die Manipulationen nicht gegen einen Abtrünnigen, einen „Feind des Volkes", wie die dortige Ausdrucksweise heißt, sondern gegen einen hochbegabten jungen Sowjetbürger. Man wird hoffentlich endlich begreifen, wie es in Moskau aussieht.

WELT: Wird der neue Wettkampf regulär verlaufen?

Kortschnoi: Nur dann, wenn er außerhalb der Sowjetunion stattfindet. Die Weltöffentlichkeit muß auch in dieser Richtung Druck ausüben. Der junge Herausforderer muß die Chance bekommen, in normalen Verhältnissen, in einem zivilisierten Lande um die Weltmeisterschaft kämpfen zu können.

„Ich bin im Grunde ziemlich mittelmäßig" – Der Ex-Insterburger Karl Dall

Zur Besinnung bei den Wühlmäusen

Wissen Sie, warum der Fuchsberger mich nicht einlädt, und der Rosenthal und die alle nicht? Die haben Angst vor mir." Meint er das ernst, dieser Mann mit der zuweilen messerscharfen Zunge? Bei Karl Dall, dem 44jährigen Ostfriesen aus Leer, weiß man das nie genau. Der Ex-Insterburger mit der berühmten Lähmung im rechten Augenlid, die ihn nach Volkes Stimme zum Blödmann der Nation schon prädestiniert hätte, treibt seine Späße in der Tat mit gebührender Intelligenz und Ernsthaftigkeit. „Ich antworte, wie ich gefragt werde", sagt er auf die Frage, ob er „überhaupt anders" könne als auf seinen Blödeltourneen. Jetzt will er in Berlin bei den „Wühlmäusen" erst mal en suite spielen, „um ein bißchen zur Besinnung zu kommen".

Der Mann, der inzwischen eine alte ostfriesische Mühle und ein schönes, großes Hauses im Berliner Westend als Ausgangsbasis seiner Mobilität hat, kam zusammen mit Peter Ehlebracht Mitte der sechziger Jahre an die Spree („Exi-Dasein geprobt, ein schönes Leben"). Die beiden saßen im Publikum, als Ingo Insterburg, der dringend Geld brauchte, händeringend in der Pause herumlief und überlegte, wie eine allzu schnell verpuffte Liedermacher-Präsentation noch zu verlängern wäre: Dall erbot sich, „Operette zu singen".

So ungefähr habe sich Anno 67 die Geburt der Insterburg-Truppe vollzogen: Man war nichts, man hatte nichts und wurde doch „in Windeseile zum Geheimtip der Studenten".

Ob sich das denn mit dem verbissenen Oppositionsgeist der Jungakademiker gegen Kiesinger und Kissinger vertrug? „Es gab, Sie werden's kaum glauben, schon so etwas wie eine aufkommende Politmüdigkeit", sagt Dall, „Wir waren ein ersehntes Ventil, obschon wir von einigen als schwer politisch eingeschätzt wurden. Das waren wir aber beileibe nicht."

Der Ulrich Schamoni saß öfter im Parkett: Der Film „Quartett im Bett" wurde gemacht. „Der zeigt uns, wie wir 68 waren. Er ist so was wie ein Zeitdokument, obwohl er eigentlich

Quartett im Bett – ARD, 23.15 Uhr

im breiten Publikum ein Flop war. Ich bin gespannt auf die Reaktion, wenn er jetzt wieder läuft."

Das sei doch alles noch recht provisorisch gewesen, meint Dall. „Der Riesenboom kam dann 72 bis 74. Wir bekamen das eigentlich gar nicht so richtig mit. Es war alles wie ein Taumel. Plötzlich waren wir in die Grugahalle mit 30 000 Plätzen umgebucht, was für Kleinkunst doch eigentlich wirklich ein bißchen zu groß war. Wir hatten die Popularität einer riesigen Rockgruppe."



Der Berliner Kabarettist aus Ostfriesland: Karl Dall FOTO: DPA

Ein Management im üblichen Sinne gab es nicht, keinen „Apparat". Erarbeitet wurden diese Shows im Grunde „um Ingos Liedertexte herum. Er war unser musikalischer Kopf. Es wurde pausenlos improvisiert, und was ankam, blieb im Programm." „Wir wurden dann wieder bescheidener", resümiert er. Waalkes und Krüger kamen, wirkliche Feindschaften habe es nie gegeben.

Man trennte sich nach zehn Jahren, nicht auf Grund von Differenzen, sondern weil man sich auf sich selber besinnen wollte. Ehlebracht und Barz sind unter die Buchautoren gegangen: „So eine Gruppe spuckt nun mal nicht vier Solisten aus. Wir sind ja nicht die Beatles." Nur noch Ingo Insterburg betreibt eine Art Ein-Mann-Kabarett; er selbst erlebt zur Zeit einen wahren Dall-Boom, mit Tourneen, Funk, Fernsehen, Film und mit „Live"-Talkshows aus dem Hamburger „Logo" und aus Köln für RTL-TV ab 1985 mit zunächst 26 Sendungen.

Warum? „Ich paß' in keinen Karton, verstehen Sie. Das ist mein Markt. Wenn ich, sagen wir, für irgend was werben würde, würde mir das keiner abnehmen. Ich verkaufe nur mich selbst." Und wie? „Wissen Sie, in meiner Einmaligkeit bin ich im Grunde ziemlich mittelmäßig. Ich gebe den Leuten das Gefühl, auch zu können, was ich mache." Das schafft Identifikation, „das gehört zum Job, den ich ja doch irgendwo auch liebe."

Seine Familie, die Frau, eine Berlinerin, und die elfjährige Tochter, können damit leben. „Vor unserer Heirat habe ich meiner Frau gesagt, wie mein Leben aussieht." Sie war einverstanden.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Zu den eifrigsten Fernseh-Zaungästen in Europa gehören die Dänen. Im kleinen Königreich zwischen Nord- und Ostsee ist es gang und gäbe, auf die **TV-Kanäle der Nachbarländer** umzuschalten. Künftig aber wird die Freude an diesem Zusatz-Angebot nicht mehr ungetrübt sein: Die auswärtigen Lieferanten wollen auch ihre dänischen Zuschauer zur Kasse bitten.

Während andere europäische Länder bereits Absprachen über die gegenseitige Programm-Nutzung getroffen haben, war das „Anzapfen" der Nachbar-Angebote für Dänen bislang gratis. Und da das Interesse offenbar groß ist, sind die Programmspalten dänischer Zeitungen entsprechend reichlich gefüllt. Neben dem – bisher einzigen – Eigenprogramm aus Kopenhagen bieten sie Vorschauen auf die Fernsehkost von ARD, ZDF, Nord III, DDR 1 und 2 sowie Schweden 1 und 2.

Die Gebührenpflicht für den Empfang ausländischer Sendungen kann zwar nur durch einen Gesetzesbeschluß des Parlaments eingeführt werden; es gilt aber schon jetzt als sicher, daß eine Mehrheit der Politiker dieser Regelung zustimmt. Treffen wird die neue Belastung jene 1,1 Millionen Haushalte, die an Gemeinschaftsantennen mit mehr als 25 Benutzern angeschlossen sind.

Noch unklar ist zunächst die Höhe der Gebühren; sie hängt vom Ergebnis der Verhandlungen mit den ausländischen Gesellschaften ab. Gegenüber den deutschen Anbietern werden die dänischen Unterhändler vermutlich darauf hinweisen, daß ihr Land bereits bisher zu den Einnahmen der Anstalten beigetragen habe – *nämlich als zusätzlicher Markt für* das Werbefernsehen. Einige hunderttausend Zaungäste nördlich der Grenze dürften dem deutschen Werbe-Umsatz eher genützt als geschadet haben.

K. F.





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Samba-Taumel
Nur über ZDF:
10.50 Schußfahrt zwischen Pol und Palmen
11.20 Die Pyramide
12.05 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

11.05 Kölner Schull- un Veedelszög
Ausschnitte aus dem Umzug vom Vortag
Mit Jan Brügelmann und Manfred Hübner
12.00 Rosenmontag am Rhein
Aus Mainz (12.00): Mainz macht Spaß, wetten daß ...
Aus Düsseldorf (13.40): Mer make jet met
Aus Köln (15.20): Ene Besuch em Zoo
17.20 Anna, Ciro & Co.
Das Manuskript in der Flasche
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Karneval in Köln
Aufzeichnung der großen Prunksitzung des „Festkomitees des Kölner Karnevals von 1823 e.V." am 6. und 8. Februar im Gürzenich u.a. mit den Roten Funken, „et Rumpelstilzge", Claudia Engels, der „Blauen Partei", „de bläck fööss" und dem Kölner Dreigestirn
Anschl. Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner der ARD-Fernsehlotterie 1985
22.45 Tagesthemen
23.15 Das Nacht-Studio
Quartett im Bett
Deutscher Spielfilm (1968)
Mit den Jacob-Sisters und Insterburg & Co
Regie: Ulrich Schamoni
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
7. Folge: Wer soll das bezahlen?
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Flop-Show
Pappnase bereitlegen, Konfetti und Luftschlangen verpusten – so lautet das Motto, unter dem diese „Sendung mit mehreren Pannen" in die bundesdeutschen Wohnzimmer flimmert.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Der König ist Cowboy
Neuerdings verdienen sich Jody, Colt und Howie auf einem Rodeo ihren Lebensunterhalt. Als sie für die nächste Veranstaltung noch Pferde ausleihen müssen, stecken sie schon in einem neuen Abenteuer.
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Larven, Gschell und Narrensprung
Von der schwäbischen Fasnet in Rottweil berichtet Gerd Jauch
20.15 In der Hölle ist der Teufel los
Amerikanischer Spielfilm (1941)
Mit Ole Olsen, Chic Johnson u. a.
Regie: H. C. Potter
Anschl. Ratschlag für Kinogänger
„Ein Sonntag auf dem Lande"
von Bertrand Tavenier
21.45 heute-journal
22.05 Rockpop Music Hall
0.05 heute

III.

WEST

20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
Skiflugschanze Plancia
21.00 Das war Weiberfastnacht
21.45 Porträt des Tänzers Jan Minarik
22.15 Gaukler, Clowns und Pantomimen
23.20 Letzte Nachrichten

NORD

20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme
Der Bruder des Stars
Michael Rummenigge
21.00 Das Montagsthema
„Peking-Ente" in Hamburg
22.00 Gruselkabinett
Der ungebetene Gast
23.35 Nachrichten

HESSEN

20.00 ... daß Jahrtausende nicht sporlos vergehen
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
22.30 Wege zum Menschen

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Über Gipfeln, Wüsten, Wolkenkratzern
21.05 Klimbim
21.50 Wie gewonnen, so zerronnen
22.35 Rückblende
22.50 Jazz
Wilhelm Breuker Kollektief
0.05 Nachrichten

BAYERN

19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Geheimnisse des Gehirns
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Waltons
Das Lügenmädchen
15.00 Indian River
Onkel Raoul hat Geburtstag
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Der erste Schnee
17.00 Mondbasis Alpha 1
Die Teufelsmaschine
Ein geheimnisvolles Raumfahrzeug kreuzt den Weg von Alpha 1
18.00 Westlich von Santa Fe
Das Vermächtnis – Legacy
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Geschichten aus Shillingbury
Der Traum
Jake liegt krank im Bett und wird von Vikar Norris betreut. Fiebrig schläft er ein und träumt, daß in Shillingbury die Hauptstraße verbreitert werden soll. Das aber würde bedeuten, daß das Eckgeschäft von Marjorie Cavendish abgerissen werden muß.
19.30 Hardcastle and McCormick
Kid Calico, der Boxer
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Wenn Marie nur nicht so launisch wäre
Französischer Spielfilm (1970)
Mit Marthe Keller, Bert Convy u. a.
Regie: Philippe de Broca
Ein amerikanischer Millionär heiratet aus Übermut eine französische Dorfschönheit, die ihre Heimat indes nicht verlassen will. So kauft er kurzentschlossen das ganze Dorf auf und läßt es auf eine Insel im Schatten der Freiheitsstatue verfrachten. Doch die braven Franzosen meutern.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Jugend in der Bütt
Kinderkarneval der Mainzer Kleppergarde
19.00 heute
19.30 Sportreport
Mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Tom Jones – Zwischen Bett und Galgen
Englischer Spielfilm (1963)
mit Albert Finney, Susannah York, Hugh Griffith u. a.
Regie: Tony Richardson
23.50 3SAT-Nachrichten

Pankraz, die Linken und der stehende Geist

Seriös läßt sich nicht mehr darüber sprechen, aber als Karnevals-, als Rosenmontagsthema taugt sie vielleicht gerade noch: die Behauptung „Der Geist steht links!" Freilich haben auch Narren Schwierigkeiten bei der Beantwortung der Frage, welcher Geist denn da eigentlich „steht". Ist es der vornehmste, der schärfste Geist, der denkbar ist, der Geist der Philosophie? Das wird wohl kaum jemand behaupten können, denn seit über hundert Jahren hat sich die Linke selbst zur philosophischen Stagnation verurteilt, zum blinden Nachbeten des marxistischen Dogmas. Von den großen, wegelegenden Geistern der neuzeitlichen Philosophie, Nietzsche, Heidegger, Wittgenstein oder Max Weber, stand bestimmt keiner links, im Gegenteil.

Oder ist der Geist der forschenden Naturwissenschaft gemeint, der Geist der Poincaré und Einstein, Heisenberg und John von Neumann, der weltverändernd ins Rad der Zeiten griff? Das kann nicht sein, denn jahrzehntelang hat die Linke, von Stalin bis Brecht, die Theorien dieser Männer als Teufelswerk und Afterwissenschaft verketzert. Relativitätstheorie und Kybernetik wurden dort, wo Linke herrschten, behördlich verboten, und heute ist der ökologisch gestimmten Linken die Naturwissenschaft als Ganzes Anathema, Feind Nummer eins, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt.

Bliebe also der Geist von Kunst und Literatur, der Erfinder schöner, bunter „unentfremdeter" Gegenwelten. Hier haben die Linken tatsächlich so etwas wie eine Domäne, wenn man auch sagen muß, daß die größten Karats, die Richtungweiser und Paradigmen-Erfinder, bisher nicht links waren oder wenigstens schwer in linke Zusammenhänge einzuordnen sind. Es wirkt putzig, etwa Kafka oder Rilke, Joyce oder Hemingway, Gerhart Hauptmann oder Thomas Mann, Gottfried Benn oder Ezra Pound, Knut Hamsun oder Pirandello als Linke aufzäumen zu wollen.

Literarische Linke der klassischen Moderne traten – von ganz wenigen Ausnahmen wie Majakowskij oder Brecht abgesehen – immer im individualitätstötenden Pulk auf, als Richtung oder „Kampfgemeinschaft", als „Proletkult" oder „Sozialistischer Realismus", als „schreibende Arbeiter" oder „littérature engagée". Das geistige und formale Niveau war in der Regel erbärmlich, wofür allein schon der Gruppendruck sorgte, der auf den einzelnen Künstler ausgeübt wurde.

Gerade dieser Gruppendruck war es dann allerdings, der den Linken einen ganz unverhältnismäßig hohen Einfluß im sogenannten Kulturbetrieb verschaffte. Teils offen unter der Flagge des sogenannten „Gramscismus", teils verschleiert im Gewand der „antifaschistischen Volksfront" ging man daran, „die Höhen der Kultur zu erobern", will sagen: die Schaltstellen des Kulturbetriebs mit eigenen Leuten zu besetzen. In Lektoraten und Dramaturgien, Universitäts-Instituten und Akademie-Sektionen, in Preiskomitees und Stipendien-Vergabestellen machten sich immer mehr Linke breit, verbreiteten Seilschafts- und Korpsgeist-Denken, schotteten sich hermetisch gegen Andersdenkende ab, indoktrinierten Neuankömmlinge, entmutigten Manuskripteinsender und Stipendienbewerber, die nicht die „richtige Couleur" hatten.

Die Behauptung „Der Geist steht links" war von Anfang an keine Tatsachenbehauptung, sondern ein drohendes Postulat, hinter dem ein dickes Ausrufezeichen stand. „Der Geist steht links!" Das bedeutete für den literarischen Debütanten: „Wenn du dich nicht unserer Ideologie anbequemst, wirst du keine Chance erhalten hochzukommen."

Besonders wirkungsvoll war die Drohung, wenn sie in gleichsam „bürgerlicher" Verpackung einherkam, von einem scheinbar unabhängigen Kritiker in irgendeinem hochbürgerlichen Feuilleton geäußert wurde, der natürlich sehr wohl zur Clique dazugehörte und der die Formel in einen koketten Seufzer kleidete: „Der Geist steht nun einmal links." Das verschaffte den offen linken Kulturaufsehern dann die Möglichkeit, bedeutungsvoll den Zeigefinger zu heben und zu sagen: „Ja, wenn sogar der unabhängige Herr X in der hochbürgerlichen Zeitung Y einräumen *muß*, daß der Geist links steht, dann wird es schon stimmen." Und diese Feststellung war von Anfang an der Zweck des Manövers.

Die Herrschaft der linken Zensoren über den Kultur- (oder wenigstens Literatur-)Betrieb ist eine Katastrophe für die jeweilige Literatur. Denn die Zensoren können zwar niederhalten und entmutigen, aber sie können nicht selbst eine Literatur von einiger Bedeutung schaffen. So ziehen denn Langeweile und Konformismus in die Bücherwelt ein. Die Autoren gerieren sich entweder als forsche Kritiker ein und derselben Sache, die sich nicht verteidigen darf, oder sie flüchten in Unverbindlichkeit und Belanglosigkeit, in Nabelschau und geistiges Kleinrentnertum.

Lange kann so etwas nicht gutgehen, und so ist denn auch die Herrschafts- und Drohformel „Der Geist steht links!" schon wieder rapide auf dem Rückzug. In den angelsächsischen Ländern hat sie – abgesehen von kurzen Phasen, 1936 während des Spanienkriegs und 1968 während des Vietnamkriegs – ohnehin nie Fuß fassen können, in der hispanischen Welt ist sie – getrieben von Koryphäen wie Mario Paz oder Vargas Llosa – beinahe am Verschwinden. Im kommunistisch beherrschten Osteuropa gibt es faktisch keinen einzigen linken Intellektuellen mehr, und in Frankreich haben sie sich in einige rückwärtige Trutzburgen zurückgezogen. Selbst in Italien bröckelt der Korpsgeist.

Einzig die deutschen Narren haben noch kaum etwas bemerkt, und das ist nun wahrhaftig ein Karnevals- und Rosenmontagsthema. Wer die Narrheit am gründlichsten und konsequentesten betreibt, für den wird der Aschermittwoch am schlimmsten. In unserer Literatur ist sowieso schon seit langem nur noch Aschermittwoch.

Pankraz

Zürich: „Spelterini hebt ab" von Lukas B. Suter

Heißes Lied am Nordpol

Der blutjunge Schweizer Dramatiker Lukas B. Suter, auf dessen hohe Qualitäten wir gelegentlich der Uraufführung von „Schrebers Garten" frühzeitig hingewiesen haben – er erhielt bald darauf in Mülheim den Dramatikerpreis –, hat sehr schnell, vielleicht zu schnell ein zweites Stück geschrieben: „Spelterini hebt ab". Es war in Berlin eher verständnis- und lieblos uraufgeführt worden. Jetzt erlebt es im „Theater am Neumarkt" in Zürich seine, wie man in der Umgebung des Autors meint, „wahre" Uraufführung.

Spelterini ist, wie Schreber, eine historische Figur um die Jahrhundertwende, nicht so irre wie jene, aber doch größenwahnsinnig, der als professioneller Ballonfahrer die Welt, die er von oben sieht, zu beherrschen glaubt, und später, als er über Zeppelin und Flugzeug vergessen wird, leidet und seine Umgebung leiden macht.

Übrigens sind die historischen Gestalten in beiden Fällen nur Anlaß, auch der Spelterini ist eine Kunstfigur. Er und die anderen sagen viel Interessantes und oft auch Hochdichterisches. Und man spürt immer wieder die Handschrift des geborenen Dramatikers, obwohl stellenweise der Einfluß Thomas Bernhards oder Dürrenmatts, der von Botho Strauß und des absurden Theaters, aber auch Brechts V-Effekt spürbar wird.

Striche wären notwendig. Zu streichen wäre, daß der Held von der Gondel seines Ballons eine Arie aus dem „Fliegenden Holländer" vorträgt zur Begleitung eines in der Landschaft aufgestellten Klaviers. Oder die letzte Szene in der Umgebung des Nordpols, wo nichts passiert, was mit dem Stück zu tun hätte, außer daß ein splitternacktes, allerdings vorzüglich gebautes Mädchen auf einem Eisbären reitet und ein unsinniges Lied singt.

Eine völlig überflüssige Unart ist, daß das Stück nicht chronologisch vorgeht, sondern ständig zwischen 1913/14 und 1931 hin- und herpendelt, so daß wir das Mädchen, das später den Luftschiffer heiratet, nachdem wir sie schon als alternde Frau gesehen haben, wieder als junges Mädchen erleben. Das verwirrt.

Mehr noch verwirrt – Regie führt der Autor, und das sollte er nicht –, daß die Hauptfiguren Spelterini und Braut respektive Frau nicht von denselben Schauspielern gespielt werden, sondern daß die Paare von jeweils anderen Darstellern verkörpert werden, die jungen von anderen als die gealterten, während die jeweils übrig gebliebenen Randfiguren mimen müssen. Wer, der das Stück nicht gelesen hat, kennt sich da auf Anhieb schon aus? Aber mit nur vier Schauspielern plus Pianospielern auszukommen war eine fixe Idee Suters.

Auch die Personenregie ist problematisch. Sandra Markuś, das schöne (nackte) Mädchen, kann (auch wenn nicht nackt) nicht sprechen. Der alte Spelterini kann nur grölen, was stark auf die Nerven geht. Stark, weil präzis, einfach und klar, ist Peter Schweiger als junger Wolkenbeherrscher und in anderen Rollen. Nur Nikola Weisse, früher Schaubühne Berlin, als seine leidende Frau: herrlich, einsame Spitze, außerordentlich.

CURT RIESS

Was sich seit den Saturnalien geändert hat – Über Narrenkappen, Karnevals- und andere Masken

Bitte, laßt das Gesicht am Körper!

Zum Karneval gehört die Maske wie die Kappe zum Narren. Allerdings, auch die prächtigste Kappe macht noch keinen Narren, sie verbirgt die Narretei eher, verleiht einem Narren unter Umständen Glanz und Erlesenheit. Insofern haben Maske und Narrenkappe doch manches gemeinsam.

„Gleiche Brüder, gleiche Kappen" hieß das umstürzlerische Motto der römischen Saturnalien, in denen manche den Ursprung des heutigen Karnevals erkennen wollen. In den Saturnalien waren vorübergehend alle Standes- und Klassenunterschiede aufgehoben. Die bildschirmbekannten Funktionärskappen von heute sind dagegen eindeutig Rangabzeichen; insofern unterscheiden sie sich wieder sehr von den Masken, die Rangunterschiede einebnen.

So macht nicht in erster Linie die Narrenkappe den Karneval, sondern seit eh und je die Maske. Aber die Maske braucht den Karneval gar nicht; sie kommt sehr gut ohne ihn aus, jederzeit und in aller Welt. Sehr früh zum Beispiel ist sie im Theater heimisch geworden; und im Alltag ist sie unentbehrlich. Shakespeares Wort, die ganze Welt sei ein Theater, ist längst ein populärer Gemeinplatz, den der amerikanische Soziologe Erwing Goffmann zu einem umfänglichen Buch mit dem (deutschen) Titel „Wir alle spielen Theater" erweitert hat.

Schon vor Shakespeare gebrauchte Erasmus von Rotterdam ein ähnliches Bild für die gleiche Sache. „Was anderes ist nun das Leben als ein Schauspiel", schrieb er, „in dem jeder seine Maske vor das Gesicht nimmt, auftritt und seine Rolle spielt, bis der Leiter ihn abtreten heißt? Oft steckt er den gleichen in ganz verschiedene Kostüme: Wer noch eben den König in Purpur vorgestellt hatte, spielt jetzt den Sklaven im Lumpengewand. Alles ist Blendwerk, aber anders läßt diese Komödie sich nicht geben."

Was Erasmus noch mild als „Lebenskomödie" bezeichnete, nannte der Schweizer Gotthard Jedlicka, angeregt durch ein unbekanntes Gemälde, rundweg „Karneval ... und alles eine einzige Herberge zur Verkehrten Welt; das Kleid als Travestie – ob es Gesellschaftsanzug oder Karnevalskostüm sei. Der Mensch in diese Travestie versetzt und in ihr durchschaut: verkleidet-entkleidet, verhüllt-enthüllt, maskiert-demaskiert".



Die Maske ist stärker als die Narrenkappe: „Maskerade", Ölbild von Karl Hofer (1922), im Wallraf-Richartz-Museum Köln FOTO: DIE WELT

Womit wir wieder beim Karneval wären. In ihm spielt die Maske unverdrossen ihre prägende Rolle, obwohl ihr diese Rolle im Lauf der Zeit immer drastischer beschnitten und sie selber ihres eigentlichen Zaubers fast restlos beraubt wurde. Aber Paradoxien gehören nun einmal zu dem unerklärlichen Wesen des Karnevals; wie wäre sonst die Demaskierung nicht allemal sein Ende, sondern vielfach sein Höhepunkt?

Im Grunde paßt die Maske in die sogenannten „tollen Tage" wie die Faust aufs Auge. Masken sind ja zu allermeist alles andere als lustig, und gesellig sind sie schon gar nicht. Sie sind in der Regel unheimlich, furchterregend, schrecklich. Sie müssen es sein; denn es gehört zu ihren Aufgaben, Angst und Schrecken zu verbreiten, Dämonen abzuschrecken.

Zu den in dieser Hinsicht erfolgreichsten Masken zählte im Altertum die berühmte Maske der Medusa. Ihr Anblick war tödlich; und doch bietet sie uns das klassische Beispiel für die Verwandlung des Schrecklichen in Schönheit. Pallas Athene trug sie auf ihrem Schild. Mit Recht sei zu bewundern, heißt es in einer gelehrten Schrift aus dem vorigen Jahrhundert, „wie der alles verschönernde Geist der Griechen auch dieser uralten, greuelvollen Gestalt der Meduse ein Ideal hoher jungfräulicher Schönheit abzugewinnen verstand". Womöglich verbirgt sich in diesem Vorgang etwas von dem verführerischen Zauber vieler Masken, der von dem ursprünglichen, barbarischen Zauber, dem sie einst dienten, kaum noch etwas ahnen läßt.

Aber auch jene urtümlichen Masken, die von dem „verschönernden Geist" der griechischen Klassik unberührt blieben, gibt es noch, nicht nur in den Museen und bei exotischen Völkern. Auch in den alemannischen Ländern, in der Schweiz, in Tirol kommen sie in diesen Tagen wieder ans Licht, schreckliche, groteske Fratzen und Larven, die einen das Fürchten lehren. Freilich spürt man von dem alten Zauber kaum noch einen Hauch. Was einmal abschrekken sollte, ist zur Attraktion geworden. In den Museen und den sich immer häufiger ablösenden völkerkundlichen Ausstellungen erleben wir es nicht anders. Mühsam müssen wir uns Sinn und Funktion der Masken erklären lassen; sie teilen sich uns von selber nicht mehr mit. Unser ästhetisches Interesse an ihnen wäre ihren einstigen Schöpfern und Trägern völlig unverständlich.

Dieses Interesse wurde ohnehin erst spät, auf dem Umweg über die moderne Kunst, geweckt, vornehmlich durch Künstler der klassischen Moderne. Derain, Picasso, Braque, Modigliani, die Maler der Brücke und Nolde hatten exotische Masken in ihren Ateliers hängen, August Macke schrieb einen vielbeachteten Aufsatz darüber im „Blauen Reiter". Es ist bekannt, wie tief und weitreichend die Wirkung der Maske auf das Schaffen dieser Maler und Bildhauer war und sich auch in den folgenden Generationen bis heute fortsetzte.

Sinn und Funktion der Maske sind verschieden. Sie dienen vornehmlich dem Ahnen- und dem Totenkult, dem auch das Wort „Maske" entstammen soll. „Masca", so lautet eine Theorie, bedeutet die Masche, das Netz, in das man den Verstorbenen hüllte, um ihn am Wiederkommen zu hindern. Die Maske ist die älteste Form der Verfremdung. Sie verbirgt ihren Träger, verwandelt oder beschützt ihn. Als der Mensch aufhörte, sich mit der Maske zu identifizieren, als ihr religiöser, ihr kultischer, ihr irrationaler Zauber erlosch, diente sie ihm als Mittel zur Darstellung, zum Spiel, zum Versteck. Aus dem Ritual wurde das profane Schauspiel, das überall seine Bühne findet. Aber es hat sich dabei durchaus etwas von der alten Macht der Maske erhalten.

Es findet übrigens auch zunehmend wieder Identifikation statt, die Maskenträger verlieben sich gewissermaßen in ihre Maske, möchten gar nicht mehr in den Alltag zurück. Ja, wir alle müssen heute aufpassen, daß beim Abnehmen der Maske nicht passiert, wovor der Menschenkenner Georg Büchner so eindringlich gewarnt hat: daß unversehens unser Gesicht mit abgenommen wird.

EO PLUNIEN

Deutschland-Start auf der Berlinale: Francis F. Coppolas geglücktes Film-Comeback „Cotton Club"

Champagner, Charme und jede Menge Ganoven

Lange mußten die Fans auf sein Comeback warten. Seit dem finanziellen und künstlerischen Desaster seiner Vietnam-Saga „Apokalypse Now" (1979) war Francis Ford Coppola, der 45jährige, Oscar-gekrönte Regisseur des „Paten", von einer Pleite in die andere gestolpert. Die Teenager-Trilogie „Einer mit Herz", „Outsiders" und „Rumblefish" krönte seinen Mißerfolg. Jetzt endlich, mit dem „Cotton Club", der im Rahmen der Berlinale seine feierliche Deutschland-Premiere erlebt, scheint dem Meister der Sprung zurück ins Rampenlicht geglückt zu sein. Die Coppola-Fans jubeln.

Das bewährte Gespann der „Paten"-Filme – Drehbuchautor Mario Puzo, Produzent Bob Evans und Coppola selbst – hat hier erneut zusammengefunden. Die Harmonie zwischen ihnen ließ zwar zunächst einiges zu wünschen übrig, das Drehbuch wurde immer wieder umgeschrieben – im ganzen dreißigmal –, Schauspieler wurden umbesetzt, andere verließen das Set im Unfrieden. Der Etat, anfänglich auf 20 Mio. Dollar veranschlagt, belief sich schließlich auf 47 Millionen. Dennoch hat sich der Ärger am Ende gelohnt.

Der Film ist eine gekonnte Mischung aus großer Revue und Gangster-Ballade, eine Verbeugung vor den großen Harlem-Nachtklubs der 20er und frühen 30er Jahre, die damals der Treffpunkt der weißen Schickeria von New York waren. Da gab es *Small's Paradise* und den *Savoy Ballroom*, den *Lenox*- und den *Nestclub*, das *Lafayette*, das *Lincoln*- und das *Apollotheater*. Und natürlich den *Cotton Club* an der Lenox Avenue, Ecke 142. Straße, den Lady Mountbatten den „Aristokraten von Harlem" nannte – was nicht hinderte, das er im Besitz des New Yorker Gangstertums war.

Um 1928, dem Jahr, in dem der Film spielt, schaltete CBS Radio fast jeden Abend in den Club hinüber. Zu den Hausmusikern gehörten Jazzer wie Duke Ellington, Cab Calloway, Lena Horn und Bill „Bojangles" Robinson. Louis Armstrong, Fats Waller und Ella Fitzgerald hatten große Auftritte. Schwarze Künstler produzierten sich vor weißer Prominenz. Die Klientel war ausschließlich weiß, die Entertainer fast alle schwarz.

Der Film führt gleich mitten hinein in die nächtliche Glitzerwelt des Cotton Club. Herren im Frack und juwelenbehangene Damen lauschen verzückt Duke Ellingtons Band. Mit den feinen Absätzen ihrer Schühchen klappern die Damen den Rhythmus des „Cotton Club Stomp". Die fast weißhäutigen Chorus Girls zeigen eine Art Bananentanz à la Josephine Baker, während der Champagner, wie es immer so schön heißt, in Strömen fließt. Harlems Nightclubs kennen keine Prohibition.

Coppola erzählt keine durchgehende Geschichte. Es gibt mehrere Handlungsstränge, die mittels harter Schnitt-Technik miteinander verflochten und immer wieder von Revueszenen unterbrochen werden. *Zwei Männer vor allem, aufstrebende* junge Künstler, stehen im Brennpunkt des Geschehens: der weiße Trompeter Dixie (Richard Gere) und der schwarze Tänzer Sandman (Gregory Hines).

Dixie, der später als Schauspieler in Hollywood Karriere macht und in Gangsterrollen glänzt, verliebt sich in eine Sängerin (Diane Lane), die die Geliebte eines gefürchteten Ganoven ist. Für den jungen Trompeter eine gefährliche Liaison. Der Tänzer Sandman trickst seinen eigenen Bruder aus, um im Cotton Club zu reüssieren. Und er bestürmt die Star-Sängerin des Clubs, Lila Rose (Lonette McKee), die ein Abbild der jungen Lena Horn ist, ihn zu heiraten. Lila ist fast weiß und könnte ihre Rasse mühelos verleugnen. Aber sie entscheidet sich für den Schwarzen.

So gibt es, sarkastische Anspielung auf die Rassentrennung, ein weißes und ein schwarzes Happy-End. Ehe es soweit ist, werden die vier jungen Leute in schmutzigste Affären von Alkoholschmuggel und Glücksspiel verwickelt, die Cotton-Club-Chef Owney Madden, seine Rivalen Dutch Schultz, Lucky Luciano und andere Gangster-Größen auslösen. Immer wenn die Männer aus der Unterwelt in ihren Düsenbergs, Cadillacs und Rolls-Royce angerauscht kommen, geht es zwangsläufig etwas rauher zu. Im feinen Hinterzimmer des Cotton Club haucht ein Ganove beim Abendessen, von einem Kollegen mit dem Tranchiermesser traktiert, auf dem *kalten Buffet sein Leben aus*, während sein Blut an den Kronleuchter spritzt. Die übrigen Gauner läßt es kalt. Die Show geht weiter.

Coppolas Film ist ein Feuerwerk an Ideen und prächtigen Tableaus, ein Fest für die Sinne. Und doch weckt er im Zuschauer auch gemischte Gefühle, denn er ist keineswegs aus einem Guß. Gewiß, Coppola hat weitgehend zu seinem großen Stil zurückgefunden, beherrscht die Kunst der Inszenierung meisterlich wie in alten Zeiten. Aber seine jungen Helden und ihre Liebesgeschichten bleiben merkwürdig blaß und unterkühlt. Und das Schicksal von Dixies und Sandmans Familie, das kurz angerissen wird, steht recht willkürlich im Raum.

Prall und voller Leben sind dagegen jene Szenen geraten, in denen die Gangster – allesamt herrlich-verschrobene Typen – miteinander abrechnen. Und grandios die Revuenummern, auf die Coppola offensichtlich am meisten Mühe verwandt hat. Es sind alles alte Cotton-Club-Produktionen, von denen man leider keine ganz, sondern immer nur im Ausschnitt zu sehen bekommt. Aber in diesen Momenten entfaltet der Film einen geradezu verführerischen Charme. Die besten jungen schwarzen Jazz-Musiker der 80er Jahre hat Coppola engagiert, um das Flair der Golden Twenties, die Nächte unter dem Harlem-Mond, wieder hervorzuzaubern. Das ist ihm auch gelungen.

DORIS BLUM

Spiel mit dem Raum: „Sprachfigur" von Robert Hudson FOTO: KATALOG

Kunsthalle Mannheim: Zwölf Bildhauer in der „California Sculpture Show"

Die Farbe hat die Plastik wieder

Auch bei der Bildhauerei gibt es auffällige Unterschiede zwischen den amerikanischen Künstlern der Ost- und Westküste. Das macht die „California Sculpture Show" in der Mannheimer Kunsthalle mit den Werken von zwölf Künstlern bewußt. Zwar orientieren sich die meisten am Konstruktivismus (ursprünglich russischer Machart), doch unterscheidet man sich grundlegend vom Osten durch die farbige Behandlung der Objekte. Außerdem gibt es eine Reihe von quasi realistischen Arbeiten, die von der menschlichen Figur ausgehen.

1930 in Benicia/Cal. geboren und einer der einflußreichsten Bildhauer der Westküste, Robert Arneson, begann zwar mit dem abstrakten Expressionismus, näherte sich jedoch bald mit seinen Porträts und Selbstporträts einem humorvoll-sarkastischen Realismus. Damit ist er neben dem ebenfalls 1930 geborenen und in Benicia residierenden Manuel Neri die Ausnahme unter den sonst konstruktivistisch arbeitenden Skulptoren des Westens. Neri verbindet mit anderen Kaliforniern die Tendenz zur Farbe in der Plastik. Seine Arbeiten sind voller Phantasie und Energie, obwohl sie oft den Verfall zu demonstrieren scheinen.

Unter den Jüngeren fällt der 1946 geborene Charles Arnoldi mit seinem eindrucksvollen „Nor marble nor gilded monument" (1982) auf. Mit seinen Verstrebungen von Stäben und Rohren verschiedenen Querschnitts scheint es eher eine in den Raum projizierte Graphik als eine traditionelle Skulptur – und sei sie abstrakt und aus Stahl – zu sein.

Monumentale Aspekte, die von vornherein den landschaftlichen Raum in die plastische Dimension einbeziehen, eröffnet dagegen Bruce Beasley, 1939 geboren, mit seiner aus sechseckigen und dreieckigen Platten zusammengesetzten Hohlplastik „Artemon" (488 x 975 x 305 cm), die sich wie ein gewaltiges Tier in die Landschaft stemmt und die Weiten der Gebirgslandschaft herausfordert. Auch der 1931 geborene Fletcher Benton deutet mit seiner bemalten Stahlplastik „Balanced/Unbalanced Wheels" von 1982 (914 x 853 x 213 cm) ein den Europäern fremdes ausgreifenderes Lebensgefühl an. Dabei übernimmt hier wie auch bei Tom Hollands Objekt „Norton" die Farbe eine besondere Funktion in der eigenartigen Verknüpfung von Konstruktion und Expressivität.

Diese mächtigen und lebensfreudigen Skulpturen lassen so über die bloß ästhetische Dimension hinaus ein neues Daseinsgefühl spüren, das wir beachten sollten (bis 10. 3.; Kat. 35 Mark).

HERBERT ALBRECHT

JOURNAL

Mit der Reflektoskopie gegen Bilderfälschungen

MvZ. Venedig

Venedigs Denkmalspflege präsentierte vor Fachleuten und Presse einen mit der Firma Olivetti erarbeiteten Apparat, mit dem man Entstehungsphasen, Veränderungen und Fälschungen alter Bilder an Ort und Stelle untersuchen kann. Die „Reflektoskopie" genannte Erfindung, die den bisher perfektesten Bildertest, die Reflektographie mit Infrarotstrahlen, mit einem Computer steuert, wird im März auf der Weltmesse der Wissenschaft und Technologie in Tsukuba bei Tokio der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

André Presser wird Berliner Ballett-Dirigent

dpa. Berlin

Die Deutsche Oper Berlin hat den niederländischen Ballett-Spezialisten André Presser als ständigen Ballett-Dirigenten verpflichtet. Presser hatte an der Deutschen Oper unter anderem schon „Schwanensee" und „Giselle" dirigiert und wird das Ballett auch auf einer Tournee in der Bundesrepublik Anfang März begleiten. Kürzlich hatte Primaballerina Eva Evdokimova öffentlich die Qualität der Ballettarbeit an der Berliner Oper bemängelt und „bessere Ballett-Dirigenten" gefordert.

Polens Kirche als Kulturmäzen

J. G. G. Warschau

Den Empfehlungen des Papstes folgend, will sich die Kirche Polens noch mehr als Kulturmäzen und als Pendant zur Staats-Kulturpolitik betätigen, berichtet die Jesuitenzeitschrift „Przeglad Powszecny" (London). In diesem Sinne seien eine „Künstler-Seelsorge" landesweit sowie „Referate der christlichen Kultur", ferner Kunst- und Kirchenbaukommissionen bei der Polnischen Bischofskonferenz gegründet worden. Demnächst will die Kirche auch Filmprojekte fördern. Als „jugendnahe Renner" erwies sich die Förderung des „Sacro-Songs".

Orchester der Scala in den Streik getreten

AP, Mailand

Ein Streik des Orchesters der Mailänder Scala führt zur Absetzung zweier Vorstellungen des Werks „Atem" von Franco Donatoni am vergangenen Sonntag und am morgigen Dienstag. Das Orchester will mit der Arbeitsniederlegung an diesen zwei Abenden gegen den Abbruch der Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag protestieren. Es entschuldigte sich beim Publikum für den Ausfall der Aufführungen, kündigte aber ähnliche Schritte für die nahe Zukunft an, falls nicht bald eine Vereinbarung der Tarifpartner erreicht werde.

Textband „Tschechische Kunst" erschienen

epl. Darmstadt

Erst nach Beendigung der Ausstellung „Tschechische Kunst 1878–1914" auf der Darmstädter Mathildenhöhe (s. WELT v. 8. 1. 85) ist jetzt der Textband des Kataloges erschienen. Der 200 Seiten starke, reich bebilderte Band gibt mit monographischen Essays über die wichtigsten Künstler eine instruktive Darstellung der Entwicklung der tschechischen Kunst „auf dem Weg in die Moderne". Der Band kostet broschiert 20, gebunden 25 Mark. Beide Bände sind broschiert für 50, gebunden für 60 Mark zu haben.

Die englische Kunst der Buchillustration

DW. Wolfenbüttel

Was den Deutschen Chodowiecki, Hosemann oder Menzel sind, sind den Briten Flaxman, Blake, Rowlandson, Crane, Beardsley und andere. Sie alle haben die Buchillustration ihres Landes vom späten 18. bis ins 20. Jahrhundert geprägt. Einen Überblick über die britische „Art of Illustration" gibt die Sammlung Ulrich von Kritter, die jetzt der Wolfenbütteler Herzog August Bibliothek gestiftet wurde. Als Dank arrangierte die Bibliothek eine Ausstellung (bis 21. April) und erarbeitete einen wissenschaftlichen und zugleich sehr anschaulichen Katalog (25 Mark) der Sammlung.

Florenz will 1986 „Kulturmetropole" sein

AFP, Florenz

Um die Nachfolge Athens als Veranstaltungsort des europäischen Kulturfestivals und damit als Kulturmetropole des Kontinents will sich Florenz für 1986 bewerben. Als Argumentationshilfe führt das Florentiner Fremdenverkehrsamt an, daß die 470 000 Einwohner zählende Stadt 57 Museen habe, die jährlich von sechs Millionen Menschen besichtigt würden. Hinzu kommen europäische Aktivitäten wie die 1975 eröffnete Europa-Universität, die EG-Archive, die in der Villa Poggiolo eingerichtet werden sollen, und die geplante europäische Journalistenschule für audiovisuelle Medien.

Schutzpatronin für verzweifelte Eltern

Marianne von Weizsäcker widmet sich dem Drogenproblem

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Marianne von Weizsäcker, die Frau des Bundespräsidenten, wird sich intensiv um die Bekämpfung der Drogensucht bei Jugendlichen kümmern – als Schirmherrin des „Bundesverbandes der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher". In Deutschland gibt es schon mehr als hundert dieser Kreise, dessen erster vor 15 Jahren in Bonn gegründet wurde.

Ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet diese Organisation, als ihre Gründer – Frau Else Meyer und ihr Mann – von Weizsäckers Amtsvorgänger, Bundespräsident Karl Carstens, im Rahmen einer Auszeichnungs-Einladung für engagierte Bürger empfangen wurden. Seither und seit Frau Meyer mit einem Buch „Eltern im Drogenproblem" (Fischer Taschenbuch Verlag) hervortrat, ist der Bonner Kreis zum Vorbild immer neuer Gründungen geworden. „Im letzten Jahr habe ich rund 3000 Mark für Porto aufwenden müssen, um allen Anfragen gerecht zu werden", sagt Frau Meyer, deren Mann einen papierverarbeitenden Betrieb besitzt.

Der schreckliche Kampf um den drogenabhängigen Sohn, der inzwischen längst „clean" und ein tüchtiger Kaufmann geworden ist, hat vor 15 Jahren den Anstoß zu dieser segensreichen Arbeit gegeben. Seither geben die Meyers ihre Erfahrungen weiter – mitsamt einer Liste der unbedingt zu vermeidenden Hauptfehler.

Hoffnung für viele Eltern: Marianne v. Weizsäcker FOTO: DPA

Wie aktuell das Anliegen der „Elterngruppen" ist, wird durch neueste Berichte aus den USA offenkundig. In der Februar-Ausgabe des Millionenblattes „National Geographic" heißt es in einem Drogen-Report: „Jahrelang war es in den USA üblich, von einer Drogen-Subkultur zu sprechen. Ein neuer Bericht von elf Regierungsämtern macht deutlich, daß wir die Vorsilbe ‚Sub' wegfallen lassen können. Wir sind eine Drogen-Kultur."

„National Geographic" untermauert die Behauptung mit Zahlen aus dem letzten statistisch voll erfaßten Jahr 1983, in dem nach Schätzungen 30 Milliarden Marihuana-„Joints" im Land geraucht wurden, „125 für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in der Nation", rund 120 000 (amerikanische) Pfund Kokain verbraucht wurden und 9000 Pfund Heroin, die zur Herstellung von 140 Millionen „Hits" gut waren.

Da solche furchterregenden Zahlen das allgemeine Anwachsen des Drogenmarktes signalisieren, ist es das Bestreben der „Elternkreise", aus leidvoller Erfahrung Fehler schon bei der Prophylaxe abzustellen.

Dazu gehört die Forderung, die Else Meyer so formuliert: „Die 13- bis 16jährigen werden mit einer Flut von Informationen überschüttet, die ihnen ‚jugendgerecht' und ‚eingängig' aufzeigen, wie Drogen aussehen, wo sie zu bekommen sind, wie sie dosiert werden müssen." Hinzu kämen noch „Selbsterfahrungsberichte" in Romanform von „kaputten Typen". Frau Meyer: „Welcher Jugendliche wünscht sich nicht mal, der Welt der Erwachsenen so richtig ins Gesicht zu schlagen, wie diese ‚kaputten Typen', die dadurch eher zu nachahmenswerten Idolen werden?"

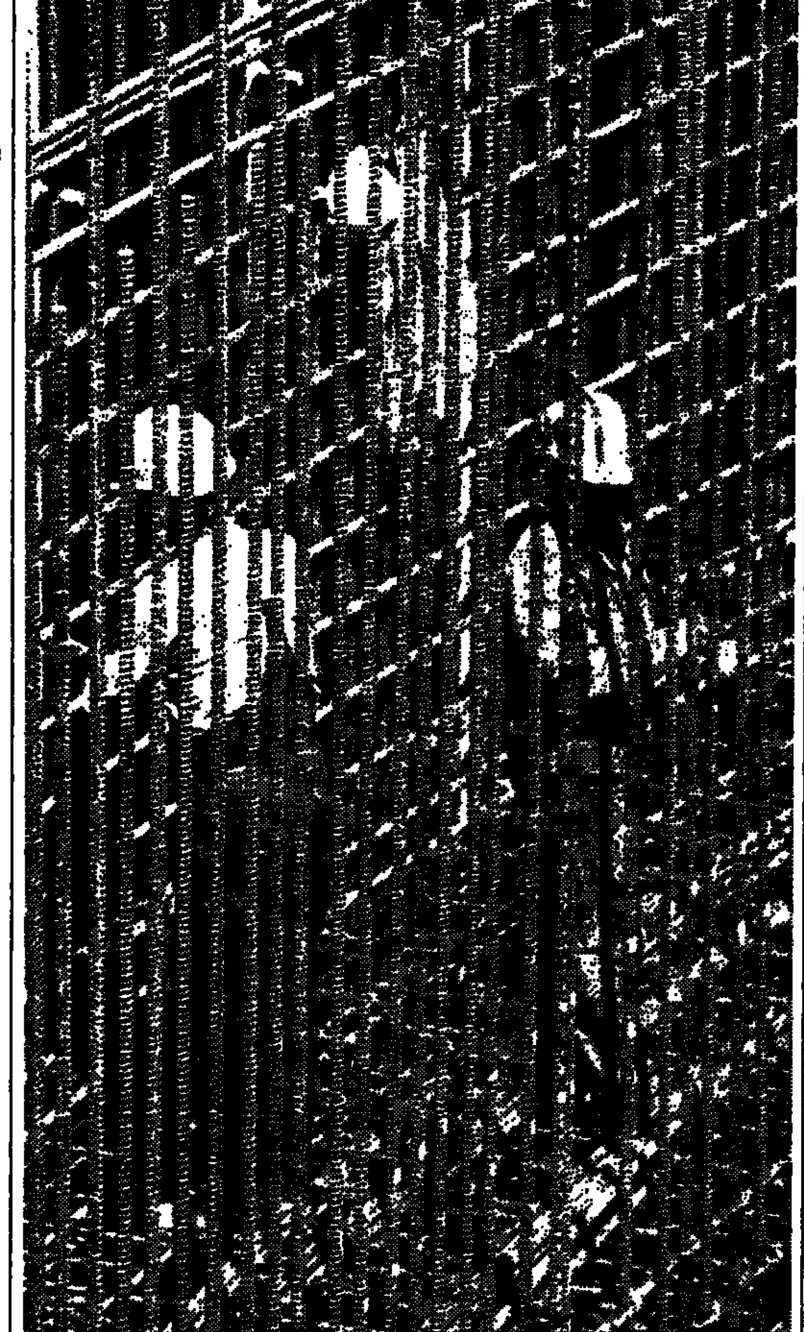
Von den anfänglichen Großveranstaltungen und der „sogenannten Drogenaufklärung" rücke man immer mehr ab. Auch die zur Prophylaxe eingesetzten „Drogenlehrer" an den Schulen stünden auf verlorenem Posten – es gehe vielmehr um die „konzertierte Aktion" möglichst vieler Fachlehrer, die Auffälligkeiten bei Schülern registrieren könnten.

Haschischkonsumenten (fast 90 Prozent aller Drogenkarrieren beginnen hier) zeigen zunehmende Rastlosigkeit, exaltiertes Mitteilungsbedürfnis mit auffällig gesteigerter Beredsamkeit. Realitätsverlust tritt erst nach sechs bis acht Monaten Konsum ein.

Die „Elternkreise" schlagen den Schulen vor, für erkannte Drogenkonsumenten „vorläufige Beurlaubungen" auszusprechen, da es für die Betroffenen keinen Grund geben könne, aufzuhören, „solange sie Konsum und Schule haben können". Erst eine ärztliche Bescheinigung der Drogenfreiheit soll den weiteren Schulbesuch ermöglichen.

Die Elternarbeit zu Hause aber soll und muß, da ist Frau Meyer konsequent, in einem Rhythmus ablaufen, der Elternliebe auf die höchste Probe stellt. Denn nicht dann, wenn Söhne oder Töchter unter Drogeneinfluß stehen, also tolerant und gesprächig sind, soll die Beeinflussungstherapie einsetzen, sondern wenn sie „bösartig-provokativ-aggressiv" sind, weil kein „Stoff" verfügbar ist.

Wenn die Frau des Bundespräsidenten ihr Amt aufnimmt, wird sie selbst einen alten Vorwurf überprüfen können. Die „Helferszene", so auch Frau Meyer, sei häufig viel zu jung und ohne Lebenserfahrung. Außerdem hätten viele Helfer einschlägige Erfahrungen und seien, wenn inzwischen auch „trocken", noch viel zu sehr von der durch Drogen erreichbaren „höheren Bewußtseinsebene" überzeugt.



Hinter Gittern...

(allerdings nicht im strafrechtlichen Sinn): Bauarbeiter des Kernkraftwerkes Brokdorf FOTO: BAUM/DPA

Am streitbaren Bischof scheiden sich die Geister

Der „Ketzer von Durham" und die Anglikanische Kirche

SIEGFRIED HELM, **London**

Es ist noch nicht lange her, da machte die Kirche mit ihren Ketzern kurzen Prozeß. Da konnten Häretiker von Glück reden, wenn man sie nur in die Wüste schickte. Inzwischen hat sich im Umgang der Kirche mit ihren schwarzen Schafen einiges geändert. Das zeigte wie in einem Lehrstück die jüngste Generalsynode der anglikanischen Staatskirche, auf der Englands prominentester „Ketzer", David Jenkins (59), im vorigen Sommer als Bischof von Durham eingesetzt, gehörig abgekanzelt wurde.

In der Hierarchie der Staatskirche, deren Oberhaupt die Queen ist, rangiert dieses nordenglische Bistum an vierter Stelle. Ausgerechnet dieser Kirchenfürst konnte beim Wechsel vom Lehr- zum Bischofsstuhl seine akademische Vergangenheit (als Theologieprofessor in Leeds) nicht vergessen. Zwar hat dieser streitbare Gottesmann nur zwei Thesen verkündet, doch die haben's in sich. So leugnet er, von der Kanzel, die jungfräuliche Geburt Jesu und verkündet, der Glaube an die Auferstehung Christi sei ein Irrglaube.

Kein Wunder, daß viele englische Christen von einem Fingerzeig Gottes sprachen, als im Juli ein Blitz in das Münster von York fuhr, wo Doktor Jenkins kurz zuvor zum Bischof geweiht worden war.

Von der eigenen Kirche abgekanzelt: Bischof Jenkins FOTO: CAMERA PRESS

Auf der Generalsynode ging es um die Kernfrage jeder Häresie-Debatte: Darf man den Abweichler laut denken lassen? Die Synodalen – 53 Bischöfe, 253 Pfarrer und 250 Laien – lieferten sich Redeschlachten, die den Ton von Sonntagspredigten weit hinter sich ließen. „Wir haben einen Krebs in unserer Kirche", donnerte Pfarrer David Holloway, der schon lange gegen den „theologischen Extremisten" Jenkins agiert. „Im frühen Stadium kann man ihm noch beikommen. Läßt man ihn wachsen, erwürgt er das Ganze. Dann wird die Behandlung traumatisch. Die Kirche steht an einem Kreuzweg. Wir haben in schwierigen Zeiten eine Vertrauenskrise in der Führung." Wo keine Glaubensdisziplin mehr herrsche, werde der Uneinigkeit Tür und Tor geöffnet, „und wir dürfen uns nicht wundern, wenn uns die Leute davonlaufen".

Der Bischof von Winchester schlug in die gleiche Kerbe, aber ungleich diplomatischer. Er betonte bei der Eröffnung der großen Debatte über Glaubensfragen, daß dies „kein Prozeß" sei. Doch jedermann war klar, daß Doktor Jenkins hier auf der Anklagebank saß. Der hielt sich an die Weisheit, daß Reden Silber, doch Schweigen Gold ist.

Beklagte der Bischof von Winchester, daß „Extremisten das Feld beherrschen, Kompromiß heute als Schimpfwort gilt und Konfrontation an der Tagesordnung" sei, so versuchte der Primas der Anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury, der drohenden Verhärtung der Fronten entgegenzuwirken. Dr. Robert Runcie predigte wider die Kleingläubigen:

„Eine lebendige Kirche braucht eine Führung, die eine Mischung aus konservativ und radikal ist. Wir brauchen Hirten, um die Herde vor Wölfen zu schützen, aber auch, um sie auf neue, ergiebigere Weiden zu führen."

Eine Abstimmung wurde weise vermieden, denn sie hätte Spaltungstendenzen Auftrieb geben können. Es rührten sich immer wieder Hände zum Beifall für den Bischof. Die Bischöfe wurden aufgefordert, in den angeschnittenen Glaubensfragen zu einer verbindlichen Aussage zu gelangen. Also: Noch kein Maulkorberlaß.

Es geht freilich um weit mehr als Theologie. Dieser Doktor Jenkins, verheiratet und Vater zweier Kinder, hat getan, was Kleriker der Staatskirche Ihrer Majestät sonst tunlichst unterlassen. Er hat in seinen eigenen Hirtenbriefen die Weltobrigkeit gegeißelt: so, als er sich zum Anwalt der streikenden Bergarbeiter aufwarf und die Regierung der Hartherzigkeit bezichtigte. So erst letzte Woche, als er wider den Monetarismus predigte und damit Grundlage der Wirtschafts- und Finanzpolitik von Premierminister Margaret Thatcher verdammte, die auf „Konkurrenzstreben und Habgier der menschlichen Natur" baue.

Einer seiner erbittertsten Gegner, der einstige Kaplan der Domschule von Hereford, William Ledwich, versuchte, wie weiland Rom mit Galilei, Jenkins zum öffentlichen Widerruf zu zwingen. Als er damit nicht durchkam, kehrte er der Anglikanischen Kirche den Rücken und wanderte zu den Griechisch-Orthodoxen ab – an Jenkins scheiden sich die Geister. (SAD)

Schneckentempo – Geschwindigkeit der Bundespost?

AP, **Bonn**

Brieflaufzeiten von zwei bis drei Tagen sind in Bonn, entgegen den Angaben des Bundespostministeriums, keine Seltenheit und eher die Regel. Auch die Briefe des Bundestags und der Ministerien werden oft erst nach zwei Tagen zugestellt. Anfang Dezember lief die Einladung aus der Stadtverwaltung fünf Tage, bis sie den zwei Kilometer entfernten Empfänger erreichte. Auch in eigener Sache legt die Post ein Schneckentempo vor: Die Rekordzeit von elf Tagen brauchte jetzt in Bonn die Telefonrechnung des Bonner Fernmeldeamtes, bis sie den Empfänger erreichte. Für den Postboten war der Telefonkunde nämlich trotz korrekter Anschrift „unbekannt", wie ein Stempel ausweist. Und das, obwohl der Empfänger dort schon mehr als vier Jahre wohnt und immer pünktlich seine Telefonrechnungen erhielt. Recherchen führten die Post schließlich zu der Erkenntnis, daß der Adressat der Fernmelderechnung auch ein Postfach besitzt, in das der Brief dann gelegt wurde. Drei Tage zuvor war die Rechnung bereits wie immer vom Postgirokonto abgebucht worden.

Säuglinge sterben

dpa, **Neu-Delhi**

Die Giftgaskatastrophe von Bhopal, bei der Anfang Dezember des vergangenen Jahres vermutlich mehr als 2500 Menschen getötet und 200 000 verletzt worden sind, hat auch drei Monate nach dem Unglück noch verheerende Folgen: In den vergangenen zwei Monaten starb rund ein Viertel aller in der Stadt geborenen Kinder kurz nach der Geburt. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Durchschnitt des Landes. Nach Ansicht von Experten könnten sowohl das freigewordene Giftgas als auch die hoch dosierte medikamentöse Behandlung der Betroffenen für die hohe Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen verantwortlich sein. Die indische Regierung hat erneut schwere Vorwürfe gegen den amerikanischen Chemiekonzern Union Carbide erhoben. In einem Untersuchungsbericht heißt es, der Konzern habe Sicherheitsvorschriften mißachtet und Mitarbeiter unzureichend ausgebildet.

Flagge für Grönland

AP, **Nuuk/Grönland**

Grönland erhält zum Nationalfeiertag am 21. Juni, dem längsten Tag des Jahres, an dem die Sonne 24 Stunden scheint, eine eigene Flagge. Die Abgeordneten des Landsting in Nuuk beschlossen jetzt, daß die Insel zum Zeichen des Verbleibs im Königreich Dänemark die Farben Rot/Weiß behält, jedoch ohne das charakteristische nordische Kreuz. Die neue Flagge zeigt in der oberen Hälfte eine rote Halbkugel auf weißem Grund und in der unteren Hälfte eine weiße Halbkugel auf rotem Grund, so daß der Eindruck einer am Horizont untergehenden Sonne entsteht.

LEUTE HEUTE

Siegesserie

Auch vor Gericht hat sich die Siegesserie des amerikanischen Hürdenstars fortgesetzt. Lachend und händeschüttelnd nahm **Edwin Moses**, der zweifache Olympiasieger von 1976 und 1984, am Freitag die Entscheidung des Geschworenengerichts zur Kenntnis, das ihn von der Anklage freigesprochen hatte, eine verkleidete Polizistin zur Prostitution aufgefordert zu haben. Nach mehr als zweistündiger Beratung verkündete die Jury in dem seit fünf Tagen andauernden Prozeß ihr Urteil. Im Falle eines Schuldspruchs hätte Moses zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe und einer Geldbuße verurteilt werden können.

Ali als Diplomat

Auf Allahs Hilfe setzt der frühere Boxweltmeister aller Klassen, **Cassius Clay** alias **Muhammad Ali**. Er



traf am Samstag in diplomatischer Mission in Beirut ein, um sich um die Freilassung von vier Amerikanern und einem Saudiaraber zu bemühen, die im vorigen Jahr von der islamischen Untergrundorganisation „Heiliger Krieg" in Libanon entführt worden waren. „Wir sind hier, um unser Möglichstes zu tun", erklärte der Ex-Champion der Presse. Am Mittwoch war der amerikanische Journalist **Jeremy Levin** seinen Entführern entkommen, die ihn im Osten des Landes festgehalten hatten.

Stars und Sterne

Einen Platz im Kosmos, neben **Bette Davis** und **Frank Sinatra**, kann sich sichern, wer der „International Star Registry" von Santa Monica (US-Bundesstaat Kalifornien) 35 Dollar (rund 80 Mark) auf den Tisch legt. Dafür erhält er einen höchsteigenen Stern mit seinem Namen. Das Unternehmen ist legal: Wer den Preis bezahlt, wird im Copyright-Register der US-Kongreß-Bibliothek in Washington eingetragen. Er erhält eine handgeschriebene Urkunde, zwei Himmelskarten sowie die genauen Teleskopkoordinaten, um seinen Stern ausfindig zu machen. Nach Angaben des amerikanischen Kosmologen **Carl Sagan** gibt es allein in unserer Galaxie, der Milchstraße, etwa hundert Milliarden Himmelskörper.

Wunderkind

Bereits mit anderthalb Jahren verstand er Chinesisch und Englisch. Als Zweijähriger sprach der Sohn einer chinesischen Arbeiterin und eines Genforschers beide Sprachen, beherrschte das Einmaleins und konnte 20 verschiedene geometrische Figuren erkennen. Mit dreieinhalb Jahren soll **Jinjin**, so heißt das Wunderkind, bereits die vier Grundrechenarten beherrscht haben. Sein Wissensstand auf mathematischem Gebiet entspreche jetzt, mit vier Lebensjahren, dem eines Schülers der Gymnasialstufe, berichtet die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Diese außergewöhnlichen Leistungen würdigte nun auch die Universität von Wuhan. Sie nahm den Vierjährigen zum Studium an und schrieb ihn für einen Vorbereitungskurs eines wirtschaftlich-technischen Studiengangs ein.

Pfeilschnell westwärts

Paris: Spatenstich für neuen Höchstgeschwindigkeitskurs

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Frankreich bringt seinem Ehrgeiz, die Nase im internationalen Schienenverkehr ganz vorne zu behalten, neue Opfer. Am Freitag wurde unweit Paris der erste Spatenstich zu einem neuen Hochgeschwindigkeitskurs Richtung Atlantik getan. Der Superschnellzug TGV (Train Grande Vitesse) verbindet bereits seit '81 die französische Hauptstadt mit Lyon, Grenoble und Marseille. Im September '81 hatte der eben neugewählte Staatspräsident Mitterrand den Franzosen versprochen, dem neuen Superding „bald einen Bruder im Westen" hinzuzugesellen. Dieses Versprechen hat er eingelöst.

Die neue Strecke soll bis Ende der 80er Jahre fertig werden. Nantes und Rennes rücken dann auf zwei Stunden, Bordeaux rückt auf drei Stunden Bahnfahrt an Paris heran. Der „ferne Westen" Frankreichs war bisher verkehrspolitisch eher vernachlässigt worden.

Die Arbeiten werden mit 25 Millionen Arbeitsstunden veranschlagt und fünf Milliarden Mark verschlingen. Im Gegenzug rechnen die Planer über fünf Jahre mit 9000 Arbeitsplätzen, davon 6000 im Streckenbau.

Die „Ausbaustrecke", auf der der Zug ziemlich genau eine Stunde lang seine Höchstgeschwindigkeit von 300 km/h fahren kann, wird insgesamt 295 Kilometer betragen. Nach knapp der Hälfte der Strecke teilt sich die Linie nach Westen (Le Mans) und Südwesten (Tours).

1984 erreichte das neue Verkehrsmittel mehrere Rekorde: Mit 14,5 Millionen Passagieren zwischen Paris und Lyon wurden vier Millionen mehr registriert, als Planer errechnet hatten, und zum ersten Mal machte der Superschnellzug auch Gewinn. Ein gefürchteter Konkurrent für die (gebührenpflichtigen) Autobahnen sowie den innerfranzösischen Flugverkehr.

Karnevalsfolgen

AFP, **Sarreguemines**

Für etliche Franzosen, die an einer Karnevalsveranstaltung in Saarbrücken teilnahmen, wurde die Heimfahrt teuer. In der Nacht zum Samstag mußten 131 französische Autofahrer an der deutsch-französischen Grenze wegen Trunkenheit am Steuer jeweils 5000 Francs (rund 1500 Mark) Bußgeld zahlen, wie aus gut unterrichteten Kreisen am Grenzübergang Sarreguemines bekannt wurde.

Tödliches Spiel

SAD, **Grenoble**

Tödlich endete das Spiel mit dem Jagdgewehr des Vaters für zwei halbwüchsige Jungen in Grenoble. Der 16jährige erschoß seinen 13jährigen Bruder, richtete dann aus Entsetzen über den Vorfall die Waffe gegen sich selbst und brachte sich mit einem Schuß in den Mund um.

Mehr als nur ein Zufall?

Mißgeburten nach einem Strahlenunfall auf Atom-U-Boot

SAD, **London**

Matrosen und Offiziere, die zur Besatzung des britischen Atom-U-Boots „Resolution" gehören, sind Väter von mißgebildeten Kindern geworden. Wie erst jetzt bekannt wurde, kamen schon 1973 mindestens vier Kinder mit Hasenscharten und Wolfsrachen zur Welt. Insgesamt sind möglicherweise sogar acht Mißgeburten auf einen Strahlenunfall zurückzuführen.

Die britische Royal Navy hält diese Häufung an Mißbildungen für „reinen Zufall". Die Angehörigen der Marine schweigen bis heute zu dem mysteriösen Vorfall, bei dem 1971 die Testkapseln, die jedes Besatzungsmitglied des Atom-U-Boot trug, eine Strahlenverseuchung anzeigten. Über die Kapseln ist nicht viel bekannt. Der ganze Komplex unterliegt der Geheimhaltung. Patsie Davis (40), die geschiedene Frau eines Oberbootsmanns, der während dieses Vorfalls Dienst tat, fühlt sich an diese Vorschriften indes nicht mehr gebunden und ging mit ihrem Wissen an die Öffentlichkeit. Ihr 11jähriger Sohn ist mißgebildet.

Reporter der „Mail on Sunday" fanden jetzt heraus, daß damals ein weiteres mißgebildetes Kind wenige Wochen nach seiner Geburt starb. Die Mutter beging Selbstmord. Die Journalisten rechneten daraufhin der Marine-Führung vor, daß acht Mißgeburten innerhalb eines Jahres bei einer Gruppe von 150 Männern rein statistisch gesehen mehr als nur reiner Zufall sein müssen.

WETTER: Weiterhin winterlich

Wetterlage: An der Südflanke des nordeuropäischen Hochs wird weiterhin arktische Kaltluft nach Mitteleuropa geführt.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdrucks (1000mb-750mm)

Vorhersage für Montag:

Von gelegentlichen Wolkenfeldern im Küstengebiet sowie in Süddeutschland abgesehen meist wolkenlos, allgemein niederschlagsfrei. Tagsüber sonnig und Erwärmung bis in Gefrierpunktnähe, nachts klar und Tiefsttemperaturen zwischen minus 8 und minus 15 Grad, in ungünstigen Lagen auch unter minus 20 Grad. Schwacher, tagsüber auflebender Wind aus Ost bis Nordost.

Weitere Aussichten:

Trocken und kalt

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	-4°	Kairo	19°
Bonn	-3°	Kopenh.	-12°
Dresden	-5°	Las Palmas	19°
Essen	-2°	London	3°
Frankfurt	-3°	Madrid	10°
Hamburg	-5°	Mailand	5°
List/Sylt	-5°	Mallorca	15°
München	-8°	Moskau	-14°
Stuttgart	-3°	Nizza	11°
Algier	19°	Oslo	-12°
Amsterdam	0°	Paris	1°
Athen	7°	Prag	-3°
Barcelona	13°	Rom	8°
Brüssel	0°	Stockholm	-15°
Budapest	-7°	Tel Aviv	17°
Bukarest	-8°	Tunis	20°
Helsinki	-13°	Wien	-3°
Istanbul	-3°	Zürich	-7°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 7.29 Uhr, Untergang: 17.44 Uhr; **Mondaufgang**: 7.58 Uhr, Untergang: 17.12 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Bluttat auf einsamem Gehöft

dpa/AP, **Alsfeld/Fulda**

Eine 77jährige Frau, ihre 47jährige Schwiegertochter und die zwölfjährige Enkelin wurden in Volkartshain (Vogelsbergkreis) in der Nacht zum Samstag wahrscheinlich Opfer eines Raubmords. Die Frauen, die ein einsames Gehöft in der 150-Seelen-Gemeinde bewirtschafteten, wurden nach Angaben der Polizei mit „großer Brutalität" umgebracht. Nachbarn der drei Frauen wunderten sich am Samstag morgen, daß das Vieh im Stall vor Hunger brüllte. Außerdem stand die Haustür des Wohngebäudes offen. Den alarmierten Nachbarn bot sich beim Eintritt in das Haus ein grausames Bild. Sie fanden die blutüberströmten Leichen der drei Frauen. Die beiden Erwachsenen seien mit Schlägen eines „hammerähnlichen Gegenstandes" auf den Kopf ermordet worden, während das Mädchen durch acht Messerstiche in Brust und Hals getötet worden sei. Das Motiv für diese Bluttat ist nach Polizeiberichten noch unklar, doch gebe es Anzeichen für einen Raubmord. Die Staatsanwaltschaft hat für Hinweise auf den oder die Täter 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

„Bier-Dorado" im Land des Chianti

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Das Paradies des Biertrinkers befindet sich nicht in den traditionellen Biertrinker-Ländern wie Deutschland, Belgien, Dänemark, England und Irland, sondern in Italien. Im Land des Chianti, Orvieto, Frascati, Asti Spumante ist man seit etwa einem Jahrzehnt auf den Geschmack des Gerstensaftes gekommen. Und der Hohepriester der Bierkultur sitzt am Orta-See in Piemont. Er heißt Fabrizio Morea, ist 34 Jahre alt, von Beruf Journalist und seit mehreren Jahren leidenschaftlicher Sammler von Biersorten aus aller Welt.

Um Gleichgesinnten eine in ihrer Art einzigartige Heimstätte zu schaffen, eröffnete er in dem Dorf Legro d'Orta unweit von Novara eine Biertaverne, „Il Cantuccio". Aus dem Hobby ist ein zweiter Beruf geworden. In den Regalen türmen sich nicht weniger als 750 Biermarken jeder Art und Geschmacksrichtung. Seltenheitswert genießt die Biersorte „K&B Royal Celebration", die anläßlich der Trauung von Prinz Charles und Diana in England gebraut wurde, und von der es nur 700 Kartons gibt. Am teuersten ist das „Arcens Stoombier" in Keramikflaschen. Soeben erst auf den Markt gekommen ist das „Red Stripe", von Kennern zusammen mit Speiseeis genossen.

Wenn der Bierkonsum in Italien auch bei weitem noch nicht den deutschen erreicht, so hat er sich doch in rund einem Jahrzehnt fast verdoppelt. Vor allem die jungen Italiener wenden sich immer mehr vom Wein ab und dem Bier zu. Die Zahl der Bierlokale hat sich in den letzten Jahren um 600 vermehrt. Es gibt jetzt 29 italienische Bierbrauereien, deren Produkte von 20 000 Firmen vertrieben werden. Italiens Bierindustrie startet derzeit einen gigantischen Reklamefeldzug, der indirekt auch den importierten Biersorten zugute kommt. Tagtäglich hämmert der populäre Showmaster und Filmregisseur Renzo Arbore dem Fernsehpublikum einen Werbespot ein, der an das vom deutschen Bier reklamierte „Reinheitsgebot" erinnert: „Trinkt Bier, dann wißt ihr, was ihr trinkt."

Die meisten Bierlokale – 140 – gibt es in der Fiat-Stadt Turin. Dort fand vergangenes Jahr auch ein internationales Bierfestival statt. Echte Bierkultur jedoch ist in der Taverne von Fabrizio Morea am Orta-See zu Hause, einem urgemütlichen Lokal für Kenner. Besucher, denen es noch an perfekter Bierkenntnis fehlt, werden von Antonella, der hübschen Frau des Besitzers, beraten. Sie ist die wohl beste Bierkennerin Italiens und weiß auch über die Entstehungsgeschichte des Getränks genau Bescheid. Wer es noch nicht wissen sollte: Schon die Babylonier tranken Bier und verehrten sogar eine Biergöttin namens Nidaba. Über Griechenland trat das Bier seinen Siegeszug in das römische Imperium an. Archäologische Funde bestätigen, daß es schon im Rom der Antike Braustätten gegeben hat. Später geriet der Gerstensaft auf der Apenninhalbinsel in Vergessenheit, bis er von jenseits der Alpen wieder eingeführt wurde.

Fabrizio Morea veranstaltet eine Reihe von Sondertagen, die jeweils einer besonders köstlichen und profilierten Biersorte gewidmet sind. Im März steht das belgische Trappistenbier von Chimy im Scheinwerferlicht. Danach ist das bayerische Helle von Mallersdorf an der Reihe. Der Bierpapst am Orta-See hat eine besondere Schwäche für deutsche Brauereierzeugnisse und widmet ihnen deshalb gerne Veranstaltungen.

Lastzug verlor Rad: Unfall

dpa, **Günzburg**

Drei Personenwagen fuhren auf der Autobahn München–Stuttgart aufeinander, als ein Lkw-Reifen quer über die Fahrbahn rollte. Zwei Menschen kamen ums Leben und ein weiterer wurde schwer verletzt. Ein türkischer Lastzug hatte bei Günzburg-Deffingen das linke Hinterrad seines Anhängers verloren.

Gemeinsames Konto

AP, **Osnabrück**

Die 14 Hilfswerke, die im Rahmen des „Afrikatags" die „Gemeinschaftsaktion Afrika" gegründet haben, werden das gemeinsame Konto 123 bei der Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück für weitere Afrika-Spenden beibehalten. Das wurde auf einer Sitzung in Bonn beschlossen. Der „Tag für Afrika" hatte Spenden in Höhe von 110 Millionen Mark erbracht.

ZU GUTER LETZT

„Mit einer Gesetzesinitiative ‚zur staatlichen Anerkennung der Berufsbezeichnung des Diplom-Subventionsberaters (Dipl.-Sub.)' hat sich gestern eine Gruppe von CDU-Bundestagsabgeordneten in den rheinischen Karneval eingeschaltet". Das meldete dpa.